

124. Bergedorfer Gesprächskreis

## **Konturen einer »Neuen Weltordnung«? – Amerikanische und europäische Perspektiven**

14.–16. Juni 2002 im AXICA Kongress- und Tagungszentrum  
am Pariser Platz, Berlin



(E)

SUPPORT OF TRANSITION

FOR THOSE WHO MUST

NO OTHER VOICES.

WS MUST REMAIN

TRANSITION

## INHALT

Fotodokumentation	1
Teilnehmer	18
Zusammenfassung	19



## Protokoll

Begrüßung	21
<b>I.</b>	
<b>Kontinuitäten und Veränderungen nach dem 11. September</b>	<b>22</b>
<b>II.</b>	
<b>Globalisierung gestalten – ökonomische und politische Herausforderungen</b>	<b>89</b>
<b>III.</b>	
<b>Gemeinsame Wurzeln – gemeinsame Zukunft? – Transatlantische Partnerschaft im 21. Jahrhundert</b>	<b>114</b>

## Anhang

Abkürzungsverzeichnis	157
Teilnehmer	158
Literaturhinweise	168
Glossar	170
Register	174
Bisherige Gesprächskreise	178
Die Körber-Stiftung	197
Danksagungen, Projektinformation, Impressum	198

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

DISKUSSIONSLEITER

**Lord Ralf Dahrendorf**

REFERENTEN

**Prof. Dr. Egon Bahr,**  
Bundesminister a. D., Berlin  
**Prof. John L. Hirsch,**  
International Peace Academy, New York  
**Prof. Paul W. Schroeder,**  
University of Illinois, Urbana  
**Dr. Peter W. Singer,**  
Brookings Institution, Washington, D.C.  
**Prof. Georges-Henri Soutou,**  
Université de Paris/Sorbonne, Paris  
**Karsten D. Voigt,**  
Koordinator für deutsch-amerikanische  
Zusammenarbeit, Berlin  
**Prof. Dr. Norbert Walter,**  
Chefvolkswirt, Deutsche Bank AG, Frankfurt a.M.  
**Prof. Samuel F. Wells Jr.,**  
Vizedirektor, Woodrow Wilson  
International Center, Washington, D.C.

TEILNEHMER

**Dr. Dana Allin,**  
The International Institute for Strategic Studies,  
London  
**Prof. Dr. Georgi Arkadewitsch Arbatow,**  
Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau  
**Wladimir Awertschew,**  
Firma Sidanco, Moskau  
**Dr. Richard Caplan,**  
Centre for International Studies, Oxford  
**Dr. Patrick O. Cohrs,**  
Harvard University, Cambridge/Mass.  
**Prof. Dr. Ernst Czempel,**  
Hessische Stiftung für Friedensforschung  
und Konfliktforschung, Frankfurt a.M.  
**Klaus Dieter Frankenberger,**  
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M.  
**Prof. Dr. Christian Hacke,**  
Universität Bonn  
**Prof. Pierre Hassner,**  
Centre d'Etudes et de Recherches Internationales, Paris

**Botschafter Dr. Wolfgang Ischinger,**  
Washington, D.C.  
**Colonel Greg Kaufmann,**  
Harvard University, Cambridge/Mass.  
**Dr. Ivan Krastev,**  
Direktor, Center for Liberal Strategies, Sofia  
**Prof. Robert S. Litwak,**  
Woodrow Wilson International Center,  
Washington, D.C.  
**Captain Jude Melville,**  
Verteidigungsministerium, Washington, D.C.  
**Alexander Rahr,**  
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin  
**Janusz Reiter,**  
Geschäftsführer, Zentrum für Internationale  
Beziehungen, Warschau  
**Prof. Dr. David J. Reynolds,**  
Christ's College, Cambridge  
**Martin Schulze,**  
PHOENIX TV, Berlin  
**Dr. Zachary Shore,**  
U.S. Department of State, Washington, D.C.  
**Dr. William R. Smyser,**  
Georgetown University, Washington, D.C.  
**Prof. Timothy Snyder,**  
Yale University, New Haven  
**Dr. Constanze Stelzenmüller,**  
DIE ZEIT, Hamburg  
**Dr. Walther Stütze,**  
Staatssekretär, Bundesverteidigungsministerium, Berlin  
**Dr. Levin von Trott zu Solz,**  
Bergedorfer Gesprächskreis, Hamburg  
**Dr. Klaus Wehmeier,**  
Körber-Stiftung, Hamburg  
**Dr. Richard von Weizsäcker,**  
Bundespräsident a. D., Berlin  
**David T. Wolfson,**  
Amerikanische Botschaft, Berlin  
**Chris Wright,**  
Harvard University, Cambridge/Mass.

## ZUSAMMENFASSUNG

Der nachfolgend dokumentierte 124. Bergedorfer Gesprächskreis zu den »Konturen einer Neuen Weltordnung« fand im Juni 2002 in Berlin statt. An einem zentralen Ort des Kalten Kriegs trafen sich US-Amerikaner und Europäer verschiedener Länder und Generationen. Politiker, wissenschaftliche Experten und Publizisten erörterten den Stand und die Zukunftsperspektiven der transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001. Eingeleitet durch Impulsreferate amerikanischer und europäischer Redner boten drei Tagungsabschnitte Gelegenheit, in großer Offenheit die Gemeinsamkeiten, aber auch die zum Teil tief gehenden Differenzen europäisch-amerikanischer Weltsichten und Handlungsperspektiven zu diskutieren. Dabei wurden bereits die Kontroverspunkte der transatlantischen Debatte recht deutlich erkennbar, die später im Vorfeld des Irak-Kriegs die öffentliche Diskussion bestimmen sollten. Es bestand weit gehendes Einvernehmen, dass es zu einer grundlegenden Erneuerung der transatlantischen Beziehungen großer Anstrengungen beider Seiten bedürfte.

Im ersten Tagungsteil stand zur Klärung der Ausgangslage die Frage nach Kontinuitäten und Veränderungen der transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September im Mittelpunkt. Die Debatte wurde eröffnet mit der intensiven Erörterung der historischen Dimensionen dieses Ereignisses und seiner möglichen Auswirkungen auf Bündnisse und das internationale System. Der Wandel des internationalen Systems im Verlauf des 20. Jahrhunderts geriet dabei ebenso in den Blick wie die Rückschau auf erhellende Parallelen zu früheren Zeiten, insbesondere zur Pax Romana. Vor diesem Hintergrund gewann die anschließende Diskussion der gegenwärtigen politischen Haltungen beiderseits des Atlantiks umso mehr Farbe – und Temperatur. Bei Fragen nach einer sinnvollen transatlantischen Arbeitsteilung unterschieden sich die Positionen der Teilnehmer grundlegend. Dabei schienen nicht nur Europäer und Amerikaner mitunter in ganz unterschiedlichen Welten zu leben, sondern Differenzen traten durchaus auch innerhalb der europäischen Gruppe auf – insbesondere zwischen Ost- und Westeuropäern – wie auch bei den Amerikanern, je nach ihrer Haltung zur Politik der Regierung Bush.

Im zweiten Tagungsabschnitt wurden die Herausforderungen der Globalisierung im Hinblick auf die Notwendigkeit einer politischen Regulierung dieses Prozesses debattiert. Die Trennlinie zwischen Globalisierungsoptimisten und jenen, die vor den dunklen Seiten des globalen Integrationsprozesses warnten, verlief dabei quer durch die Lager auf beiden Seiten des Atlantiks. Nachdrücklich wurde appelliert, geeignete politische Strukturen zu schaffen, die negative Folgen der

Globalisierung abfedern und eine Aufspaltung in Globalisierungsgewinner und -verlierer vermeiden helfen. Die Schlussitzung stand unter der Frage: »Gemeinsame Wurzeln – gemeinsame Zukunft?« Trotz der Anerkennung gemeinsamer Interessen und Wertvorstellungen beiderseits des Atlantiks wurde die Besorgnis geäußert, man werde angesichts veränderter Parameter künftig nicht mehr so leicht wie in Zeiten des Kalten Kriegs zu gemeinsamer Politik finden. Zur Wiederbelebung des transatlantischen Bündnisses müssten neue gemeinsame Ziele definiert werden. Naturgemäß ergab sich dabei ein breites Spektrum an Themenvorschlägen und Ansätzen für die transatlantische Kooperation.

Insgesamt gesehen wurde im Laufe des Gesprächskreises deutlich, dass veränderte globale Rahmenbedingungen und Herausforderungen das transatlantische Verhältnis in den nächsten Jahren einer erheblichen Belastungsprobe aussetzen werden. Es bestand jedoch ein verhaltener Optimismus, dass auf Basis der vorhandenen gemeinsamen Interessen- und Wertvorstellungen eine gute Zusammenarbeit auch in Zukunft möglich sein werde, die gerade angesichts des Ausmaßes der neuen Herausforderungen dringend notwendig sei. Deutlich wurde die Anregung an den Bergedorfer Gesprächskreis, das Nachdenken über Konturen einer zukunftsfähigen Neuen Weltordnung fortzusetzen. (Anmerkung: Für die nächste Zeit sind drei Gesprächskreise zu diesem Thema geplant.)

## PROTOKOLL

### Begrüßung



Meine Damen und Herren, ich heiße Sie herzlich willkommen in Berlin, in einem Saal, der Ausdruck der transatlantischen Beziehungen ist. Eine deutsche Bank hat mit Frank O. Gehry den kühnsten architektonischen Wurf für die Errichtung ihres Berliner Gebäudes gewagt. Es freut mich sehr, dass Sie mit uns in der Mitte des europäischen Kontinents das Gespräch über die transatlantischen Beziehungen und eine »Neue Weltordnung« fortsetzen, zu dem der amerikanische Präsident vor einigen Wochen mit seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag wenige Schritte von hier entfernt im Reichstagsgebäude einen bemerkenswerten Beitrag geleistet hat.

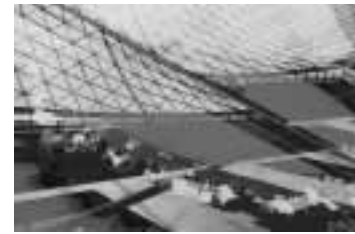
Die meisten von Ihnen wissen, was es mit dem Bergedorfer Gesprächskreis auf sich hat. Es ist eine bürgerschaftliche Initiative, die den besonderen Vorteil hat, dass man frei, Streitbar und konstruktiv miteinander reden kann. Ich danke Lord Dahrendorf für seine Bereitschaft, die Diskussion zu leiten. Ob er diese Aufgabe sehr britisch oder mehr deutsch versteht, remains to be seen.

**von Weizsäcker**

---

Anmerkung: Dieses Protokoll enthält eine von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern autorisierte, überarbeitete Version ihrer mündlichen Beiträge.

## I. Kontinuitäten und Veränderungen nach dem 11. September



**Dahrendorf** Meine Aufgabe ist es, unser Gespräch zu moderieren. Das Thema heißt Konturen einer »Neuen Weltordnung«. Es handelt sich um einen Versuch, amerikanische und europäische Perspektiven zusammenzubringen.

Kontinuität und Wandel nach den Terroranschlägen des 11. September, die in Amerika nine eleven genannt werden, sind unser erstes Gesprächsthema.

**Schroeder** Ich werde Luthers Rat an Melanchthon folgen: »Sündige dreist und vertraue um so kühner auf Gottes Gnade« und in drei Bereichen Lehren aus der Geschichte ziehen: Globalisierung, Bündnisse und der Krieg gegen den Terrorismus.

Globalisierung vor 1914

Erstens Globalisierung. Dieser wirtschaftliche Prozess ist weder neu noch ohne Vorläufer. Während Wissenschaftler sich darüber uneins sind, zu welchem Zeitpunkt sie einsetzte, besteht doch eine klar erkennbare Parallele zwischen der heutigen und der wirtschaftlichen Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg, die ihr Zentrum in Europa und Nordamerika hatte. Die so genannte »erste Globalisierung« war nicht so weit verbreitet, umfasste weniger Bereiche und ging langsamer vonstatten als die derzeitige Globalisierung. Dennoch war sie Ausdruck des gleichen Prozesses, und viele Charakteristika gleichen der heutigen Entwicklung.

Ich möchte hier nicht diese beiden Globalisierungsprozesse im Allgemeinen vergleichen, sondern vielmehr die Verbindung zwischen der ersten Globalisierung und der weltpolitischen Ordnung vor 1914 erörtern. Mitunter wird die Ansicht vertreten, der Erste Weltkrieg – immer noch eine der furchtbarsten Katastrophen des 20. Jahrhunderts – hätte vermieden werden können, wenn die Globalisierung mit Integration und Interdependenz weiterverlaufen wäre, ohne von der Weltpolitik in falsche Bahnen gelenkt zu werden.

Ich halte das für einen Irrtum. Wer einen konstruktiven, integrativen und friedensfördernden Prozess der ökonomischen Globalisierung einer gefährlichen, destruktiven, imperialistischen, kriegstreibenden Machtpolitik vor 1914 gegenüberstellt und Ersteren gewissermaßen zum Opfer Letzterer macht, missversteht die historische Verbindung zwischen diesen beiden Prozessen.

... war im Innersten mit  
Machtpolitik verknüpft

Die ökonomische Globalisierung vor 1914 war keine mögliche Lösung für Probleme der Machtpolitik und des Kriegs. Sie war im Innersten mit Machtpolitik verknüpft und muss daher als eine der Kriegsursachen gesehen werden. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Globalisierung war zutiefst mit der »Weltpolitik« verbunden, d.h. mit der damaligen Überzeugung oder Ideologie, dass nationales Überleben und Wohlstand davon abhängig seien, eine Weltmacht zu werden und zu bleiben.



Je mehr die Globalisierung und die freie Marktwirtschaft in der Welt dominieren, desto mehr benötigen wir Politik, insbesondere internationale Politik, um ihre Wirkungen aufzudecken, zu kontrollieren, zu managen und nötigenfalls zu korrigieren.

Schroeder

Diese imperialistische Einstellung führte vor 1914 zu einem ständig erhöhten Einsatz in der internationalen Politik, was die Konkurrenz sowohl im Ökonomischen wie im Politischen nicht nur aggressiver, sondern häufig auch völkerrechtswidrig machte. Alle bedeutenden Mitspieler der Globalisierung verfolgten ihre eigenen Interessen, brachen fortwährend Abkommen und manipulierten das internationale System zu ihrem Vorteil.

Wichtiger noch: Die Globalisierung schuf – wie die freie Marktwirtschaft, die sie förderte – unerbittlich klare wirtschaftliche und politische Gewinner und Verlierer auf der internationalen Bühne. Während in einem Marktsystem Firmen und sogar ganze Industrien fungibel sind, d. h. scheitern können und von anderen ersetzt werden, trifft das auf die internationale Politik nicht im gleichen Maße zu. Staaten, Regime und Machteliten sind nicht ersetzbar, zumindest nicht ohne großen Widerstand und um einen hohen Preis. Staaten und Regime können einer absehbaren Niederlage oder einem unausweichlichen Niedergang bis hin zum Krieg entgegenwirken, wie dies im Vorfeld des Ersten Weltkriegs der Fall war.

Befinden wir uns heute in einer vergleichbaren Situation, oder haben sich die Dinge grundsätzlich verändert, weil wir aus der Geschichte gelernt haben? Lassen Sie mich etwas vorsichtig formulieren, dass mit der heutigen Globalisierung ähnliche, wenn auch weniger kritische Gefahren verbunden sind. Argentinien wäre dafür ein aktuelles Beispiel.

Die Antwort kann nicht lauten, die Globalisierung zu stoppen oder sie umzukehren. Aber ebenso wenig ist vertretbar – wie es mitunter in Amerika zu hören ist –, dass dieser vermeintlich für alle vorteilhafte Prozess der weltwirtschaftlichen Integration ohne politische Eingriffe ablaufen kann. Die Geschichte zeigt, dass die Globalisierung und die Verbreitung der freien Marktwirtschaft auch heute keine Alternative zur internationalen Politik darstellen oder ein Weg sind, ihre Gefahren zu vermeiden.

Je mehr die Globalisierung und die freie Marktwirtschaft in der Welt dominieren, desto mehr benötigen wir Politik, insbesondere internationale Politik, um ihre Wirkungen aufzudecken, zu kontrollieren, zu managen und nötigenfalls zu korrigieren.

Zweitens: Bündnisse. Derzeit wird viel über die Krise der transatlantischen Beziehungen und der westlichen Allianz diskutiert. Dieses Bündnis ist die bei weitem beständigeste und anpassungsfähigste Koalition der Geschichte, trotz der gegenwärtigen Spannungen, die den Zusammenhalt und die Zielrichtung beeinträchtigen.

Dies legt die Frage nahe: Was hat in der Vergangenheit Bündnisse, Koalitionen

... schafft klare Gewinner und Verlierer

Gefahren der heutigen Globalisierung

Globalisierung braucht Politik

Warum zerfallen Bündnisse?



und die internationalen Systeme, mit denen sie verbunden waren, dazu gebracht, den Zusammenhalt zu verlieren und letztlich auseinander zu fallen? Auf diese wichtige Frage gibt es viele mögliche Antworten: der Verlust des gemeinsamen Feindes oder einer gemeinsamen Bedrohung, divergierende Interessen und Ziele, eine als ungerecht wahrgenommene Verteilung von Vorteilen und Lasten, das Entstehen neuer Probleme und Gefahren sowie Schwierigkeiten bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Koalition. Alle diese Gründe wären auch für die heutige Situation plausibel.

Anführer wenden sich  
gegen das Bündnis

Ein weiterer Faktor, der in der frühneuzeitlichen und modernen europäischen Geschichte durchgehend wirksam war, scheint mir indes wenig beachtet und erörtert zu werden. Bündnisse und Koalitionen zerbrechen, wenn der Hegemon, die Führungsmacht, das Bündnis zerschlägt oder nicht erhält. Dies kann in verschiedener Form vor sich gehen: So können etwa die Ziele der Allianz von begrenzten und gegenseitig akzeptierten zu aggressiven oder gefährlichen Zielen ausgeweitet werden (Ludwig XIV.); die Allianz kann daran gehindert werden, sich an die wandelnden Bedürfnisse ihrer Mitglieder anzupassen (Fürst Metternich); der Hegemon kann sich weigern, Verantwortung und Führung mit anderen zu teilen oder Lasten und Nutzen neu zu verteilen.

Großbritanniens Politik des  
Machtgleichgewichts

Am häufigsten jedoch zerfällt eine Koalition einfach durch Vernachlässigung, Gleichgültigkeit und mangelnde Aufmerksamkeit, wenn der Koalitionsführer davon überzeugt ist, dass die Allianz und das damit verbundene System sich selbst erhalten und durch eine Art invisible hand funktionieren können. So hat beispielsweise Großbritannien meistens seine Rolle im europäischen Staatensystem des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts aufgefasst. Während Großbritannien erst die Führung übernahm und häufig mit hohen Kosten Kriege gewann und Frieden schuf, hat es anschließend die Allianz und das System, die es selbst begründet hatte, aufgegeben. Dieser Schritt wurde als notwendig und pragmatisch begründet. Britische Politiker behaupteten, die Verfassung, das politische System und die weltweiten politischen und ökonomischen Interessen schlossen ein weiteres aktives Eingreifen Großbritanniens für das Bündnis aus. Zudem war man der Ansicht, das internationale System müsse von sich aus überlebensfähig sein oder von den direkt davon Abhängigen funktionsfähig erhalten werden. Das Codewort dieser britischen Politik war »maintaining the balance of power«.

Werden die USA das Bündnis  
weiter unterstützen?

Die Vereinigten Staaten verfolgten eine noch ausgeprägtere Version dieser Art von Hände-weg-Politik, als sie John Bull als Weltführungs-Nation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachfolgten.

Dauerhafte Koalitionen erfordern ein stetiges Engagement,  
stringente Führung und Management.

Schroeder

Jetzt, nach dem Kalten Krieg, stellt sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten – wie Großbritannien in der Vergangenheit – das System, das sie geschaffen haben und noch heute führen, dem Untergang preisgeben wollen oder davon ausgehen, dass es durch eigene Kräfte überlebt. Anfangs ließ die Sprache der Bush-Regierung vermuten, dass Washington so verfahren würde, doch die jetzigen Handlungsweisen legen das Gegenteil nahe. Ich kann nicht voraussagen, welche Politik sich letztlich durchsetzen wird, sondern lediglich einige historische Generalisierungen zu Allianzen und dem Zusammenhalt von Bündnissen anbieten.

Erstens: Dauerhafte Koalitionen erfordern ein stetiges Engagement, stringente Führung und Management, insbesondere seitens der Führungsmächte.

Lehren aus der Geschichte

Zweitens: Während die Politik des Machtgleichgewichts eine wichtige Rolle im gesamten internationalen System spielen könnte, ist sie von geringerer Bedeutung für das interne Funktionieren von Allianzen. Nach innen brauchen Bündnisse ein Gleichgewicht der Interessen, Rechte, Verantwortlichkeiten, Pflichten und erreichten Leistungen. Dieses Gleichgewicht zu bewahren ist wesentlich eine Aufgabe des Hegemons.

Drittens: Wenn die einigende Vision und der integrative Zweck verloren gehen, liegt es vornehmlich in der Verantwortung des Hegemons, sich dieses Problems anzunehmen. Ideen und Visionen können von verschiedener Seite eingebracht werden, aber sie können die Koalition nur inspirieren und einigen, wenn sie von der Führungsmacht unterstützt werden.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt: Terrorismus. Die derzeitige amerikanische Administration, mit enthusiastischer Unterstützung beider Parteien und der Bevölkerung, scheint entschlossen, den internationalen Terrorismus als neue einigende Bedrohung für die westliche Allianz zu verstehen. Und sie scheint entschlossen, den Krieg gegen den Terrorismus zum einigenden Ziel der Koalition zu machen, das Vorrang vor allen anderen Zielsetzungen hat. Ich glaube nicht, dass dies langfristig funktionieren kann.

Terrorismus

Die Angemessenheit dieses Zwecks als Grundlage für Einheit und Zusammenhalt im Bündnis ist aus mehreren Gründen zweifelhaft. Um den Krieg gegen Terrorismus zum gemeinsamen Ziel der Allianz zu machen, müsste man zunächst genau definieren, was man unter Terrorismus versteht. Das bedeutet, dass in jedem konkreten Fall internationaler Terrorismus von normaler Kriminalität und revolutionärer Aktivität oder gar dem Kampf für Rechte und Freiheit sowie Widerstand gegen Unterdrückung unterschieden werden muss. Zudem besteht die Gefahr, dass der angebliche gemeinsame Zweck, den Terrorismus zu bekämpfen,

Terrorismus als einigendes Ziel?

Krieg gegen Terrorismus  
in der Geschichte

für Ziele manipuliert wird, die vom Bündnis nicht geteilt werden und seiner Solidarität schaden.

Gefährlicher noch ist die hohe Wahrscheinlichkeit, dass im Zuge des gemeinsamen Kriegs gegen den Terrorismus Maßnahmen ergriffen werden, wie zum Beispiel ein Präventivkrieg gegen den Irak, die einigen Beteiligten größere Gefahren und Kosten aufbürden, anderen dagegen unverhältnismäßige Vorteile versprechen würden. Historisch gesehen, hat nichts Bündnisse mehr untergraben als eine solche Situation.

Lassen Sie mich meine Bemerkungen mit einem generellen Kommentar zum Terrorismus abschließen. Entgegen der allgemeinen Annahme kann man Kriege gegen den Terrorismus sehr wohl gewinnen. Die Geschichte zeigt, dass Feldzüge gegen den Terrorismus dann erfolgreich sind, wenn Staaten hinreichend entschlossen sind und entsprechende Anstrengungen unternehmen, um terroristische Bewegungen zu unterdrücken, wenn auch nicht völlig zu vernichten. Zumindest sind sie in der Lage, terroristische Aktivitäten zeitweilig von einer größeren Bedrohung auf ein kleineres Problem für Staat und Gesellschaft zu reduzieren. So wurden terroristische Bewegungen in den Hauptzentren terroristischer Aktivität im 19. und 20. Jahrhundert in Europa immer wieder unter Kontrolle gebracht: in Russland, Spanien und Irland. Ich erwarte, dass der gegenwärtige Krieg gegen den Terrorismus in dieser Hinsicht ähnlich erfolgreich sein wird.

Die Sache wird jedoch sehr viel schwieriger, wenn man die langfristigen Folgen jener Siege über den Terrorismus betrachtet, besonders wo dem Krieg keinerlei positive Maßnahmen folgten. Diese Schwierigkeit wird durch die Nebenkosten eines Kriegs gegen den Terrorismus verstärkt: Um sich auf die Vernichtung des Terrorismus zu konzentrieren, werden andere, lebenswichtige Aufgaben unerledigt gelassen. Das verursacht langfristig erhebliche Kosten und oft tragische, nicht-intendierte Folgen. In allen drei Fällen – Russland, Spanien und Irland – konnten wir das feststellen.

Krieg gegen Terrorismus kann  
das Bündnis nicht einigen

Das ist, hoffe ich, keine Sentimentalität. Es wäre töricht zu behaupten, Terrorismus sei nicht bösartig und müsse oder könne nicht bekämpft werden, wenn man nicht zuvor die sozialen und politischen Probleme löst, die ihm vermutlich zugrunde liegen. Denn das wäre töricht. Ich sage nur, ein gemeinsamer Krieg gegen den Terrorismus ist ein negativer und begrenzter Zweck und wird allzu leicht als Deckmantel für gefährliche Vorhaben benutzt, als dass er eine Allianz einigen, sie wiederbeleben und ihr eine neue Richtung geben könnte. Das gilt besonders

Mit Bajonetten kann man eine Menge anfangen,  
aber sitzen kann man auf ihnen nicht.

Schroeder

zu einer Zeit, in der andere entscheidende Probleme und Ziele ebenfalls Beachtung verlangen.

Prinz Felix zu Schwarzenberg, unter dem Österreich die Revolutionen niedergeschlagen hat, die 1848/49 fast das Reich zerstörten, soll über seinen Triumph gesagt haben: »Mit Bajonetten kann man eine Menge anfangen, aber sitzen kann man auf ihnen nicht.« Wir müssen ohne Zweifel Bajonette gegen den Terrorismus einsetzen, obschon vernünftig und auf chirurgische Weise, aber das Bündnis kann nicht auf ihnen sitzen.

Ein Wort zu dem, was Herr Schroeder sagte. Ich möchte zumindest einen Eindruck davon geben, was wir uns beim Planungsstab Politik im State Department vorstellen. Dort denkt letztlich niemand, dass Terrorismus ein bestimmendes oder leitendes Prinzip der US-Außenpolitik sein kann. Das trifft auf Richard Haas zu und – so wie ich ihn verstehe – auch auf Colin Powell. Dies sollte Grund zur Hoffnung sein.

Was uns von den Medien geboten wird, ist in der Tat verwirrend. Es ist wichtig zu unterstreichen, dass der Eindruck, den wir mitunter aus der allgemeinen Diskussion erhalten, nicht die Realität innerhalb der Administration widerspiegelt.

Es wird häufig behauptet, die Europäer neigten dazu, das Weltsystem als Machtgleichgewicht oder als miteinander verschränkte Machtgleichgewichte zu sehen, was einem realistischen Weltbild entspricht. Die Amerikaner dagegen tendieren seit Gründung der Vereinigten Staaten dazu, die internationalen Beziehungen mit der Messlatte universeller demokratischer Werte zu beurteilen, was ein eher idealistischer Ansatz ist.

Die Spannung zwischen diesen beiden Ansätzen hat die transatlantischen Beziehungen zumindest seit dem Ersten Weltkrieg und den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 entscheidend geprägt. Nach dem 11. September erleben wir die gleiche Diskussion. Viele der Europäer halten nichts von der Rhetorik einer »Achse des Bösen« seitens der amerikanischen Regierung, und die Amerikaner neigen dazu, die Europäer wieder einmal als kraftlose Beschwichtigter zu sehen, denen es an Idealismus mangelt.

Dies könnte dem transatlantischen Diskurs eine sehr gefährliche Wendung geben. Meines Erachtens rührt dies von einer oberflächlichen Sicht dessen her, was die europäische und amerikanische internationale Politik in der Vergangen-

**Shore**

Position des State Departments

**Soutou**

Sind Europäer Realisten und  
Amerikaner Idealisten?

Schließlich teilen wir auf beiden Seiten  
des Atlantiks die gleichen Werte.

Soutou

heit charakterisiert hat. Ich bin sicher, dass wir eine gemeinsame Grundlage finden werden, wenn wir eingehend zu klären versuchen, was diesen Ansichten zugrunde liegt.

Das so genannte europäische Machtgleichgewicht hat nie nur mit Macht zu tun gehabt. Natürlich gab es auch diesen Aspekt, aber daneben zwei weitere Elemente: Das erste lässt sich als »Strukturen« beschreiben – internationales Recht, Verträge, internationale Institutionen und Bündnisse. Das zweite Element waren Werte. Selbst die Europäer haben seit Beginn des 19. Jahrhunderts Werten in ihrem internationalen System einige Bedeutung zugemessen. Sie brauchen sich nur den Vertrag des Wiener Kongresses und die Verträge, die bis zum Ersten Weltkrieg folgten, anzusehen, in denen sich immer Artikel zu Minderheitenrechten und ähnlichen Problemen finden.

Auf der anderen Seite zeigte sich die amerikanische Außenpolitik gewöhnlich ganz offen für realistische Positionen, was nationale Interessen und Machtpolitik anging. Selbst Wilson verstand, was es mit Macht auf sich hat. Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten gegen Hitler und die Sowjetunion machen dieses Verständnis von Machtpolitik sehr deutlich.

Gemeinsame Werte

Bei den transatlantischen Beziehungen sind weder das Machtgleichgewicht noch die Werte das eigentliche Problem – schließlich teilen wir auf beiden Seiten des Atlantiks die gleichen Werte. Das wirkliche Problem betrifft die Strukturen, denn historisch haben die Vereinigten Staaten eine Aversion gegen jede Form von Strukturen, die sie einbinden. Das betrifft den Kern unserer Diskussion.

Unterschiedliche Haltung zu Strukturen

Es gab eine glückliche Ausnahme bei der Ablehnung von internationalen Strukturen durch die Vereinigten Staaten. Dies war in der Zeit nach 1945, als die Vereinten Nationen geschaffen wurden. Sie versagten damals aufgrund des Kalten Kriegs, doch dann wurde die NATO ins Leben gerufen, die damals als eine Art Miniatur-Vereinte-Nationen aufgefasst wurde. Ihre Mitglieder teilten die gleichen Werte und waren bereit, ihre Zusammenarbeit zu organisieren, um gegenüber der Sowjetunion ein Gleichgewicht zu bilden und schließlich die Welt nach dem Ende des Kommunismus umzugestalten.

Diese Epoche beweist, dass Amerikaner und Europäer sich auf grundlegende Tendenzen in den internationalen Beziehungen verständigen können. Ihre Übereinkunft hielt bis zum Ende des Kalten Kriegs an, trotz de Gaulle und vielleicht trotz eines wachsenden amerikanischen Unilateralismus seit Präsident Kennedy.

Doch mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Rückkehr Russlands in den Westen sehen wir uns weit mehr Akteuren in einer vielgestaltigeren Welt gegen-

über, die auch das Phänomen des Terrorismus einschließt. Angesichts des Scheiterns der Neuen Weltordnung, die 1990 von Präsident George Bush senior ausgerufen wurde, und eingedenk all dessen, was mit dem 11. September signalisiert wurde, müssen wir neue Fragen stellen. Dabei besteht die Gefahr von Missverständnissen und Divergenzen zwischen beiden Seiten des Atlantiks. Aus Sicht vieler Europäer kehren die Amerikaner heute zu ihrer Politik vor der Schaffung der NATO zurück, mit ihrer Mischung aus Weltordnungs-Idealismus und dickköpfigem Unilateralismus, der keine bindenden Verpflichtungen oder internationalen Strukturen akzeptiert.

Welche Antworten haben die Europäer auf diese neue Situation? Sie teilen sich in zwei Lager, die beide seit den 60er Jahren existieren. Auf der einen Seite gibt es die Transatlantiker-Europäer, die bis heute glauben, dass die beste Lösung ein transatlantisches System ist, das von den Vereinigten Staaten geführt wird und auf der NATO beruht. Sie möchten das System, das bis zum Ende des Kalten Kriegs funktionierte, wiederherstellen und es den neuen Gegebenheiten anpassen.

Die andere Seite sucht nach einer ausgeglicheneren Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und einem stärkeren Europa. Diese zweite Richtung könnte an Boden gewinnen, weil die Europäer erkennen, dass Amerika womöglich nicht imstande ist, die ›weiche‹, wohlwollende Hegemonie zu errichten, die für den Erfolg der so genannten Neuen Weltordnung notwendig ist – eine Ordnung, die auf dem Sieg der Demokratie und der Marktwirtschaft in der ganzen Welt beruht.

Wenn diese Weltordnung nicht erfolgreich ist, wäre die letzte theoretische Möglichkeit, um Anarchie zu vermeiden, ein Weltsystem, das auf verschränkten regionalen Gleichgewichten beruht. Innerhalb dieses Systems wären die Vereinigten Staaten an jedem Punkt in jeder Weltregion involviert. Überdies würde dieses System Institutionen wie die Vereinten Nationen, die NATO, internationale Verträge, Gesetze und nicht zuletzt gemeinsame zentrale Werte erfordern. Dies mag bescheidener als die derzeitige amerikanische Agenda sein, dennoch könnte es gefährlichen Entwicklungen wie der Verbreitung des Terrorismus begegnen.

Momentan scheint das die entstehende europäische Agenda zu sein, selbst wenn es noch etwas früh ist, politisch von Europa als einem Ganzen zu sprechen. Diese Vorstellungen unterscheiden sich nicht so sehr von denen, die Henry Kissinger in seinem letzten Buch vorgetragen hat.

Historisch haben wir bewiesen, dass wir uns auf einen Kompromiss zwischen amerikanischen und europäischen Auffassungen einigen können, der gleichzei-

Europäische Antworten:  
Transatlantiker und Integrationisten

Alternative: verschränkte  
regionale Gleichgewichte



*Dahrendorf,  
Reynolds, Schroeder*

tig eine Gleichgewichtspolitik, Strukturen und Werte beinhaltet. Deshalb können und sollten wir nach meiner Auffassung wieder einen gemeinsamen Grund finden, um mit den gegenwärtigen Problemen fertig zu werden.

### **Reynolds**

Frühere Krisen in der transatlantischen Beziehung

Betrachtet man die interessanten Ausführungen der ersten beiden Redner, so scheint mir, dass sich in unserer derzeitigen Debatte Argumente wiederfinden, die in den letzten fünfzig Jahren der transatlantischen Beziehungen wiederholt vorgebracht wurden. Es hat Zeiten gegeben, in denen Nachrufe auf die NATO geschrieben wurden und in denen vorhergesagt wurde, das Transatlantische Bündnis werde dem Druck nicht standhalten.

In den frühen 1980er Jahren gab es Streitigkeiten über Cruise Missiles und Pershing-Raketen, über die sibirische Pipeline und den neuen Kalten Krieg. In den 70er Jahren drehten sich die Diskussionen um ein erweitertes Europa, Henry Kissingers Jahr Europas und die Notwendigkeit einer neuen Atlantik-Charta, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Man kann sogar noch weiter zurückgehen: zu den Auseinandersetzungen um die Politik de Gaulles, Frankreich aus dem integrierten Kommandosystem der NATO herauszunehmen. Letztlich reicht das zurück zu den ersten Anfängen des Oberkommandos der NATO, als viele Amerikaner den Eindruck hatten, dies wäre nur eine vorübergehende Lösung. Damals, in den 50er Jahren, war Eisenhower der Auffassung, dass Amerika gescheitert sei, die Europäer zu ihrer eigenen Verteidigung zu bewegen, wenn die amerikanischen Truppen länger als ein Jahrzehnt in Europa blieben.

Heutige Herausforderungen:  
NATO und EU-Osterweiterung

Es hat immer die Befürchtung gegeben, die transatlantischen Beziehungen könnten auseinander gerissen werden. Gegenwärtig beunruhigt mich, dass die Zukunft der beiden zentralen Institutionen Europas, der NATO und der Europäischen Union, zur Debatte steht. Ich denke dabei an das immense und fast unlösbare Problem der Osterweiterung beider Institutionen. Das sind gewaltige strukturelle Veränderungen. Gewissermaßen sind sie Teil des fortdauernden Prozesses der Überwindung des Kalten Kriegs. Sie tragen dazu bei, den großen Teil Europas, der durch die Teilung von Jalta abgetrennt war, nach Europa zurückzuholen.

Die Erweiterungen werden enorme Anforderungen sowohl an die EU als auch an die NATO stellen. Es kann gut sein, dass dadurch beide Institutionen in ihrer gegenwärtigen Form nicht mehr funktionsfähig sein werden. In der Europäischen Union zum Beispiel wird eine wachsende Mitgliederzahl die Gestaltung zentraler Politikfelder wie der Agrar-, Regional- und Sozialpolitik verändern. Das



sind die zentralen Fragen für die Europäische Union, für ganz Europa und für die NATO.

Die amerikanische Agenda scheint mir zurzeit ganz anders ausgerichtet zu sein. Ich habe nicht den Eindruck, dass jene Fragen den Vereinigten Staaten auch nur annähernd so viel bedeuten. Der Krieg gegen den Terrorismus, wenn er von der Administration in der Form betrieben wird, wie es im Moment den Anschein hat, macht deutlich, dass Washington ganz andere Sorgen hat. Diese Sorgen reflektieren das neue Gefühl der Unsicherheit in den Vereinigten Staaten, einem Land, dessen kontinentale Integrität während des gesamten 20. Jahrhunderts niemals wirklich verletzt oder angegriffen worden war. Während die meisten Europäer mit Unsicherheit, Gewalt und Krieg gelebt haben, war das kontinentale Amerika, anders als etwa Hawaii, nie vom Krieg berührt. Deshalb war der 11. September ein riesiger Schock. Dies ist ein erhebliches strukturelles Problem, dem wir uns widmen müssen.

USA haben andere Sorgen

Wir werden zu dieser Frage kommen, wenn wir über die gegenwärtige Lage sprechen. Gibt es jetzt Bemerkungen zu den Lehren aus der Geschichte? Herr Czempiel, das ist Ihr Territorium, oder?

**Dahrendorf**

In der Tat kann man sehr viel aus der Geschichte lernen, man muss nur die richtigen Fragen an sie stellen. Das Problem besteht darin, dass wir deswegen so wenig aus der Geschichte lernen, weil wir meistens zu spät über sie informiert werden. Die noble Zunft der Historiker sagt mit Recht: Man kann eigentlich erst analysieren, was fünfzig Jahre zurückliegt; aber dann kommen die Lehren für die Politik von heute und morgen zu spät. Die Politikwissenschaft, insbesondere die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen, bemüht sich, diese Lücke zu füllen.

**Czempiel**

Herr Schroeder und Herr Soutou haben zu Recht die Leistungen der Atlantischen Allianz in den letzten fünfzig Jahren hervorgehoben. Dazu gehören der Gewinn des Kalten Krieges ebenso wie die Überwindung vieler Probleme, auf die Herr Reynolds hingewiesen hat. Ich sehe aber Grenzen der Anwendung von Lehren dieser Vergangenheit darin, dass die Komplexität der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa inzwischen viel zu groß ist, um auf NATO-Ebene geregelt zu werden.

Wenn Herr Schroeder zitiert hat, dass man auf Bajonetten nicht sitzen kann, dann füge ich hinzu: Man kann auf Bajonetten auch nicht die transatlantische Gemeinschaft organisieren. Eine Verteidigungsallianz ist einfach zu eng, um die

USA und Europa brauchen eine politische Organisation



Beziehungen zwischen Nordamerika und Westeuropa zu gestalten, auch wenn ich deren Konsolidierung für den wichtigsten historischen Fortschritt der letzten fünfzig Jahre halte, den wir unter allen Umständen bewahren müssen.

Was wir wirklich brauchen, um die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa weiterzuentwickeln, ist eine politische Organisation statt einer nur militärischen. Es war schon während des Kalten Krieges problematisch, dass der gesamte politische Diskurs durch das Nadelöhr der NATO gepresst worden ist, weil es keine andere Organisation gab. Wir benötigen für die atlantische Gemeinschaft eine politische Organisation, in der die Probleme, allen voran jetzt der Terrorismus, *politisch* besprochen und gelöst werden können.

### **Hacke**

Eine deutsche Sicht der Weltordnung

Herr Dahrendorf hat dazu aufgefordert, die historische Dimension noch einmal kurz zu beleuchten. Ich möchte das versuchen und dabei auf die Schwierigkeit hinweisen, die besteht, wenn wir aus deutscher Sicht das Problem von Weltordnung und Weltordnungsvorstellungen betrachten.

Es ist wichtig zu sehen in Erinnerung an Max Weber, dass Weltordnungsmodelle eine Mischung aus Ideen und Interessen sind, die in einer Wechselwirkung zueinander stehen. Weltordnungsvorstellungen kann man einerseits als Imperial- oder Reichsvorstellungen und andererseits als globale zivilisatorische Leitideen verstehen. Der Unterschied zu unseren westlichen Freunden im Rückblick auf das 19. und 20. Jahrhundert besteht darin, dass Amerikaner und Briten selbstverständlich mit großer Geschmeidigkeit nationale Interessen formuliert und sie gleichzeitig mit Weltordnungsvorstellungen verbunden haben. Eine zivilisatorische Attraktivität ist von Großbritannien ausgegangen im Westminster-Parlamentarismus, ebenso wie von der Französischen Revolution und von den antikolonialen Gründungsideen der USA. Im Dreikampf der Weltordnungsvorstellungen von Kommunismus, Faschismus bzw. Nationalsozialismus und westlicher Zivilisation hat sich die westliche Weltordnungsidee durchgesetzt – und sie manifestiert sich im internationalen Liberalismus.

Wenn ich jetzt sage, dass es für uns Deutsche relativ schwierig ist, uns in dieser Hinsicht zu positionieren, so hängt das mit unserer jüngeren Vergangenheit zusammen. Wir hatten zwar auch Reichsideen, und es gab rassistische Weltordnungsideen, aber eine zivilisatorische Attraktivität hatten wir damit bis zum Ende der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht anzubieten. Dies verdeutlicht, warum es für uns nach wie vor schwierig ist, uns in Weltordnungsvorstellungen zu bewegen, obwohl wir mit der fünfzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik



Hache, Frankenberg

Deutschland und ihren außenpolitischen Leistungen nun auch endlich in den Bereich der westlichen Zivilisation eingetreten sind. Was mit Stresemann begann und über Adenauer hinwegführte, müsste uns heute bereit sein lassen, sowohl Weltordnungsideen mitzutragen als auch unsere nationalen Interessen in diesem Wechselspiel selbstbewusst zur Geltung zu bringen. Genau das vermisse ich bisher.

Welche Weltordnungsmodelle gibt es heute in Deutschland mit Blick auf die Strukturen, von denen Herr Schroeder gesprochen hat? Wir hängen sehr viel stärker als unsere westlichen Nachbarn an Konzepten kollektiver Sicherheitssysteme. Herr Schroeder hat dagegen sehr klar das Hegemonialmodell gestellt, in dem es eine Führungsmacht gibt. Auch ich bin der realistischen Schule verbunden. Ich denke, solange keine Hegemonialmacht entsprechende Strukturen trägt, sind Ordnungsmodelle weder regional noch gar global stabil.

Herr Czempiel mag das anders sehen, aber wenn wir im 20. Jahrhundert nicht eine Weltordnungsmacht wie die USA gehabt hätten: Wie hätte das Ende des Ersten Weltkrieges ausgesehen? Wie wäre die Zwischenkriegszeit der Weimarer Republik verlaufen? Wie hätte der Zweite Weltkrieg geendet? Wie hätte, speziell für unser Land, der Kalte Krieg ausgesehen ohne die Weltordnungsmacht USA? Das heißt, ein realistisches Weltordnungsmodell braucht den Hegemon. Ich denke, aus deutscher und europäischer Sicht müssen wir die USA so nehmen, wie sie sind. Es wird Momente geben, die uns eher verstören, und es gibt Situationen, in denen wir glücklich sein können, dass wir die USA an unserer Seite haben.

Mein Fazit lautet nach alledem: Wir müssen selbst mehr mittragen, und wir müssen eine eigene kraftvolle Tradition entwickeln, einen Selbstbehauptungswillen, der sich aus zivilisatorischen Weltordnungsvorstellungen speist, die wir in der Außenpolitik der Bundesrepublik mitentwickelt haben. Gleichzeitig müssen wir unseren Nachbarn deutlicher machen als bisher, dass auch wir nationale Interessen haben, die wir nicht schamvoll verstecken, sondern selbstbewusst vertreten.

Ich denke, Herr Hache, Deutschland kann einstweilen selbstbewusst nach vorn blicken, denn ich höre gerade, dass Oliver Neuville in der 88. Minute das Tor geschossen hat, das die deutsche Mannschaft ins Viertelfinale der Fußballweltmeisterschaft bringt.

Zurück zu unserem Thema: Ich würde vorschlagen, dass wir zunächst Pierre

Vorliebe für kollektive Sicherheitssysteme

Stärker für sich selbst eintreten

**Dahrendorf**

Hassner zuhören und dann zu den beiden anderen Kurzvorträgen übergehen. Die Diskussion bewegt sich klar von einer Geschichtsbetrachtung zur Gegenwart.

**Hassner**

Globalisierung und Migration

Mein Beitrag bezieht sich auf die drei Konzepte, die Herr Schroeder umrissen hat. Dabei werde ich die Gegenwart aus einer historischen Perspektive untersuchen.

Zur Frage der Globalisierung möchte ich nur eine Fußnote anfügen. Die Vergleiche mit der ersten Globalisierung zu Anfang des Jahrhunderts sind sehr aufschlussreich, doch ein Vergleich ist dabei von besonderem Interesse: Der Verkehr von Kapital und Gütern ist heute ähnlich wie damals, aber die Mobilität der Menschen ist weitaus geringer. Die riesigen Migrationen, die während der ersten Globalisierung geschahen, lassen sich heute nicht feststellen. Aber die Reaktionen gegen diese Wanderungen, die man in den 20er Jahren beobachten konnte, tauchen heute bereits wieder auf. Die Migration und Staaten, die sich den Massen verschließen, welche bei ihnen Aufnahme finden wollen, sind eines unserer drängendsten Probleme. Sowohl auf europäischer wie auf globaler Ebene muss damit sehr viel sorgsamer umgegangen werden.

Dann zu Bündnissen: Die Erweiterung der NATO und der Europäischen Union wird nach wie vor in sehr klassischen Begriffen diskutiert, ebenso wie das Überleben der NATO nach dem Kalten Krieg. Meines Erachtens reichen hier die Argumente, die Herr Schroeder in seinem Buch über historische Dimensionen der Sicherheit, das Überleben von Bündnissen, die Arbeitsweise ihrer Kontrollinstrumente und die Integration früherer Gegner anführt, zur Erklärung völlig aus.

Bündnisbegriff muss wg. Terrorismus  
neu bewertet werden

Anders beim dritten Thema, dem Terrorismus und seiner heutigen Veränderung aufgrund technologischer Einflüsse und weltwirtschaftlicher Entwicklungen. Hier ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Einerseits sind immer kleinere Gruppen in der Lage, immer größere Zerstörung bei immer geringeren Kosten anzurichten. Andererseits führt der wachsende Einfluss fundamentalistischer Religionen – der teilweise selbst eine Reaktion auf die Globalisierung ist – dazu, dass Menschen bereit sind, Selbstmord zu begehen. Unter diesen Umständen müssen wir Begriffe wie Allianz gegen Terrorismus auf eine Weise neu bewerten, bei der uns die Vergangenheit nur von begrenztem Nutzen ist.

Lehren aus der Geschichte können wir ziehen in Bezug auf die Rolle des Hegemons und die Gefahren der Hybris, doch die Koalition gegen den Terrorismus ist nicht wirklich eine Koalition oder ein Bündnis im klassischen Sinne. In einer Situation, in der eine neue Doktrin des Präventivschlags für den Einsatz von militärischer Gewalt aufgetaucht ist und wenn das Konzept der Abschreckung versagt, da



Leute bereit sind, Selbstmord zu begehen und wir uns mit nicht-territorialen Organisationen konfrontiert sehen, bedarf der Begriff des Bündnisses einer Neubewertung.

Es ist genau dieser Zusammenhang zwischen Globalisierung, Terrorismus und ihren Folgen für Bündnisse, der grundlegend neue Herausforderungen hervorbringt, verglichen mit den vergleichsweise simplen zwischenstaatlichen Problemen sich wandelnder Bündnisse nach dem Kalten Krieg.

Wir hören jetzt die beiden weiteren Einführungsreferate. Als erstes der große Realist Egon Bahr.

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Soutou gesagt hat: Amerika befreit sich von Relikten des Kalten Krieges. Seine Fähigkeiten gestatten das, und seine Interessen verlangen das. Das wird an zwei Elementen der amerikanischen Politik besonders deutlich.

Erstens: Die USA haben sich vom Schulterschluss mit der NATO verabschiedet, der während des Kalten Krieges selbstverständlich war. Amerika hat sich durch die Erklärung des Bündnisfalles nach dem 11. September nicht davon abhalten lassen, schnell und selbstständig zu handeln, ohne sich von Konsultationen behindern zu lassen.

Zweitens: Amerika hat mit Russland eine Reduktion der atomaren Arsenale um zwei Drittel vereinbart – allerdings mit so vielen Lücken und offenen Fragen, wie das während des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre. Hätte man Verifikation und Kontrolle ähnlich regeln wollen wie damals, dann hätte das viele Monate, wenn nicht Jahre gedauert. Im Kalten Krieg, als die Sowjetunion die zweite Supermacht war, hat Amerika auf minutiöse Regelungen gedrungen. Die Zeit konnte man sich nehmen, weil die Kreml-Führung rational und verantwortungsvoll handelte.

Heute dagegen garantiert die eigene Überlegenheit und die Schwäche Russlands den USA eine Sicherheit, die auf vieles Kleingedruckte verzichten kann. Die immer noch vorhandene gegenseitige Zerstörungsfähigkeit wirkt nicht mehr bedrohlich, weil keine Seite sie benutzen will oder kann. Diese neue Lage schafft die Voraussetzungen für eine neue Politik. Sie befreit die Politik für einen strategischen Versuch, mit Vertrauensvorschuss Gegnerschaft durch Zusammenarbeit abzulösen. Zur Sicherheit gilt der Vertrag nur für zehn Jahre, und jede Seite kann ihn binnen 90 Tagen einseitig kündigen: gewissermaßen Vertrauen mit »Allianzversicherung« neuen Typs.

**Dahrendorf**

**Bahr**

Amerikas Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs:



Bahr

Einige der Vereinbarungen genügen, um die beiderseitigen Absichten zu testen. Ich füge hinzu: Nur Russland ist gegenwärtig in der Lage, ein solches Abkommen mit Amerika zu schließen, nicht China oder Indien – und Europa schon gar nicht. Russland gewinnt damit Zeit, sich zu konsolidieren, und Amerika hat Zeit und Mittel, sich auf seine Pläne zu konzentrieren. Die Allianz gegen den Terror ist stabilisiert. Dieses Bündnis ohne Vertrag ist durch ein Abkommen unterfüttert, das im Falle seiner Bewährung eine globale Perspektive eröffnet, nämlich Abschreckung durch Zusammenarbeit zu ersetzen. So formuliere ich als Europäer die Chance dieses neuen politischen Prozesses. Ein Amerikaner könnte es so ausdrücken: Solange wir unsere Abschreckungsüberlegenheit erhalten und ausbauen, können wir uns Zusammenarbeit zu eigenen Bedingungen leisten.

Der isolationistische Rückzug Amerikas aus Europa am Ende des Ersten Weltkrieges wurde im Zweiten Weltkrieg revidiert. Seitdem sind die USA eine Macht in Europa geblieben; inzwischen sogar die stärkste. Kein Staat des Kontinents will oder kann sie entbehren. Zweimal hat Amerika den Schock seiner Verwundbarkeit erlebt: das erste Mal am Ende der fünfziger Jahre, als die Sowjetunion atomare Interkontinental-Raketen in Dienst stellte, und zum zweiten Mal am 11. September, als die Bilder seiner Verwundbarkeit sich der Welt einbrannten.

»Multilateralismus à la carte«

Amerika hat die Erfahrung gemacht, dass es scheinbar unerfüllbare Träume verwirklichen kann – warum nicht auch den Traum seiner Unverwundbarkeit? Der Krieg gegen den Terrorismus entspricht einem tief verankerten Element der amerikanischen Seele, einem genuinen Teil seines Selbstverständnisses. Für die nunmehr einzige Supermacht der Welt verbietet sich der alte Isolationismus, aber ein »Isolationismus à la carte« scheint gestattet. Richard Haas, Direktor für politische Fragen im State Department, nennt das »Multilateralismus à la carte«, den man von dieser Administration erwarten könne. Das ist dasselbe, nur schonender und beruhigender ausgedrückt.

Europäische Vorwürfe des Unilateralismus gehen jedenfalls in die Irre, soweit damit eine Grundorientierung Washingtons unterstellt wird. In Wirklichkeit ist die amerikanische Regierung zu dem Schluss gekommen, dass ihre globale Verantwortung und ihre technisch-militärische Uneinholbarkeit verlangen und gestatten, die politische Flexibilität des Stärksten zu entwickeln, eine Politik der freien Hand. Sie geht neue Bindungen – wie gegenüber Moskau oder im NATO-Russland-Rat – nur ein, wenn es ihren Interessen entspricht. Sie erhält ihre bisherigen Bindungen im Bündnis und durch die Ausweitung der NATO. Sie kündigt Verträge oder zieht Unterschriften zurück, um ihre technische Uneinholbar-

keit zu stärken und ihre Interessen unbehindert durchsetzen zu können. Wenn die Politik der freien Hand es verlangt, wird Washington sich dem Teststop-Vertrag entziehen und sogar die Wiener Konvention über internationale Verträge widerrufen, soweit diese verlangt, dass unterschriebene Verträge einzuhalten sind, als wären sie schon ratifiziert. Das alles ist getragen von der missionarischen Überzeugung, dass für die Welt nicht schlecht sein kann, was für Amerika gut ist.

Ich meine, wir sollten uns darauf einstellen, dass die US Administration diesen Weg gehen wird. Niemand kann das verhindern. Für Washington ist der politische Faktor »Moskau« wichtiger geworden als der militärische Faktor der NATO. Es ist sinnlos, darüber zu jammern. Europa sollte souverän genug sein, die Unterschiede der Verantwortung und der Fähigkeiten auf beiden Seiten des Atlantiks anzuerkennen. Es sollte souverän genug sein, um einzusehen, dass diese Unterschiedlichkeiten nicht zu beseitigen sind, ohne die eigene Identität und den Anspruch auf Selbstbestimmung aufzugeben. Weder in der Gesellschaftspolitik noch in der Umweltpolitik oder in der Ablehnung des Internationalen Gerichtshofs kann Europa Amerika folgen. Es klafft eine eklatante Lücke zwischen dem starken, allein handlungsfähigen Amerika und dem militärisch schwachen, politisch noch nicht geschlossen agierenden Europa. Die meisten Meinungsverschiedenheiten in der gegenwärtigen transatlantischen Debatte lassen sich hierauf zurückführen.

In einer solchen Situation liegt es nahe, eine Politik der Arbeitsteilung zu betreiben. Die Emanzipation Amerikas von Europa hat das Fundament der transatlantischen Beziehungen nicht gefährdet. Es ruht sicher auf gemeinsamen Werten und Interessen. Das würde erst recht gelten, wenn eine europäische Emanzipation von Amerika folgte. Jeder junge Mensch, der volljährig wird, emanzipiert sich von seinen Eltern, ohne deshalb zu deren Feind zu werden. Die europäische Emanzipation würde auf politische Selbstverantwortung und globale Handlungsfähigkeit hinauslaufen und außerdem der Logik der gemeinsam beschlossenen und eingeführten Währung entsprechen. Europa würde sich auf das stärkste Bündnis der Welt stützen und die militärische Schwäche zu seiner politischen Stärke machen, indem es durch Verhandlungen versucht, seinen Weg des Gewaltverzichts durchzusetzen. Das hieße, möglichst dafür zu sorgen, dass Schurkenstaaten nicht schurkisch handeln. Wenn das gelänge, könnte es Amerika einen Krieg ersparen. Sofern es misslingt, verliert Amerika jedoch keine seiner militärischen Optionen.

Ein starkes Amerika und  
ein schwaches Europa ...

... brauchen eine Arbeitsteilung

Beispiel: Jugoslawienkrieg

Es bleibt zu erinnern, dass der Krieg gegen Jugoslawien beendet wurde durch eine diplomatische Vereinbarung mit Milosević, der Moskau, Peking und die UN und eben auch die Vereinigten Staaten zugestimmt haben. Dieses Beispiel eines europäischen Weges hat die transatlantischen Beziehungen bekanntlich nicht geschädigt. Ich meine, Europa sollte besonders auf dem Balkan, in seinem Bemühen, die dortigen Institutionen an Europa heranzuführen und den Lebensstandard der Menschen anzuheben, seine Verantwortung bewusst wahrnehmen. Die USA würden dadurch entlastet für andere Aufgaben. Bei Engagements darüber hinaus sollte sich Europa jedoch zurückhalten. Die erkennbaren Bedrohungen – besonders Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – sind aus europäischer Sicht jedenfalls eher politisch als militärisch beherrschbar. Und bei der Raketenabwehr war Amerika weitsichtig genug, einen gemeinsamen Weg mit Russland zu suchen. Das entspricht auch dem europäischen Interesse.

Europa sollte den USA militärisch und technologisch nicht nacheifern

Es wäre ein Irrweg und vielleicht sogar lächerlich, wenn Europa militärisch und technisch Amerika ähnlicher werden wollte. Warum sollte es auf diesem Gebiet der uneinholbaren Supermacht nacheifern? Wir sind doch keine Rivalen.

Die interessendefinierte Politik der freien Hand ist wie schon in der Vergangenheit auch nicht durch Waffenkäufe zu ändern. Die modernsten Waffen stehen ohnehin nicht zum Verkauf. Der deutsche Außenminister Fischer hat kürzlich im Deutschen Bundestag formuliert, er halte es für »schlichtweg illusionär und für politisch nicht erstrebenswert, dass die NATO nur dann voll einsatzfähig wäre, wenn das Niveau der wichtigsten europäischen Mitgliedstaaten innerhalb der NATO mit dem Niveau der global handelnden USA mithalten könnte«.

NATO- und EU-Erweiterung sind Europas zentrale Herausforderung

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Bewaffnung: Die europäischen Partner des mächtigsten Bündnisses der Welt müssen ihre Streitkräfte modernisieren, um jeden möglichen konventionellen Angriff abzuschrecken, aber nicht, um neben den amerikanischen global eingesetzt zu werden. Die europäischen Streitkräfte müssen vielmehr ein wirksamer Schild Europas werden. Wir brauchen eine europäische Armee, die aber nicht als Schwert Amerikas dienen würde. Europa würde auf diese Weise politisch und wirtschaftlich mehr Kraft auf die große Aufgabe konzentrieren können, die sich durch die Ausweitung der NATO und der Europäischen Union ergibt. Das wird, hierin gebe ich Herrn Reynolds Recht, die zentrale Herausforderung für Europa.

Dabei geht es nicht nur um das Zusammenführen der Volkswirtschaften oder um die Eingliederung von nationalen Armeen in die NATO-Strukturen, was relativ einfach und schnell möglich ist, sondern um die Überwindung von Mentali-



»Europa, wirklich?

Ich denke nicht mehr viel über Europa nach.«

Singer

tätsunterschieden. Deutschland hat darin in den letzten zehn Jahren im Zuge der Wiedervereinigung Erfahrungen gemacht, und bei der NATO-Erweiterung werden hundert Millionen Menschen das Gewicht ihrer Erfahrungen, ihrer Kultur, ihrer Geschichte, ihrer Mentalität einbringen.

Es ist wie eine List der Geschichte, dass die erfolgreiche Verschiebung des Kontinents nach Westen nun durch eine Verschiebung nach Osten abgelöst wird. Die natürlichen geographischen Gewichte werden damit wiederhergestellt. Gesamt-Europa wird nun ohne die Gefahr von Kriegen zwischen seinen Staaten leben können. Die Unterschiedlichkeit der Verantwortungen, die mögliche Arbeitsteilung zwischen Amerika und Europa wird allerdings nicht verhindern können, dass Präsident George W. Bush eine Weltordnung erstrebt, die durch die Dominanz Amerikas garantiert wird. Das braucht und darf Europa jedoch keineswegs davon abhalten, seinerseits eine Weltordnung anzustreben, die Bush, der Vater, vor zehn Jahren vorgeschlagen hatte, als er die Welt in eine Ordnung führen wollte durch »partnership in leadership«, innerhalb deren dann alle Beteiligten gemeinsamen Regeln unterliegen würden, sogar Amerika selbst. Man sollte diese Perspektive nicht aufgeben.

Es ist für mich eine große Ehre, hier in Berlin zu sein und an einem solchen ausgezeichneten Kreis teilzunehmen. Ich hoffe, die jüngere Generation gut zu vertreten, und möchte in diesem Sinne einige provokative Bemerkungen machen.

Ich beschäftige mich beruflich mit zwei Dingen. Einerseits analysiere ich Sicherheitsfragen, insbesondere neue Akteure in Kriegen. Andererseits koordine ich ein Projekt, das die amerikanische Politik gegenüber der islamischen Welt untersucht und zu verbessern sucht. Das im Hinterkopf, möchte ich heute erörtern, was ich als die Mythen und Realitäten verstehe, die die transatlantische Partnerschaft nach dem 11. September durchziehen.

Mythos Nummer eins: Europa ist unwichtig. Als ich meiner Verlobten erzählte, dass ich nach Deutschland zu einer Konferenz über die wichtigen transatlantischen Beziehungen fahre, sagte sie: »Europa, wirklich? Ich denke nicht mehr viel über Europa nach.« Uns sollte Sorge bereiten, dass ihre Antwort nicht nur die Ansichten der meisten Durchschnitts-Amerikaner, sondern auch großer Teile der politischen Klasse widerspiegelt.

Eine Reihe von Faktoren trägt zu dieser Überzeugung bei, doch aus sicherheitspolitischer Sicht ist die Ursache recht einfach. Während der letzten hundert Jahre konzentrierten sich die entscheidenden amerikanischen Sicherheitsinte-

**Singer**

Mythos und Realität im transatlantischen Verhältnis nach dem 11. September

Mythos I: Europa ist unwichtig

Singer



ressen auf Europa. Zweimal intervenierten die Vereinigten Staaten in Kriegen, die auf dem europäischen Kontinent begannen. In den vergangenen 50 Jahren stationierten sie dann Streitkräfte entlang den westeuropäischen Grenzen, um einen weiteren Konflikt abzuwenden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges jedoch scheinen die Sicherheitsbedrohungen, denen sich die Vereinigten Staaten konfrontiert sehen, nicht mehr aus Europa zu kommen. Russische Panzer stehen nicht mehr bereit, durch die Fulda-Schneise zu rollen, und SS-20 Raketen stehen nicht mehr Pershings gegenüber. Der Kampf der Ideologien, der ebenfalls einen europäischen Touch hatte, steht nicht mehr im Mittelpunkt, so dass wir nun einen grünen deutschen Außenminister haben können, ohne uns zu beunruhigen, was dies für die nukleare Sicherheit der Vereinigten Staaten bedeutet.

Die Sorgen der Amerikaner haben sich stattdessen weiter nach Osten verschoben. Der Persische Golf sowie Süd- und Zentralasien vermitteln ein Gefühl der Bedrohung. Konkret werden wir von einem transnationalen Netzwerk von Radikalen bedroht, die bereits das Leben von über 3.000 Amerikanern auf dem Gewissen haben, und von der Möglichkeit, dass Schurken-Staaten wie der Irak diese Radikalen mit Massenvernichtungswaffen versorgen.

Zugleich wächst die Auffassung, dass Europa nicht mehr der amerikanische Hauptverbündete ist, der es einmal war. Anstatt europäische Hilfe für den Feldzug in Afghanistan zu ermutigen, versuchte die amerikanische politische und militärische Führung, die Unterstützung zu begrenzen, welche die Europäer leisten konnten, was ohnehin nicht sehr wesentlich erschien.

Wenn man in die Zukunft blickt, gibt die große Mehrheit der europäischen Staaten bedeutend weniger für Verteidigung aus und fällt in der technologischen Entwicklung immer mehr zurück. Dies könnte die operative Zusammenarbeit zwischen europäischen und amerikanischen Streitkräften gefährden, und Europa riskiert in den Worten des NATO-Generalsekretärs Robertson, zu einem »militärischen Pygmäen« zu werden.

Die Wirklichkeit jedoch sieht etwas anders aus, und sie ist auf eine Weise anders, die nicht häufig erörtert wird. Das betrifft erstens die Bedrohungseinschätzung. Während die ersten Anschläge der Al-Qaida Amerika galten und die amerikanische Erwidern in Afghanistan stattfand, verläuft in Wirklichkeit eine wichtige Frontlinie des Kriegs gegen den Terrorismus in Europa. Die Vereinigten Staaten erkennen, dass in einer globalisierten Welt die Probleme unserer Verbündeten sehr schnell unsere eigenen werden können.

Realität: Europa ist wichtiger Partner  
im Kampf gegen den Terrorismus

Mehrere Faktoren haben uns hoffentlich klargemacht, dass Europa beim Krieg gegen den Terrorismus wichtig ist: Einige der Flugzeugentführer vom 11. September operierten von einer Basis in Hamburg aus; Richard Reid, der infame »shoe bomber«, kam aus Großbritannien; vor kurzem wurde eine Reihe von Al-Qaida-Zellen in Spanien und Italien zerstört.

Dazu zwei weitere Bemerkungen: Erstens verweist die Bevölkerungsentwicklung in Europa auf ein Dilemma. Demografische Trends, die sich aus Geburtenraten und Einwanderung zusammensetzen, zeigen, dass der muslimische Anteil in den europäischen Gesellschaften in der Zukunft stark anwachsen wird. Diese Gruppen sind bisher schlecht in die Gesellschaft integriert. Wenn die gegenwärtigen Trends anhalten, wird der radikale Islam in Europa einen fruchtbaren Nährboden finden.

Zweitens leben wir in einer miteinander vernetzten Welt, in der ein Jugendlicher aus Brooklyn genauso schnell zum Bombenleger werden kann wie ein Jugendlicher aus Birmingham zum »shoe bomber« oder ein unbedeutender Millionär aus Saudi-Arabien zur internationalen Bedrohung. Daher wird die Unterstützung Europas bei der Eindämmung des Terrorismus entscheidend sein. Amerika und seine Alliierten müssen sich dem Grundproblem des islamischen Radikalismus zuwenden, der nicht nur in Pakistan, sondern auch auf eigenem Boden attraktiv ist. Die Vereinigten Staaten können viel von den Erfahrungen ihrer Verbündeten in der Bekämpfung des Terrorismus und bei der Integration eingewanderter Gruppen lernen, und zwar sowohl, was zu tun, als auch, was zu unterlassen ist.

Das Problem wachsender muslimischer Gemeinschaften innerhalb der europäischen Gesellschaften stellt auch eine entscheidende Frage für die transatlantischen Beziehungen: Werden die Europäer auf dieses Problem antworten, indem sie zu engeren Verbündeten der Vereinigten Staaten werden, weil sie die gemeinsame Bedrohung wahrnehmen, oder werden sie sich distanzieren, weil sie einen internen Rückschlag befürchten?

Gleichzeitig kann Europa eine wertvolle Rolle im Krieg gegen den Terrorismus spielen. Amerikaner sollten diese Beiträge der Europäer würdigen. In Afghanistan gibt es heute ebenso viele Europäer und Kanadier wie amerikanische Truppen, und sie nehmen eine sehr aktive Rolle wahr, sei es durch die Schaffung von Sicherheit in Kabul oder beim Jagen von Al-Qaida-Mitgliedern in den Höhlen im Süden Afghanistans. Wie in vielen anderen Regionen ist Europa führend beim Wiederaufbau und bei humanitärer Hilfe. Während Europa also bei vielen Schlüs-

Demografie und Islam

Internationale Vernetzung

Europas Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus



*Stelzenmüller, Singer,  
Melville, Wells*

seltechnologien zurückliegt – und dieser Lücke muss man sich annehmen –, ist es absurd zu glauben, die Europäer hätten nichts zur Sicherheit beizutragen, weil sie »nur« 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Verteidigung ausgeben.

Die Europäer können die USA ergänzen, z.B. durch die Stationierung von AWACS-Systemen im amerikanischen Luftraum oder indem sie sich auf Nischengebiete der Kriegsführung konzentrieren wie die spezielle Ausbildung von Gebirgseinheiten, die von den britischen Streitkräften geleistet wird. Amerika muss anerkennen, dass Europa bei der Antwort auf die neuen Sicherheitsbedrohungen wichtig bleibt. Doch die Europäer müssen ihre begrenzten Mittel nutzen, um ihre Kapazitäten besser zu nutzen und zu spezialisieren, anstatt sie zu verdoppeln. Wenn hier kein Wandel eintritt, wird die transatlantische Partnerschaft nicht in der Lage sein, einen Beitrag zur europäischen, atlantischen oder gar globalen Sicherheit zu leisten.

Mythos II: Der Kalte Krieg ist vorbei

Mythos Nummer zwei: Der Kalte Krieg ist vorbei. Vor einigen Wochen unterzeichneten Russland und die Vereinigten Staaten einen Vertrag zur Reduzierung der Atomwaffen. Einige Tage später unterschrieben Präsident Bush und sein neuer bester Freund, Wladimir Putin, in Rom ein Abkommen, das Russland eine Art von Juniorpartnerschaft innerhalb der NATO verschafft. Die nationale Sicherheitsberaterin Rice stellte fest: »Diese Schritte werden Russland fest im Westen verankern. Das ist wirklich ein Traum von dreihundert Jahren, nicht nur der Zeit nach dem Kalten Krieg.«

Russland ist nicht im Westen verankert

Dieser Optimismus ist aus verschiedenen Gründen falsch. Erstens ist die Integration Russlands im Westen immer noch ein Traum. Er mag zwar näher als je vor der Verwirklichung stehen, aber er ist noch keine Tatsache. Die russische Regierung hat noch zahllose Probleme mit der Rechtssicherheit sowie der Wirtschaft und der Demografie, die fast nicht nachvollziehbar sind. Zugleich hat es massive innenpolitische Probleme. Insbesondere seine schwierigen Beziehungen zu den Muslimen in Tschetschenien und zum radikalen Islam im Kaukasus stellen ganz andere Probleme dar als der Islam in Europa. Um es geradeheraus zu sagen: Auch wenn wir es wünschen mögen, ist Russland nicht bereit für den Westen und der Westen nicht für Russland.

Die nukleare Bedrohung ist nicht vorbei

Die Vorstellung, der Kalte Krieg sei vorüber, ist auch auf einer zweiten Ebene falsch – in der Annahme, die nukleare Bedrohung sei vorbei. Faktisch ist die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen wahrscheinlich gesunken. Der neueste Abrüstungsvertrag verringert nicht das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes. Dem Vertrag zufolge werden annähernd 4000 russische Atomwaffen nicht zer-



stört, sondern abgebaut und von relativ gut bewachten Militärbasen an verstreute, unsichere Orte verfrachtet. Für mich ist das in keiner Weise eine Verbesserung.

Russland ist weiterhin ein Selbstbedienungsladen für reiche Terroristen und Schurkenstaaten, sowohl für chemische, biologische und atomare Waffen wie für die Wissenschaftler, die solche Waffen herstellen können und die von der Hand in den Mund leben. Wir müssen daher die Programme ausweiten, die Russland helfen, diese Materialien, die uns noch heimsuchen können, entweder gut zu überwachen oder zu zerstören.

Schließlich ist die Vorstellung, der Kalte Krieg sei vorüber, aus einem dritten Grunde falsch. Die entstehende geopolitische Strategie der Vereinigten Staaten ist unserem Ansatz während des Kalten Krieges sehr ähnlich. Der Krieg gegen den Terrorismus wurde zunehmend zu dem allumfassenden Paradigma, durch das wir die Welt wahrnehmen. Wegen seiner klaren innenpolitischen Unterstützung rechtfertigt der Krieg gegen den Terrorismus jede Art von Außenpolitik und diskreditiert jede Opposition.

USA verfolgen ähnliche geopolitische Strategie

Die Bedrohung durch Al-Qaida wird häufig ähnlich beschrieben wie die durch die Sowjetunion. Dies ist verständlich bei der hohen Zahl von »Ex-Kalten-Kriegern«, die in der jetzigen Regierung sitzen. Während uns dies Energie und Konzentration verleiht, an der es im letzten Jahrzehnt gemangelt hat, birgt es auch gewisse Risiken. Die Verbindung aller Gefahren der Welt zu einer einzigen monolithischen Bedrohung öffnet möglicherweise Manipulationen Tür und Tor.

Ihrer Bedrohungsanalyse folgend haben die Vereinigten Staaten Streitkräfte rund um die Welt stationiert, vom Jemen und Georgien bis nach Nepal. Es ist aber fraglich, ob alle diese Entsendungen als Teil des Kriegs gegen den Terrorismus und besonders gegen Al-Qaida zu rechtfertigen sind. Diese geopolitische Strategie kann es lokalen Regierungen erlauben, sich ihren eigenen Problemen nicht zu stellen, insbesondere was gute Regierung und Demokratie anlangt. Stattdessen schaffen sich die US-Streitkräfte neue Feinde, tragen möglicherweise zur Ausdehnung des Konflikts bei und produzieren in der islamischen Welt ein Bild des wachsenden amerikanischen Imperialismus. Zudem kann sich unsere Strategie negativ auf die Qualität der Regierung unserer Verbündeten auswirken. Deshalb müssen wir uns nicht nur bemühen, die Unterstützung von Verbündeten zu gewinnen, sondern wir müssen sie auch davon abhalten, den Krieg gegen den Terrorismus als eine Entschuldigung zu gebrauchen, gegen lokale Gegner mit Härte vorzugehen.

Die transatlantische Liebesaffäre verkehrte sich  
schnell in eine tief gehende Verstimmung.

Singer

Für Europa stellen sich neue Herausforderungen im Hinblick auf seine Rolle in diesem Krieg und hinsichtlich der Frage, ob es eine einheitliche Front aufrechterhalten wird. Insbesondere Großbritannien könnte das Frankreich des 21. Jahrhunderts werden, stets Teil Europas, aber nie im Gleichklang mit dem übrigen Europa. Eine weitere Herausforderung ist die amerikanische Reaktion auf die europäische Antwort. Wird das Bündnis das europäische Zögern überleben, nachdem es den Krieg gegen den Terrorismus als einen Krieg des Guten gegen das Böse sieht?

Mythos III: »Wir sind alle Amerikaner«

Schließlich zu Mythos Nummer drei: »Wir sind alle Amerikaner.« Le Monde druckte kurz nach dem 11. September »we are all Americans« auf seiner Titelseite, um Solidarität mit dem amerikanischen Volk auszudrücken. In ganz Europa fasste man die Anschläge in New York und Washington als Angriff auf uns alle auf und fand, wir müssten zusammenhalten. Diese Gefühle waren zu dieser Zeit zwar stark, aber es war ein Impuls des Augenblicks, und unsere Einheit ist deshalb ein Mythos. Schon nach einigen Wochen war die Solidarität vergessen, und Regierungen und Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks nahmen konträre Positionen zu fast jedem weiteren Schritt ein: zu Afghanistan, zum Irak sowie zu Israel und Palästina. Die transatlantische Liebesaffäre verkehrte sich schnell in eine tief gehende Verstimmung mit gegenseitigen Anschuldigungen.

Solidarität war ein Impuls des Augenblicks

So sagte zum Beispiel der europäische Handelskommissar, Pascal Lamy, dass man im Europäischen Parlament am ehesten Applaus ernte, wenn man Amerika anprangert. Umgekehrt sagte kürzlich ein hoher amerikanischer Beamter: »Unser Verachtung für die Europäer entspricht ihrer Geringschätzung für uns.« Während es politische Unterschiede gibt, liegt die Grundursache für die Verstimmung in der einfachen Tatsache, dass die Vereinigten Staaten und Europa derzeit ganz unterschiedliche Positionen in der Welt einnehmen. Die Vereinigten Staaten haben nicht nur umfassendere Verantwortlichkeiten, sondern wollen diese auch anders wahrnehmen.

Lassen Sie mich auf Robert Kagan Bezug nehmen, den wahrscheinlich einflussreichsten Autor zu dieser Frage in den Vereinigten Staaten. Er argumentiert, wir sollten damit aufhören so zu tun, als hätten Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht oder als würden sie auch nur in der gleichen Welt leben. In der alles entscheidenden Frage der Macht – in der Frage nach der Wirksamkeit, der Ethik, der Wünschbarkeit von Macht – gingen die amerikanischen und europäischen Ansichten auseinander. Er paraphrasiert ein berühmtes Buch über menschliche Beziehungen: »Americans are from Mars and Europeans are from Venus: They agree on little and understand one another less and less.«

Americans are from Mars and Europeans are from Venus:  
They agree on little and understand one another less and less.

Robert Kagan

Europa tritt in das Stadium ein, das Robert Cooper als postmodern bezeichnet hat. Weil es die letzten 50 Jahre geschützt wurde, konnte es sich vom Gebrauch militärischer Gewalt abkehren. Grenzen haben ihre Bedeutung verloren, und die Beziehungen innerhalb Europas werden von Institutionen und Regeln bestimmt. Die Vereinigten Staaten sehen jedoch diese Entwicklungen als ein Privileg an, das sie für sich selbst lieber nicht wollen.

Während Europa das internationale Recht verfehlt, sehen die Vereinigten Staaten es als Instrument an, um amerikanische Aktionen zu begrenzen. Zugleich nehmen sie die Bedrohungen weitaus stärker wahr als Europa. In der Tat erwähnt Bin Laden unsere europäischen Verbündeten kaum, und die terroristischen Zellen, die in Europa ausgebildet wurden, waren vor allem gegen amerikanische Interessen gerichtet. Schließlich glaubt Amerika, dass die internationale liberale Ordnung von amerikanischer Militärmacht gestützt werden muss, um zu überleben.

Während viele Beobachter den Regierungsveränderungen in Europa und Amerika Schuld an diesem Antagonismus geben, rührt er in Wahrheit daher, dass beide Seiten sich mit der Zeit gewandelt haben. Überdies tritt die Weltpolitik in eine neue Ära der Globalisierung ein, in der Staaten mit mehreren Regierungsebenen, bedeutsame nicht-staatliche Akteure und neue Loyalitäten entstehen. Folglich werden sich unsere alten Allianzen verändern müssen.

Um die Probleme zu bewältigen, müssen wir aufhören, das »Schuld-bist-du-Spiel« zu spielen. Turbulenzen sind unvermeidlich, wenn sich die Grundlagen verändern, auf denen ein Bündnis errichtet wurde. Die transatlantischen Beziehungen müssen sich diesen Veränderungen anpassen. Wir brauchen mehr Diskussionen, wie wir sie hier führen, über neue Verantwortlichkeiten und neue Bedrohungen. Dabei wird es wichtig sein, das Gefühl des Verrats, das sich in die Diskussionen eingeschlichen hat, zu vermeiden. Wir sollten aufhören, so zu tun, als seien wir einander genau gleich. Die Tatsache, dass sich unsere Beziehung verändert hat, heißt nicht, dass wir nicht Freunde sein können.

Die transatlantischen Beziehungen müssen sich Veränderungen anpassen

Ich muss den Gastgebern gratulieren, zwei hervorragende Historiker ermutigt zu haben, uns einen Einstieg zu geben. Ich hoffe, wir verlieren die Ideen und Kategorien nicht aus dem Auge, die sie eingeführt haben. Herrn Schroeders Ausführungen über die Umstände, unter denen Bündnisse zusammenhalten oder auseinander fallen, und Herrn Soutous Betonung der Werte und Strukturen mögen nützliche Konzepte liefern.

**Dahrendorf**

**Smyser**  
Transatlantische Beziehungen  
hängen von Weltpolitik ab

Wir wenden uns nun dem vertrackten Problem der gegenseitigen Wahrnehmung zu. Wir haben eine europäische Perzeption der amerikanischen Entwicklungen vernommen und eine amerikanische Sichtweise der amerikanischen und europäischen Entwicklungen. Vielleicht wird eine europäische Sicht europäischer Fragen im Verlauf der Diskussion auftauchen, die über die Bemerkung von Herrn Singer hinausgeht, das Vereinigte Königreich könne das Frankreich des heutigen Europa werden: in Europa, aber nicht zu ihm gehörend oder dazugehörend, aber nicht in ihm.

Bislang haben wir noch nicht wirklich über unser Thema gesprochen: die »Kon-turen einer Neuen Weltordnung«. Wir haben die europäisch-amerikanischen Beziehungen erörtert. Doch die Gründe für die Probleme in den transatlantischen Beziehungen liegen nicht in unserer wechselseitigen Politik, sondern in unserer Politik gegenüber anderen Teilen der Welt.

Ich stimme mit Herrn Schroeder überein, dass Bündnisse kommen und gehen und dass dies jeweils von einem gemeinsamen Ziel abhängt. Zu einer gewissen Zeit war dieses Ziel – und es tut mir Leid, dies Herrn Arbatow zu sagen – antisow-jetisch. Nun fehlt uns ein Ziel, und in der Diskussion hat außer Egon Bahr niemand die übrige Welt erwähnt. Ich denke, ein europäisch-amerikanisches Ziel wartet auf uns: gemeinsam die übrige Welt in ein internationales System zu integrieren. Mit »internationalem System« meine ich nicht notwendigerweise die Globalisierung, sondern vielmehr ein gemeinsames politisches System, in dem jeder eine Stimme hat.

Wie dringlich dieses Ziel ist, zeigt das Beispiel des Terrorismus. Nach meinem Verständnis ist der Terrorismus nicht das Problem, sondern ein Symptom unseres Versagens, die übrige Welt in ein gemeinsames politisches System zu integrieren. Im Augenblick denken wir nicht über Länder wie China oder Indien nach, außer wenn sie ein akutes Problem bilden. Und wenn wir über sie nachdenken, gehen wir häufig davon aus, dass diese Länder eine etwas unterwürfige Rolle spielen sollten. Stattdessen sind wir mit uns selbst beschäftigt und sorgen uns um die transatlantischen Beziehungen.

Deshalb sollte unser neues gemeinsames Ziel darin bestehen, eine neue Weltordnung aufzubauen. Wir sollten hart und gemeinsam daran arbeiten, die übrige Welt in ein System zu bringen, in dem sie das Gefühl hat, auch eine Stimme zu besitzen.





Walter, Smyser,  
Melville

Ich möchte Herrn Singer danken für seine provokativen Bemerkungen und Ihnen meine Sichtweise und Einschätzung der neueren Entwicklungen in der Außenpolitik Russlands darlegen.

Unter Putin sind wir gegenwärtig Zeuge eines dritten ernstesten Wendepunkts in der jüngeren russischen Geschichte. Der erste Wendepunkt war Gorbatschows Entscheidung, sich ohne Zögern aus Europa zurückzuziehen. Er traf diese Entscheidung trotz Vorhaltungen, dass er damit nationale Interessen verrate und dass weder Russland noch Europa darauf vorbereitet seien. Dieser Schritt schuf eine neue Realität für Europa.

Der zweite entscheidende Wendepunkt war innenpolitisch. Es war die Entscheidung von Liberalen und Demokraten in Russland nach dem gescheiterten Putschversuch von 1993 für eine Politik der schnellen Privatisierung. Aus ökonomischer Sicht war dieser schnelle Schritt absolut falsch. Er führte weder zu Effizienzsteigerungen in der russischen Wirtschaft, noch verbesserte er die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung. Aber es diente den politischen Absichten der Liberalen und Demokraten: die Rückkehr zum Kommunismus unmöglich zu machen.

Auch Putin versucht, etwas unumkehrbar zu machen, nämlich die Integration Russlands in die westliche Gemeinschaft im weitesten Sinne. Interne Kritiker erheben den Einwand, dass Putin nationale Interessen verrät, und treten dafür ein, dass wir härter verhandeln sollten. In taktischer Hinsicht und was das Machtgleichgewicht angeht, könnte man manches an Putins Politik als Fehler beurteilen. Doch seine Entscheidungen, sich mit den Vereinigten Staaten im Krieg gegen den Terrorismus zu verbünden und schnell der WTO beizutreten, waren politisch motiviert. Indem er das tut, hoffe ich, dass Putin zur Verwirklichung des Traums beiträgt, den Herr Singer vorher erwähnt hat: der Traum der unumkehrbaren Integration Russlands in den Westen.

Es ist in der Kinderpsychologie wohlbekannt, dass adoptierte Kinder niemals Familienprobleme ansprechen. In ähnlicher Weise spricht niemand in Osteuropa und besonders auf dem Balkan gern über Krisen im transatlantischen Verhältnis. Dennoch will ich dazu drei kurze Bemerkungen machen.

Erstens: Wenn es eine Krise in den transatlantischen Beziehungen gibt, wie neu ist sie und welche treibenden Kräfte stehen dahinter?

Nach dem 11. September haben viele Amerikaner die Technologie als Ursache für die wachsende Kluft zwischen Europa und Amerika ausgemacht. Das Argu-

## **Awertschew**

Neuere Entwicklungen in  
Russlands Außenpolitik

Russlands Verankerung im Westen

## **Krastev**

Amerikaner und Europäer  
leben in verschiedenen Welten

Das Bündnis ist zurzeit schwer aufrechtzuerhalten, weil die Amerikaner glauben, dass sie sich im Krieg befinden, während die Europäer versuchen, einen Krieg zu verhindern.

Krastev

ment lautet, aufgrund unterschiedlicher technologischer Standards sei die Zusammenarbeit mit den Europäern zum Beispiel in Afghanistan schwierig. Viele Europäer haben im Gegensatz dazu unterschiedliche Interessen als Ursache betont. Doch ich glaube, dass das tiefer gehende Problem mit Grundwahrnehmungen zu tun hat. Liest man die Zeitungen und spricht man mit Beobachtern auf beiden Seiten des Atlantiks, erhält man den Eindruck, dass Amerikaner und Europäer in zwei völlig verschiedenen Welten leben und dass dies der wirkliche Grund für die Krise in den transatlantischen Beziehungen ist.

Ursache der Krise

Das Bündnis ist zurzeit schwer aufrechtzuerhalten, weil die Amerikaner glauben, dass sie sich im Krieg befinden, während die Europäer versuchen, einen Krieg zu verhindern. Generell neigen die Amerikaner dazu, die Welt als eine üble Umgebung anzusehen, in der es wichtig ist, als Erster zu schießen, um nicht erschossen zu werden. Für Europäer dagegen gleicht die Welt eher einer internationalen Konferenz, wo es darauf ankommt, jedes Argument auf den Tisch zu legen.

Aus der Perspektive des Balkans liegt die derzeitige Krise in den transatlantischen Beziehungen deshalb nicht an Interessen, Technologie oder gar Ideologie. Vielmehr gründet sie auf den radikal unterschiedlichen Wahrnehmungen der Welt, die wir seit dem 11. September entwickelt haben.

Terrorismus als  
neuer gemeinsamer Feind

Dies führt mich zu meinem zweiten Punkt: Inwieweit könnte der Terrorismus der neue gemeinsame Feind sein, von dem jeder seit zehn Jahren träumt? Ich verbünde mich hier mit den anderen Sprechern, die betont haben, wie problematisch es ist, den Terrorismus als den neuen gemeinsamen Feind zu benutzen.

Ein Grund dafür ist das Problem, Terrorismus zu definieren. Weil es keine übereinstimmende Definition gibt, wer ein Terrorist ist, kann der Begriff leicht missbraucht werden. Allzu häufig beschuldigen Politiker ihre Gegner durch mächtige antiterroristische Rhetorik, statt sich auf eine Debatte über Politik einzulassen. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Als sieben pakistanische Einwanderer an der Grenze zu Makedonien getötet wurden, bezeichnete sie das Innenministerium als Al-Qaida-Kämpfer, um das, was geschehen war, zu rechtfertigen.

Ein zweites Problem des Kampfes gegen den Terrorismus besteht darin, dass er stark den Status quo begünstigt. In den späten 1980er Jahren war der Westen in Osteuropa sehr attraktiv, weil er eine Sprache des Wandels gebrauchte. Diese Rhetorik sprach bestimmte Werte in der Öffentlichkeit an, mobilisierte somit die Gesellschaft und begünstigte den Wandel. Die derzeit vorherrschende antiterror-



Krastev

ristische Rhetorik unterstützt im Gegensatz dazu den Status quo. Auf mittlere Sicht könnte sich das als ein wesentliches Problem herausstellen, weil es in vielen Ländern starke anti-elitäre Gefühle und viele Protestwähler gibt.

Schließlich möchte ich die Neue Weltordnung aus der Perspektive einer Region erkunden, in der sich die internationale Gemeinschaft engagiert. Wie nimmt sich die Neue Weltordnung auf dem Balkan aus, wo es Protektorate, Semi-Protektorate, nicht-staatliche Staaten und alle diese merkwürdigen Institutionen gibt, die man benennen, aber nicht beschreiben kann?

Hier sehen wir uns einem postkolonialen Dilemma gegenüber. Einerseits will niemand über Projekte des nation-building sprechen aus Furcht vor kolonialen oder anderen Empfindlichkeiten. Andererseits engagiert sich die internationale Gemeinschaft beim staatlichen und institutionellen Aufbau auf dem Balkan und versteckt dies hinter einer Rhetorik der Integration. In gewisser Weise wird diesen Ländern eine Demokratie ohne Politik angeboten. Dies bedeutet, dass es Wahlen und demokratische Institutionen geben kann, aber ohne echten politischen Prozess aus Furcht, sie könnten einen Fehler machen.

Dies hat meines Erachtens mit dem Thema dieser Konferenz zu tun, da sich die Krise der politischen Entwicklung an der Peripherie auf das Zentrum auswirkt. Es könnte auch die Verwirrung und den Unwillen einiger Osteuropäer erklären, über Fragen des Terrorismus und der Weltordnung zu sprechen.

Eine der gegenwärtigen Differenzen zwischen beiden Seiten des Atlantiks ist darin begründet, dass die Vereinigten Staaten glauben, sie führen einen Krieg, und die Europäer nicht. Paradoxerweise jedoch ließen sich die Vereinigten Staaten nicht so leicht davon überzeugen, dass am besten die NATO diesen Krieg unterstützen sollte. Die NATO bot im letzten September und Oktober durch die Berufung auf Artikel fünf ihre Unterstützung an, was jedoch von den USA nicht genutzt wurde. Für viele auf der europäischen Seite war das eine irritierende Erfahrung.

Noch irritierender sind Manifestationen der amerikanischen Politik, wie man sie kürzlich in beiden Häusern des Kongresses im Hinblick auf den Internationalen Strafgerichtshof vernommen hat. Allein die Vorstellung, das amerikanische Militär könnte befreit sein, Amerikaner aus der Haft des Haager Gerichtshofes zu befreien, hat – lassen Sie es mich diplomatisch ausdrücken – zu intensiver diplomatischer Aktivität unter Europäern in Washington geführt.

Wenn das nun der wahre Zustand der transatlantischen Beziehungen wäre,

Die neue Weltordnung  
aus Sicht des Balkans

**Ischinger**

Während der letzten zwanzig, dreißig Jahre der transatlantischen Beziehungen waren wir uns über inhaltliche Fragen selten so einig wie heute.

Ischinger

Mehr Einigkeit  
in inhaltlichen Fragen denn je

könnte man in der Tat von einer Krise sprechen, wie manche es getan haben. Ich glaube jedoch nicht, dass dies der Fall ist.

Betrachtet man jedoch die operative Politik, könnte man genau das Gegenteil vertreten. Während der letzten zwanzig, dreißig Jahre der transatlantischen Beziehungen waren wir uns über inhaltliche Fragen selten so einig wie heute. Sowohl Russland als auch die Balkan-Länder waren strittige Fragen. Doch darüber besteht heute kein Dissens mehr. Ähnlich verhält es sich mit dem Nahen Osten. Wir mögen darüber streiten, was heute und morgen zu tun ist, aber über die Prinzipien, insbesondere über die Wünschbarkeit einer Zweistaatenlösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt, besteht so gut wie Einigkeit.

Deshalb vertrete ich die Ansicht, dass es zwar einige irritierende Erfahrungen gibt, die viel zu tun haben mit Robert Kagans These von Macht und Schwäche, auf die sich Herr Singer bezog. Ich halte aber die operative Wirklichkeit unserer Beziehungen heute für recht positiv. Wir haben Probleme, aber keine tiefe Krise.

**Hirsch**

Ich möchte einige Gedanken aus der Sicht New Yorks, aus der Perspektive der Vereinten Nationen beitragen, denen ich bei der Internationalen Peace Academy direkt gegenüber sitze. Lassen Sie mich etwas zu Strukturen und zu Zielen sagen, die über Europa und die Vereinigten Staaten hinausgehen.

Das transatlantische Bündnis ist flexibel

Die eigentliche Frage ist nicht, ob alle immer einverstanden sind, sondern in welchem Maß die Beziehung dehnbar und flexibel und nicht eine »Zwangsjacke« ist, wie es hier genannt wurde. Es gibt heute mehr Flexibilität als Starrheit im Bündnis, das schon viele Phasen der Uneinigkeit durchlaufen hat.

Ich konzentriere mich auf drei Beispiele für diese Elastizität. Erstens die Rolle des Sicherheitsrats nach dem Kalten Krieg. Zweitens die internationale Antwort auf die terroristischen Anschläge vom 11. September. Drittens die sich herausbildende Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und den Vereinten Nationen in Afghanistan und möglicherweise anderswo.

Neue Rolle des UN-Sicherheitsrats

In New York existieren die Möglichkeiten, etwas gegen den Terrorismus zu tun, nicht im luftleeren Raum. Denn in den letzten zehn oder elf Jahren hat der Sicherheitsrat sehr viel effektiver gearbeitet, als er das jemals während des Kalten Kriegs tun konnte, wo die sowjetisch-amerikanischen Rivalitäten ihn bei vielen Fragen zur Ohnmacht verurteilten.

In den 90er Jahren gab es nur wenige Vetos und viele Aktivitäten: Interventionen bei inneren Konflikten wie in Haiti, Liberia und Sierra Leone; schwierige Mandate, wie in Namibia, Kambodscha und Mosambik, sowie Maßnahmen bei



*Ischinger, Weizsäcker,  
Dahrendorf*

Konflikten über die Kontrolle von Bodenschätzen in Angola, im Kongo und in Sierra Leone.

Kapitel sieben der UN-Charta wurde dazu benutzt, Wirtschaftssanktionen zu verhängen und militärische Operationen zu autorisieren. Koalitionen der Willigen wurden für Eingriffe in Haiti, Somalia, Bosnien und Osttimor ermächtigt sowie Übergangsregierungen für den Kosovo und Osttimor geschaffen. All dies war möglich, weil die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat zur Zusammenarbeit bereit waren und ihre Differenzen beiseite geschoben haben.

Zugleich hat sich das internationale humanitäre Recht entwickelt. Die Vereinigten Staaten haben die Tribunale in Den Haag und Ruanda unterstützt, auch wenn sie nicht dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten sind. Ich bin mir des Problems bewusst, Herr Ischinger, der Gerichtshof ist ein ungeheuer wichtiger Schritt. Doch die Vereinigten Staaten haben ihre Haltung zur Seerechts-Konvention 20 Jahre nach ihrer Verabschiedung geändert. Sicher wird die Regierung Bush dem Gerichtshof nicht beitreten, aber das heißt nicht, dass dies immer so bleiben muss.

Diese Entwicklungen haben eine rasche Antwort des Sicherheitsrats durch die Resolutionen 1368 und 1373 auf den 11. September ermöglicht. Die Resolutionen verurteilen nicht nur die Terroristen, sondern verpflichten die internationale Gemeinschaft auch zu einer engeren und effektiveren Zusammenarbeit. Seit 1963 wurden zwölf internationale Konventionen gegen verschiedene Aspekte des Terrorismus verabschiedet. Die Vereinten Nationen, insbesondere das Komitee gegen Terrorismus unter Vorsitz des britischen Botschafters Sir Jeremy Greenstock, haben versucht, Mitgliedsstaaten darin zu unterstützen, ihr Rechtssystem zu stärken und diese Konventionen zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Ziel der Vereinten Nationen ist es, enttäuschte Gruppen davon abzubringen, sich dem Terrorismus zu verschreiben, und ihnen die finanziellen Mittel für Anschläge zu verwehren, indem sie ihre Unterstützungsnetzwerke und Finanzquellen schließen. Die Financial Action Task Force zum Beispiel bemüht sich um eine breit angelegte Kooperation der Banken gegen den Terrorismus. Das ist zwar nicht der gleiche Ansatz wie bei der Zusammenarbeit der Geheimdienste, aber es ist eine sehr konkrete und wichtige Anstrengung im Kampf gegen den Terrorismus, an der – und das ist entscheidend – sich sowohl die Vereinigten Staaten als auch Europa beteiligen.

Damit komme ich zu Afghanistan und den globalen Zielen. Die vielen Konflikte außerhalb Europas schaffen eine Dynamik, die auf Seiten der UNO, der

Reaktionen der UNO  
auf den 11. September

Europäisch-amerikanische Arbeitsteilung

Europäischen Union, der NATO, der OSZE und anderer regionaler Akteure Anpassung verlangt. Vielleicht gibt es einen neuen Trend: Die Vereinigten Staaten tragen die größeren militärischen Operationen mit einer Koalition der Willigen; die Europäer, häufig mit Hilfe der NATO und durch die Europäische Union, übernehmen friedenssichernde Aufgaben, und die Vereinten Nationen organisieren die langfristige Friedenserhaltung nach dem Ende des Konflikts.

Dieses System der flexiblen Zusammenarbeit ist beim Dayton-Abkommen und im Kosovo entstanden und zeigt sich jetzt in Afghanistan. Während die Vereinigten Staaten die Hauptrolle bei dem unmittelbaren Angriff gegen Al-Qaida und die Taliban spielten, ist die International Security Assistance Force (ISAF) hauptsächlich eine europäische Truppe, an der 13 der 15 EU-Mitglieder teilnehmen. Die UN ist jetzt bereit, friedenssichernde Maßnahmen mittels der UN-Hilfsmission in Afghanistan (UNAMA) zu ergreifen.

Dies ist eine Chance für die USA, die europäischen Sicherheitsorganisationen und die Vereinten Nationen, einen neuen Ansatz zu entwickeln, ähnlich dem »Quartett« aus den Vereinigten Staaten, Russland, der EU und der UNO. Lassen Sie mich damit schließen, dass trotz aller Spannungen die bestimmende Dynamik eher ein positives Miteinander ist und uns weniger trennt, da es grundlegende Interessen und Werte gibt, die uns zusammenhalten.

### Stelzenmüller

Herr Dahrendorf, Sie fragten nach einer europäischen Kritik der europäischen Politik, und ich will versuchen, darauf eine Antwort zu geben. Ich unterteile meine Kritik in drei Punkte: Prinzipien, Bedrohungswahrnehmungen und Antworten.

Die Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik verändern sich

Europäer, auch europäische Journalisten wie ich, haben in den letzten Jahren entsetzlich viel Zeit damit verbracht, in Seminaren zu sitzen und uns zu fragen, wie das neue Paradigma der Ära nach dem Kalten Krieg aussehen würde. Dabei sollten wir erkennen, dass eine kleine Gruppe innerhalb der amerikanischen Regierung dieses Paradigma sehr energisch und zielbewusst direkt vor unseren Augen verändert. Wir versagen nicht nur dabei, dies wahrzunehmen, sondern sind auch nicht imstande, eine prinzipielle Erwiderung auf Dinge wie Bushs Rede zum Präventivschlag zu geben. Merkwürdigerweise haben die europäischen Politiker, einschließlich der deutschen, dazu geschwiegen.

Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung

Zur Bedrohungswahrnehmung: Es ist Kennzeichen europäischer Politik zu behaupten, dass die Bedrohung durch den Terrorismus und durch atomare, biologische und chemische Waffen entweder nicht so dringlich ist, wie sie von ame-



*Hirsch, Stelzenmüller,  
Allin, Smyser*

rikanischen Politikern dargestellt wird, oder dass man sie auf andere Weise angehen sollte. Zugleich wurden in vielen Ländern, einschließlich Großbritanniens und Deutschlands, unsere politischen Freiheiten drastisch eingeschränkt, um potentiellen Bedrohungen entgegenzuwirken. Das sollten wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Um der Bedrohung zu begegnen, kann es erforderlich sein, unsere Geheimdienste und deren Koordination zu verbessern und zu verändern – womit wir uns besonders in Deutschland sehr schwer tun. Dennoch müssen wir zugleich die vorhandenen Systeme verfassungsmäßig garantierter Freiheiten erhalten und pflegen.

Schließlich zu den Antworten. Europäische Politiker bekräftigen gerne das Klischee, die Amerikaner seien für militärische Angelegenheiten verantwortlich, während wir uns um den Balkan und um politische Diplomatie kümmern. Offen gesagt glaube ich, dass wir in Sachen politische Diplomatie nicht genug tun. Es ist zum Beispiel ein Riesenfehler so zu tun, als beträfe uns das amerikanisch-russische Abkommen zur atomaren Abrüstung nicht. Ich teile die hier geäußerte Kritik an diesem Abkommen voll und meine, europäische und deutsche Politiker hätten in ihrer Kritik viel deutlicher werden können.

Das Gleiche gilt für die hochgefährliche Lage in Südasien, wo ein atomarer Showdown zwischen Indien und Pakistan für den Augenblick anscheinend vermieden wurde. Die amerikanische Administration engagiert sich hier nicht langfristig, um das ungeheure Risiko dort zu vermindern. Hier sollte Europa aktiv werden.

Insgesamt neigen wir Europäer dazu, uns zu Gunsten des Moralismus zu irren. Nehmen Sie beispielsweise das Gerede über Völkermord während des Kosovokriegs. Wie sich herausstellte, gab es keinen Völkermord im Kosovo, obgleich viele andere gute Gründe für eine Intervention sprachen.

Wir sind auch schlecht darin, unsere individuellen und gemeinsamen Interessen zu definieren und entsprechend zu handeln. Wir haben das im Nahen Osten versucht und sind damit gescheitert. Es gibt noch viele andere Bereiche, die jetzt von der amerikanischen Politik dominiert werden, in denen wir eigenständig aktiv werden und die amerikanische Wahrnehmung und Politik herausfordern sollten.

Zunächst möchte ich Herrn Soutous pragmatischem Vorschlag beipflichten, wie ein plausibles entstehendes internationales System zu betrachten ist. Es ist sehr wichtig, die drei Teile dieses Systems im Zusammenhang zu sehen: Machtgleich-

Europa muss sich mehr um  
Diplomatie kümmern

### **Allin**

Ein entstehendes internationales  
System braucht ...

... Machtgleichgewicht

gewicht, Institutionen und Werte. Erstens ist das regionale Machtgleichgewicht, das von den Vereinigten Staaten abhängt, wichtig, weil die USA ungeheuer mächtig sind. Und Macht ist Macht – man kann sie nicht einfach aus der Welt wünschen. Das bezieht sich ebenfalls auf den Umstand, dass die Vereinigten Staaten – wie ich meine zu Recht – glauben, dass es nicht immer institutionelle und rechtliche Lösungen für die drängendsten Sicherheitsfragen gibt.

Ein Beispiel, von dem Constanze Stelzenmüller gerade sprach, ist der Kosovo. Er war keinesfalls eines der drängendsten Sicherheitsprobleme der Welt. Weil das Kosovo-Problem im UN-Sicherheitsrat nicht behandelt wurde, war die Intervention laut Völkerrecht nicht legitim. Ironisch daran ist, dass die meisten europäischen Regierungen und, laut Umfragen, auch die Bürger die Intervention im Kosovo akzeptiert und unterstützt haben, wenn nötig auch außerhalb des Völkerrechts zu operieren. Den Amerikanern ist nicht recht klar, warum das im Fall des Kosovo von den Europäern hingenommen wurde, aber nicht bei der weitaus größeren Bedrohung, die der Irak darstellt.

Nun hat Frau Stelzenmüller zweifellos Recht, dass es im Kosovo keinen Völkermord gegeben hat, doch warten, bis Völkermord eine erwiesene, vollendete Tatsache ist, heißt natürlich, ihn nicht zu verhindern.

... institutionelle Strukturen

Der zweite Teil von Herrn Soutous Modell bezieht sich auf institutionelle Strukturen. Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Vereinigten Staaten begeistert zur Entwicklung dieser Institutionen beigetragen. Und sogar Robert Kagan hat eingeräumt, dass »die Vereinigten Staaten der anständigen Meinung der Menschheit Achtung erweisen müssen«, um Thomas Jefferson aus der Unabhängigkeitserklärung etwas frei zu zitieren. Wenn das Verständnis der Amerikaner vom Gebrauch der Macht sich allzu sehr von dem der Europäer entfernt, besteht die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten sich vom Westen trennen könnten. Wir wissen nicht, was das genau bedeuten würde, doch wäre es eine beunruhigende Aussicht.

... Werte

Schließlich: Werte. Wir sprechen über eine Divergenz bei den Werten zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Ich meine jedoch, dass wir in dieser Hinsicht am meisten gemeinsam haben und die Werte unser stärkstes Bindemittel sind, während die strukturellen Unterschiede uns auseinander treiben.

Konflikte im transatlantischen Bündnis  
können emotionaler Natur sein

Nun hat Peter Singer hier eine sehr bedeutsame Einsicht dargelegt, die vermutlich viele Leute für übertrieben pessimistisch halten. Dabei geht es um den emotionalen Charakter aufgetauter Ressentiments. Der Vergleich zwischen einem Bündnis und einer Ehe ist vielleicht banal, aber ich verwende ihn jetzt, weil ich verheiratet bin. In einer Ehe rechtfertigt sehr häufig der Inhalt eines Streits





nicht seine Leidenschaft. Das wirkliche Problem ist vielmehr, dass ich nicht glauben und nicht akzeptieren kann, dass meine Frau das Problem nicht so sieht wie ich. Dies scheint uns beide zu verletzen. Ich meine, das ist eindeutig der Fall in den heutigen transatlantischen Beziehungen.

Herr Ischinger hat darauf hingewiesen, dass bei uns bei den meisten inhaltlichen Fragen gar nicht verschiedene Auffassungen sind. Vielleicht ist dafür das eindringlichste Beispiel der israelisch-palästinensische Konflikt. Wir haben über diesen Konflikt ausgesprochen heftige emotionale Probleme miteinander, aber wir stimmen darin überein, wie seine Lösung aussehen sollte. Es ist eine Zwei-Staaten-Lösung mit einer Art geteilter Souveränität, geteilter Kontrolle über Jerusalem, Demontage der meisten israelischen Siedlungen, Schutz Israels im Sinne der Demografie, was letztlich ein wirksames Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge ausschließt.

Während wir darin übereinstimmen, unterscheiden sich unsere gefühlsmäßigen Antworten stark, wenn ein Selbstmord-Anschlag passiert. Dann sind wir aufgebracht, weil wir irgendwie die Probleme verschieden sehen. Als Amerikaner bin ich äußerst wütend, dass die Europäer das Problem nicht so sehen wie ich, und ich spüre, dass viele Europäer wütend sind, dass ich das Problem nicht in der Weise sehe, wie sie es tun.

Ich möchte gern auf einige gemeinsame europäische Themen hinweisen, auf die in vielen derzeitigen Diskussionen hier in Berlin angespielt wurde. Ich denke beispielsweise an das Bedürfnis nach der Begrenzung amerikanischer Macht. Das Unbehagen über die wachsende transatlantische Machtasymmetrie führt dazu, dass man die Vereinigten Staaten stärker einbinden oder einschränken möchte. Es herrscht die Meinung vor, dass man über spezifische Probleme erst streiten kann, wenn dies erreicht ist.

Ein weiteres Thema wurde von Herrn Bahr angesprochen: »Wir können ohnehin mit den Amerikanern nicht mithalten, warum es überhaupt versuchen? Unsere Aufgabe ist der Aufbau Europas, und wir müssen unsere Energien darauf konzentrieren. In diesem Prozess müssen wir unsere Identität und unser Verständnis vom Gebrauch staatlicher Macht entwickeln. Statt uns um viele Dinge in anderen Teilen der Welt Sorgen zu machen, sollten wir zu dem Schluss kommen, dass dies letztlich Aufgabe von jemand anderem ist.«

Die gegenwärtige US-Regierung hat vieles gesagt, was in Europa die Alarmglocken hat läuten lassen. Es hätte anders gesagt werden können, denn vieles

**Wolfson**

Trotz ungleicher Macht müssen Europa und die USA zusammenarbeiten

Ist militärische Gewalt legitimes  
Instrument der Politik?

bedeutet Unterschiedliches auf beiden Seiten des Atlantiks. Doch Präsident Bushs Rede im Deutschen Bundestag hat sowohl bei den Amerikanern wie bei den Europäern große Resonanz gefunden und wurde gut aufgenommen. Er sagte, dass es in der Welt große Herausforderungen gibt, denen wir uns zusammen als freie und demokratische Bündnispartner stellen müssen. Keiner kann sie allein meistern. Wir müssen zusammenarbeiten. Dies ist unsere internationale Agenda. Es hat mich überrascht, wie viele Leute dann zugestimmt haben, dass wir genau das tun müssten. Das dürfte einiges im derzeitigen transatlantischen Streit aufklären.

Constanze Stelzenmüller hat darauf hingewiesen, dass die Europäer auf diplomatischem Gebiet nicht genug tun. Das weicht aber der Frage aus, wann das Militär als Instrument staatlicher Macht eingesetzt werden sollte und inwieweit es ein legitimes Instrument ist. Es gibt viele Gründe, warum dies in Europa, insbesondere in Deutschland, eine schwierige Frage ist. Aber die Amerikaner würden gewiss zustimmen, dass Europa sich stärker diplomatisch engagieren und sein Gewicht in bestimmten Regionen einsetzen sollte. Dies würde erfordern, dass sich die deutschen und europäischen Vorstellungen im Hinblick auf Probleme der globalen Sicherheit weiterentwickeln. Wir würden eine solche Entwicklung begrüßen.

Ich fand jedoch die Bemerkung von Frau Stelzenmüller aufschlussreich, dass Europa sich selbstständig engagieren und amerikanische Wahrnehmungen und Politik herausfordern sollte. Das würde ich nicht als wünschenswertes Ziel sehen. Wir werden viel mehr Wirkung erzielen, wenn wir globale Herausforderungen gemeinsam angehen, wie wir dies im Nahen Osten tun.

Solidarität nach dem  
11. September war echt

Ein Wort zur Bemerkung von Herrn Singer, die europäische Solidarität nach dem 11. September sei ein Impuls des Augenblicks gewesen. Ich war während dieser unvorstellbaren Woche in Berlin und kann den Eindruck nicht teilen. Unser derzeitiger Botschafter, Daniel Coats, war am 7. September 2001 in Deutschland eingetroffen. Wir hatten komplexe Pläne ausgearbeitet, wie er sich hier in die Gesellschaft einführen sollte. Doch die konnten wir bald vergessen. Einige Tage später standen wir am Brandenburger Tor vor einer Menschenmenge, die die Polizei auf 200.000 schätzte, um Berlin und Deutschland im Namen der Vereinigten Staaten zu danken. Das war ein beeindruckender Augenblick. Und das waren keine nur vorübergehenden Gefühle. Während die Diskussion über gemeinsame Werte monatelang ganz oben auf unserer politischen Agenda gestanden hatte, schien das mit einem Schlag vollkommen vergessen und veraltet. In dieser Woche hat sich gezeigt, dass der Kern unserer gemeinsamen Werte tatsächlich unerschütterlich ist.

Der Kern gemeinsamer Werte  
ist unerschütterlich

Abschließend möchte ich erwähnen, dass die US-Regierung zwar den Kampf gegen den Terrorismus eindeutig zu ihrem wichtigsten Projekt gemacht hat und durch diese Linse alle anderen internationalen Probleme sieht. Gleichzeitig gibt es jedoch eine lebhaftige Debatte in den Vereinigten Staaten, wie sich das auf unsere Lebensweise und auf unseren Umgang mit Kernfragen auswirkt und welchen neuen Herausforderungen wir uns gegenübersehen.

Ich möchte ein Missverständnis ausräumen. Ich meinte natürlich nicht, dass Europa oder Deutschland die amerikanische Politik insgesamt in Frage stellen sollten. Mir geht es darum: Wir sind stolz auf unsere prinzipiengeleitete Außenpolitik, doch wenn Prinzipien wirklich auf dem Spiel stehen, sind wir merkwürdig schweigsam. Es gäbe über die jüngsten Äußerungen amerikanischer Politiker zu Prinzipien manches zu sagen. Ich habe jedoch von Seiten Europas nicht viel vernommen.

Es ist sicherlich keine Floskel zu sagen, dass der 11. September die Weltordnung nachhaltig verändert hat. Präsident Bush und Präsident Putin haben im Zeitabstand von nur einem halben Jahr im Deutschen Bundestag, hundert Meter von dieser Tagungsstätte entfernt, den Kalten Krieg für beendet erklärt. Dies geschah in Berlin, wo vor vierzig Jahren John F. Kennedy zur Verteidigung der westlichen Freiheit aufgerufen hatte und Ronald Reagan vor fünfzehn Jahren Gorbatschow dazu aufforderte, die Berliner Mauer niederzureißen. Seit dem letzten Herbst können wir von einem erweiterten Begriff des Westens sprechen. Wirtschaftlich wird Europa vielleicht noch durch die Europäische Union geprägt, aber sicherheitspolitisch dehnt es sich weit nach Osten aus auf postsowjetisches Territorium und schließt auch Russland mit ein.

Manche im Westen betrachten Russland noch als eine Art potentiellen Schurkenstaat und als nicht integrationsfähig. Sicher, wir wissen nicht, wohin Russland langfristig geht. Aber die Mehrheit der Europäer hat eine andere atmosphärische Wahrnehmung als die von Herrn Singer hier recht provokativ vorgetragene Ansicht. Ich glaube, die USA sind inzwischen nicht nur eine Schutzmacht Europas, sondern auch für Russland und Zentralasien geworden. Ohne Amerikas Engagement in Zentralasien wären Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien wahrscheinlich von den Taliban überrannt worden. Ein Mann wie Putin versteht das sehr gut.

Vielleicht schützen sich Amerika und Russland heute sogar gegenseitig wie

**Stelzenmüller**

**Rahr**

Der 11. September hat die Weltordnung verändert

Russland und der Westen



Reiter, Weizsäcker

im Zweiten Weltkrieg. Herr Frankenberger hat in einem sehr interessanten Artikel vor drei Monaten in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung geschrieben, dass wir einen amerikanisch-russischen Dualismus in sicherheitspolitischen Fragen aufkommen sehen über die Köpfe der Europäer hinweg. Während wir im Westen Europas in einer komfortablen Sicherheitslage leben, bemühen sich Russland und Amerika beide um den Aufbau von Sicherheitsstrukturen im Osten Europas. Die USA entdecken dabei die russischen Ölvorkommen als eine Alternative zum saudi-arabischen Öl und sagen das sehr offen. Dies kann man als sensationell bezeichnen; es wäre vor Bushs Russlandreise noch undenkbar gewesen. Die USA schließen nun eine Energie-Allianz mit Russland, die sie den Europäern bislang immer verwehrt hatten. Putin versucht jetzt auch China durch eine Zusammenarbeit im Shanghaier Kooperationsforum mehr und mehr in die Anti-Terror-Allianz einzubinden, um einen amerikanisch-chinesischen Konflikt auch in Zentralasien zu neutralisieren.

neue NATO

Wir haben es zudem mit einer ganz anderen NATO zu tun. Ich denke, dass der 20er-Rat in einigen Jahren das neue Gerüst der NATO darstellen wird, in dem Staaten wie Russland, aber auch die Ukraine, Georgien und die zentralasiatischen Staaten eine größere Rolle in der NATO übernehmen können als viele der neuen mittel-ost-europäischen NATO-Mitglieder. Vor allem gilt das für gemeinsame Friedenssicherungsmaßnahmen, bei denen solche Staaten geeigneter erscheinen und mehr Möglichkeiten bieten als die bisherigen Verbündeten. Solche Formen neuer Zusammenarbeit könnten auch zur Entschärfung der Konflikte im Nahen Osten und z.B. im Kaschmir beitragen. Ein Irak-Krieg und ein möglicher weiterer Terroranschlag gegen die USA könnten diese Allianz langfristig stärken. Zugleich würde das jedoch ein sehr gefährliches Konfliktpotential gegenüber der islamischen Welt aufbauen.

Integration der islamischen Welt stellt  
große Herausforderung dar

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass europäische Gesellschaften – Herr Smyser und andere haben das sehr richtig erkannt – durch Integrationsprobleme mit islamischen Minderheiten künftig stärker gefährdet sein werden. Auch Russland könnte neben Tschetschenien weitere Probleme bekommen, denn die islamische Welt fühlt sich aus der Globalisierung gedrängt. Kein islamischer Staat ist im UN-Sicherheitsrat als ständiges Mitglied oder in den G8 repräsentiert, wo heute die Weltpolitik entschieden wird. Andererseits kooperieren Russland, die USA und die EU stärker als jemals zuvor gegen die OPEC. Das wird die arabische Welt aufhorchen lassen, auch sicherheitspolitisch. Wenn ich es richtig sehe, wird sich die zukünftige Weltordnung ganz wesentlich an der Schnittstelle zwi-



schen der westlichen und der islamischen Welt, die demografisch immer stärker wird, herauskristallisieren.

Das wirft die Frage nach der Türkei auf, doch dies gründlich zu erörtern würde uns zu weit von unserer Diskussion entfernen.

Herr Hacke hat gesagt, Amerika habe die Fähigkeit, seine Interessen und seine Visionen zu allgemein gültigen Modellen zu erklären, die die Welt akzeptieren könne. Europa und die Europäer dagegen hätten diese Fähigkeit nicht. Dem stimme ich zu, soweit es um nationale Visionen geht. Vielleicht ist Frankreich die Nation, die noch am ehesten das Selbstvertrauen hat, solche Modelle zu entwickeln, ohne indes die Kraft zu haben, sie umzusetzen. Aber Frankreich neigt dazu, egoistisch zu denken, und damit steht es sich mitunter selbst im Wege, weil sich andere Länder in seinen Visionen nicht wiedererkennen können. Deutschland hätte die Kraft, aber es hat nicht das Selbstvertrauen. Wer sonst also könnte das schaffen? Ich meine, kein Land wird dazu allein in der Lage sein, sondern nur Europa als Ganzes.

Ich bin davon überzeugt, dass das möglich ist, und möchte einige Gründe dafür nennen. Der erste Punkt bezieht sich auf die EU-Erweiterung nach Osten. Hierbei kommt es darauf an, Erfolge auch wahrzunehmen und aus ihnen Selbstbewusstsein zu beziehen. Stattdessen wird leider oft die Wirklichkeit schlechter dargestellt, als sie ist. Eine erfolgreiche Erweiterung wird im Sinne der so genannten »Vertiefung« zu inneren Reformen der EU führen, die Europa insgesamt stärken helfen.

Der zweite Grund, an Europa zu glauben, ist Russland als neuer Partner. Vor zehn oder zwölf Jahren konnte man nicht einmal davon träumen. Ich freue mich darüber, dass Russland nach Europa zurückgekehrt ist, obwohl wir, wie Herr Rahr sagte, noch nicht genau wissen, wohin dieses neue Russland wirklich gehen will. Ich sehe darin jedenfalls eine große Chance, aber auch eine gewaltige Herausforderung. Russland hat zwar nicht die Kraft, die ganze Welt zu verändern, aber es hat das Potential, um auf Europa nachhaltig Einfluss zu nehmen. Auf der anderen Seite braucht Russland als Partner ein starkes Europa, das Kraft und Mut hat, sich auf eine enge Beziehung einzulassen. Wenn dies nicht gelingt, werden die Egoismen und das Misstrauen in Europa wieder stärker und Russland wird selbst Leidtragender sein.

Der dritte Grund, warum ich hinsichtlich der Zukunft Europas eher optimis-

**Dahrendorf**

**Reiter**

Europa als Ganzes kann Visionen für die Welt entwickeln



Wells, Soutou

Europa sollte sich nicht von  
Amerika emanzipieren

tisch bin, liegt darin, dass wir auf diesem Kontinent ein gemeinsames Interesse daran haben, dass wir nicht erneut durch eine Bilateralisierung beherrscht werden. Denn erst die Absage an den Bilateralismus hat die bisherige europäische Integration möglich gemacht. Die erneute Tendenz zu einer Bilateralisierung, die heute von Amerika ausgeht, wird von allen Europäern abgelehnt, ohne dass dies zwangsläufig zu einer Entfremdung gegenüber den USA führen müsste. Aber wir Europäer haben eine andere Interessenlage: Amerika kann sich das leisten, Europa nicht.

Lassen Sie mich mein Plädoyer für ein starkes, gemeinschaftlich handelndes Europa abschließen mit der Warnung vor einer Emanzipation von Amerika. Diesen Weg mögen einige größere Nationen Westeuropas aus spezifischen Erfahrungen für gangbar halten. Wir Osteuropäer könnten uns damit jedoch nicht identifizieren. Das heißt für mich, dass wir den USA keine Arbeitsteilung anbieten können, die im Sinne der Überlegungen Egon Bahrs Europa zu einer Art ziviler Gegenmacht erklärte. Das kann nicht funktionieren und führte zwangsläufig zu einem Gefühl einer moralischen Überlegenheit, das die transatlantische Partnerschaft gefährden würde. Denn eine Partnerschaft, die darauf beruht, dass einer sich moralisch überlegen fühlt und der andere die »Drecksarbeit« machen muss, wäre zum Scheitern verurteilt. Es gibt genug Gründe, ein starkes Europa zu schaffen, ohne daraus moralische Überlegenheitsansprüche Amerika gegenüber abzuleiten. Stattdessen plädiere ich eher für ein Umdenken Europas, was sein Verhältnis zur Macht angeht. Wir Europäer sind allesamt gebrannte Kinder aus den bitteren Erfahrungen unserer neueren Geschichte. Amerika ist davon unberührt und hat schon deswegen ein ganz anderes Verhältnis zur Macht. Kein europäisches Land wird aus sich heraus ein solches realistisches Verhältnis zur Macht entwickeln – aber Europa als geeinter Kontinent könnte es schaffen.

**Dahrendorf**

Herr Reiter, gemeinsam mit Frau Stelzenmüllers Bemerkungen war das die fehlende europäische Analyse Europas, die Sie geliefert haben.

Es bleibt die quälende Frage der Macht. Wenn wir über Weltordnung und Weltsystem sprechen, erscheint sofort das Wort »Hegemon«. Wenn wir von Europa sprechen, nehmen wir an, dass sich durch irgendeinen mysteriösen Vorgang statistische Quantität in Einfluss, Stärke und Macht übersetzt.

**Soutou**

Mit einer eher europäischen als gallozentrischen Sichtweise möchte ich auf zwei Bemerkungen zurückkommen, weil ich auch meine, dass wir nicht immer darauf

Die Kunst internationaler Politik besteht darin,  
Interessen und Werte zu versöhnen.

Soutou

warten können, bis Strukturen entstehen, um Probleme zu lösen. Doch zumindest sollten wir nicht die Strukturen abschaffen, die bereits vorhanden sind.

Nach 1945 haben die Vereinigten Staaten es als ihr nationales Interesse betrachtet – für mich ist das übrigens kein negatives Wort –, Europa wieder aufzubauen und ein starkes transatlantisches Bündnis zu schaffen. Die amerikanischen Führer haben den nordatlantischen Pakt nicht nur geschmiedet, um der Menschheit Gutes zu tun, sondern weil es genau ihren Interessen entsprach. In der Tat besteht die Kunst internationaler Beziehungen darin, Interessen und Werte zu versöhnen sowie sie unter den Partnern vereinbar zu machen.

Wir haben viel über Europa gesprochen – oder vielleicht nicht genug. Doch wir können nicht in gleicher Weise über Europa reden wie über die Vereinigten Staaten. Europa ist noch keine Tatsache, sondern im Wesentlichen ein Prozess. Ich sehe drei mögliche Richtungen, in die Europa sich entwickeln könnte. Zum einen ist es denkbar, dass Europa nie eine kohärente eigene internationale Identität entwickelt, sondern Teil der breiteren transatlantischen Gemeinschaft bleiben wird – einer politischen, ökonomischen und militärischen Gemeinschaft unter Führung der Vereinigten Staaten. Diese Entwicklung ist noch recht wahrscheinlich, wegen der sehr weit reichenden gegenseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks.

mögliche Wege für Europa

Aber Europa könnte zweitens eine echte internationale Identität entwickeln. Dies könnte auch geschehen, wenn die Europäische Union sich nicht zu einer wirklichen Föderation entwickelt – denn das ist unwahrscheinlich –, sondern stärkere institutionelle Strukturen ausbildet. Es könnte der Fall sein, wenn Europa, zumindest in Fragen der internationalen Sicherheit, ein pragmatisches System einer Ad-hoc-Kooperation von Kernländern aufbauen würde, um dringenden Herausforderungen zu begegnen.

Aus französischer Perspektive bin ich der Meinung, dass die eigentliche Frage lautet, ob die Europäer bereit sind, dem französischen Konzept des »Europe puissance« zu folgen. Zugegeben, dies ist ein unglücklicher Ausdruck, weil er sich nicht gut ins Deutsche übersetzen lässt – »puissance« bedeutet Macht, ein Begriff, der negativ konnotiert ist. Dennoch brauchen wir so etwas wie »Europe puissance«, eine europäische Identität auf der Weltbühne. Doch sollten wir darüber keine großartigen Reden halten, wie es die Franzosen seit de Gaulle wiederholt getan haben und die andere Partner verschrecken. Vielmehr sollten wir eine solche europäische Identität vorsichtig, aber konsequent aufbauen.

Wir brauchen ein  
»Europe puissance«

... und engere transatlantische  
Zusammenarbeit

Schließlich stimme ich mit Herrn Reiter überein, dass wir jeden Eindruck vermeiden sollten, dass eine Stärkung der europäischen internationalen Identität einer engen transatlantischen Beziehung widerspricht. Dafür gibt es einen weiteren fundamentalen Grund: die Größe der Probleme, die wir lösen müssen. Diese Probleme bestehen nicht nur in Europa, sondern auch und vor allem außerhalb Europas, insbesondere im Nahen Osten und in Asien. Auch China ist sehr wichtig. Und wir müssen Russland stärker in unser System einbinden. All das erfordert eine starke transatlantische Zusammenarbeit.

Selbst wenn die Amerikaner heutzutage sehr viel Macht besitzen, können sie eine funktionsfähige Weltordnung oder ein Weltsystem nicht alleine schaffen. Dazu benötigen sie Partner – in Europa und den anderen Regionen der Welt.

**Litwak**  
Folgen des 11. September:

Ein amerikanischer Kommentator meinte, man werde »vor und nach dem 11. September« in der amerikanischen Außenpolitik ähnlich verwenden wie »vor und nach Christi Geburt«. Diese Aussage verlangt eine deutliche Einschränkung. Der 11. September hat die Struktur der internationalen Beziehungen nicht verändert. Im Gegenteil hat er sie bedeutend gestärkt, indem die USA sich wieder um die Integration Russlands und Chinas in das internationale System bemühen.

Entstehung von Massenterrorismus

Herr Hassner hat die wesentliche Veränderung genannt: die Entstehung eines Terrorismus, der massenhaft Opfer erfordert. Dieser Terrorismus unterscheidet sich von früheren Formen, was seine Möglichkeiten und Intentionen angeht. So hat die Baader-Meinhof-Gruppe Deutschland und die IRA Großbritannien herausgefordert, aber diese Terroristen haben nicht versucht, an Atomwaffen heranzukommen, um sie in europäischen Hauptstädten zu zünden. Osama bin Laden hat erklärt, Atomwaffen zu haben sei eine moralische Verpflichtung. Nach dem 11. September muss man davon ausgehen, dass er diese Waffen gegen die Vereinigten Staaten einsetzen würde, wenn er sie hätte. Wenn er an diesem Tag eine Million New Yorker hätte töten können, so hätte er das gewiss getan.

Diese Veränderung hat eine alte Diskussion in der amerikanischen Außenpolitik neu belebt, die sich um die Spannungen zwischen Amerikas doppelter Identität dreht, wie sie Raymond Arons in seinem Buch Die imperiale Republik beschrieben hat. Einerseits sind die Vereinigten Staaten ein Hegemon, der eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung spielt. Gleichzeitig sind sie ein Staat wie jeder andere mit seinen eigenen kurz-sichtigen Interessen.

Die Spannung zwischen diesen Rollen spiegelte sich in zwei kürzlich gehal-



Europäer und Amerikaner sind uneins  
sowohl hinsichtlich der Berechtigung als auch  
des Nutzens von Gewalt.

Litwak

tenen Reden von Präsident Bush: eine vor dem Deutschen Bundestag und eine in West Point. Präsident Bush erklärte, die Vereinigten Staaten würden alle verfügbaren Mittel einsetzen, um den Terrorismus zu bekämpfen: von Diplomatie über Finanzkontrollen bis hin zum Einsatz von Gewalt. Aber der 11. September hat die Diskussion über den Einsatz von Gewalt in den Vereinigten Staaten verändert, weil sich gezeigt hat, dass internationales Recht und internationale Institutionen wie der Sicherheitsrat sich gegenüber schwerwiegenden Bedrohungen als nicht ausreichend erwiesen haben.

Osama bin Ladens Erklärung, es sei eine moralische Pflicht, Atomwaffen zu besitzen, hat einen neuen Kontext für Überlegungen geschaffen, dass die Vereinigten Staaten durch das Verbot der präventiven Selbstverteidigung in Artikel 51 der UN-Charta in ihrer Handlungsfreiheit gegen diese Bedrohung eingeschränkt werden könnten. Man sollte diese Wahrnehmung nicht überbewerten. Die Vereinigten Staaten entsprechen ihrer Karikatur eines Revolverhelden nicht. Doch diese Option liegt nun auf dem Tisch, wie es in der Vergangenheit niemals der Fall war. Europäer und Amerikaner sind hier uneins sowohl hinsichtlich der Berechtigung als auch des Nutzens von Gewalt.

Dies verweist auf die Frage nach den unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Economist hat eine Umfrage des Spiegel zitiert, wonach die Mehrheit der Europäer den 11. September nicht als einen Angriff auf das Weltsystem oder den Westen ansieht, sondern als einen Angriff auf die Vereinigten Staaten. Eine Erklärung für diese Wahrnehmung liegt in der europäischen Presseberichterstattung, zum Beispiel über den Afghanistan-Krieg. Diese Berichte hatten mit der Wirklichkeit vor Ort wenig zu tun. Es wurden Begriffe wie Flächenbombardierung benutzt. Das erweckte den Eindruck, die Luftwaffe sei wie im Zweiten Weltkrieg eingesetzt und Zivilisten seien angegriffen worden. Tatsächlich wurden in Afghanistan nur 700 Luftangriffe geflogen. Der Anteil an präzisionsgesteuerten Waffen war sehr hoch, wodurch Verluste bei der Zivilbevölkerung auf ungefähr 1000 begrenzt werden konnten. Während der Terrorismus seine tödliche Bedrohung gesteigert hat, hat neue militärische Technologie die Gefahr für Zivilisten reduziert.

Sich mit den Bedrohungswahrnehmungen zu befassen ist deshalb eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Bündnisse nach dem 11. September. Wir müssen die Wahrnehmungskluft zwischen Eliten, wie an diesem Tisch, und der breiten Öffentlichkeit überwinden. Zusammenhalt lässt sich nur schaffen, wenn wir die Realität der Bedrohung ähnlich sehen.

Europäer und Amerikaner sehen die Legitimität und den Nutzen militärischer Gewalt anders ...

... wegen unterschiedlicher Bedrohungswahrnehmungen

## Arbatow

Russlands Verhältnis zum Westen  
hat sich verbessert

Ich stimme vollkommen mit Wladimir Awertschew überein, dass Putin Russlands Politik einer neuen Zusammenarbeit mit dem Westen und besonders mit den Vereinigten Staaten unumkehrbar machen will. Mit der Entscheidung, die amerikanische Politik gegen den Terrorismus zu unterstützen, die er unmittelbar nach dem 11. September gegen einigen Widerstand in Moskau traf, hat er diesen früheren Wandel in der russischen Politik festgeschrieben.

Dieses Ziel ist jedoch noch nicht erreicht, und einige Probleme gibt es nach wie vor. Zunächst war Russlands Unterstützung vielleicht wichtiger für die Amerikaner als die einiger NATO-Partner. Die afghanische Nord-Allianz zum Beispiel, die den Großteil der schweren und schmutzigen Arbeit des Afghanistankriegs verrichtete, wäre ohne die kontinuierliche Unterstützung Russlands im Kampf gegen das Taliban Regime nicht so effektiv gewesen.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, die sich vor dem 11. September etwas verschlechtert hatten, haben sich nun wieder verbessert. Ein Beispiel dafür ist der russisch-amerikanische Gipfel in Moskau. Ich teile zwar die Kritik an dem dort unterzeichneten Abkommen, es ist aber besser als gar nichts. Der Gipfel hätte ergebnislos verlaufen können, weil Bush zunächst darauf bestand, völlig freie Hand zu haben. Nur dank Russlands Widerstand musste er sich der Wirklichkeit stellen, dass selbst die Vereinigten Staaten in der heutigen vernetzten Welt nicht einen völlig unabhängigen Kurs verfolgen können.

doch Putins Außenpolitik könnte der  
Innenpolitik zum Opfer fallen

Trotz dieser Verbesserungen gibt es auch manche Ungewissheit in Russlands Beziehungen zum Westen. Der Hauptgrund liegt in dem Risiko, dass Putins Außenpolitik zur Geisel seiner Innenpolitik wird, wie es schon öfter der Fall gewesen ist. Putin erfreut sich einer sehr hohen Beliebtheit in den Meinungsumfragen. Dies hat teilweise damit zu tun, dass die Russen ihrem vergleichsweise neuen Präsidenten einen Vertrauensvorschuss einräumen – ein Vorteil, der vielleicht noch ein oder zwei Jahre anhält. Zugleich zweifeln Teile des russischen Militärs und des politischen Establishments ernsthaft an seiner Politik, weil sie davon überzeugt sind, dass Putin viele russische Schlüsselpositionen und Interessen aufgibt, ohne etwas dafür zu erhalten.

Um seine Unterstützung in der Bevölkerung zu behalten, wird er sichtbare Leistungen vorweisen müssen. Das betrifft nicht in erster Linie die Beziehungen zu Amerika und zum Westen oder die Außenpolitik im Allgemeinen; wichtiger wären wohl innenpolitische Verbesserungen, auch wenn die teilweise von der Außenpolitik abhängen. Ich will ganz deutlich sein. Dies ist keine Einladung an den Westen, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Davon haben



Arbatow,  
Awertschev

wir genug gehabt, manchmal mit verheerenden Folgen wie im Falle der Schock-Therapie zur Wirtschaftsreform. Darum müssen sowohl der Westen als auch Russland in der Zukunft vorsichtiger vorgehen, was meines Erachtens im Westen nicht genug verstanden wird. Meiner Meinung nach bildet der gesellschaftliche Druck auf Putin, konkrete Ergebnisse zu liefern, das Hauptrisiko für seine Außenpolitik.

Durch das Ende des Kalten Kriegs, also das Verschwinden der sichtbaren äußeren Bedrohung und des »Todfeinds«, widmen die Menschen internen Problemen mehr Aufmerksamkeit. Gemeinsam mit dem Feind ist auch der wichtigste Sündenbock verschwunden, dem man die Schuld an innenpolitischen Missständen zuschieben konnte.

Dass in Europa nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums und der Wiedervereinigung Deutschlands eine große tektonische Verschiebung stattgefunden hat, scheint mir immer noch nicht genügend klar geworden zu sein. Deutschland ist wieder zu einer politischen Macht auf dem europäischen Kontinent aufgestiegen, während die politische Macht Frankreichs und Englands nicht zuletzt auf dem Besitz von Atomwaffen beruht, die beiden Ländern heute nicht mehr die entsprechenden Einflussmöglichkeiten verschaffen. Das gestiegene Gewicht Deutschlands – nicht nur als wirtschaftliche Führungsmacht in Europa – führt jedenfalls nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern zu Irritationen.

Was die NATO angeht, wäre sie das erste Bündnis in der Geschichte, das seinen eigenen Sieg dauerhaft überleben würde. Sie sucht dementsprechend jetzt mit aller Macht nach neuen Aufgaben. Im Verhältnis zu Amerika denke ich jedoch, dass die Europäer sich völlig überheben würden, wenn sie versuchen wollten, als militärischer Machtfaktor zu den USA aufzuschließen. Ich denke, wir haben fürs Erste genug damit zu tun, unsere internen Verhältnisse in Europa in Ordnung zu bringen, womit sich die europäischen Nationalstaaten zurzeit außerordentlich schwer tun. Schon jetzt macht dies den weiteren europäischen Einigungsprozess schwierig. Da würde ich eher zur Zurückhaltung raten.

Hinzu kommt, dass in ganz Europa ein recht dramatischer Rechtsruck zu konstatieren ist, und zwar von Norwegen bis Sizilien. Das hat seine Ursache nicht zuletzt darin, dass die etablierten Parteien – nicht nur in Deutschland – dabei sind, sich irgendwo in der Mitte unverbindlich zu versammeln, ohne die anstehenden Probleme wirklich zu lösen. Damit überlassen sie aber die politische Bühne weitgehend anderen Protagonisten, wie man es etwa in Holland mit Pim Fortuyn erleben konnte.

## Schulze

Veränderungen nach Ende des Kalten Kriegs: Wiederaufstieg Deutschlands

NATO

Rechtsruck in Europa

Eine Meinungsverschiedenheit zwischen demokratischen Staaten ist nur dann ein Schwachpunkt für die Beziehungen, wenn es uns nicht gelingt, dies im Dialog zu überwinden.

Stütze



Wenn die Europäer, vor allem aber die Deutschen, ihre heutige Rolle noch nicht so genau erkennen, hat das vielleicht auch damit zu tun, dass die derzeit am Ruder sitzenden Politiker sämtlich der Nachkriegsgeneration angehören. Bis hin zu Bundeskanzler Kohl hatten die Politikergenerationen davor alle den Krieg unmittelbar miterlebt. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Tonlage in der politischen Auseinandersetzung, sondern auch auf das Wertebewusstsein, das immer auch eine Frage der gemeinsam empfundenen äußeren Bedrohung ist. So wie im gewissen Sinne Stalin zu den Gründervätern der Europäischen Gemeinschaft gehörte – denn er und die Sowjetunion stellten damals die äußere Bedrohung für die Menschen im Westen dar –, mag es sein, dass unsere Schwierigkeiten und Konflikte mit Amerika so intensiv werden, dass dies von den Europäern als eine gemeinsame Bedrohung empfunden wird. Wenn das so sein sollte, wird es die europäische Einigung vorantreiben.

### Stütze

Transatlantische Uneinigkeit beruht auf Wahrnehmungsunterschieden

Lord Dahrendorf sprach eingangs von den unterschiedlichen Perzeptionen der transatlantischen Beziehungen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen der großen Protagonisten dieser Beziehungen, Stanley Hoffmann, zitieren, der im Mai 1981 bei einem Bergedorfer Gesprächskreis in Washington die Frage gestellt hat: Was ist das größte Hindernis auf dem Wege zur amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit? Seine Antwort lautete: die Entwicklung der öffentlichen Meinung. »In the United States at present one sees in the public at large and in the leadership a new mood of self-assertion to some extent of nationalism, which horribly conflicts with tendencies in European public opinion.« Und er fährt fort: »This is an administration, which has made an increase in American power abroad priority of priorities. This is quite obvious, when one looks at the defence budget.«

Meinungsverschiedenheiten können durch Dialog überwunden werden

Ich meine, wir sollten die Zeit nicht damit verschwenden, alte Klischees der transatlantischen Beziehungen, die es immer schon gab, stets von neuem wieder aufzuwärmen. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen demokratischen Staaten ist nur dann ein Schwachpunkt für die Beziehungen, wenn es uns nicht gelingt, dies im Dialog zu überwinden. In jedem Falle überdauern strategische Interessen die Zäsuren von Administrationen und Legislaturperioden. Da das uns allen hier bewusst ist, sollten wir uns mit dieser Frage nicht länger beschäftigen.

Die größte Schwäche Europas sehe ich in dem ständigen Bemühen der Europäer um anerkennende Worte aus Amerika. Solche Anerkennung brauchen wir nicht – abgesehen davon, dass wir sie ohnehin nicht bekommen –, und dies ist außerdem nur Ausdruck der inneren Schwäche der Europäer, die den Amerika-



Stütze, Voigt

nern keinerlei Respekt abnötigt. Ich füge hinzu: Eine solche Haltung hilft uns in keiner Weise, zumal Europa keineswegs so schwach ist, wie vor allem von den Europäern selbst immer wieder behauptet wird.

Ich schlage also vor, dass wir über die durchaus vorhandenen Stärken Europas reden, insbesondere vor dem Hintergrund der von Präsident Bush beschriebenen neuen Konstellation, zu der auch sein Appell im Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002 gehört, Europäer und Amerikaner sollten ihre Skepsis gegenüber Russland überwinden – ein Satz, den man sich nach aller gemeinsamen Erfahrung der Vergangenheit auf der Zunge zergehen lassen sollte.

Was Herr Stütze gesagt hat, unterstreiche ich uneingeschränkt. Wenn wir über Europas Stärken und Schwächen reden, dann sollten wir überlegen, was der bestimmende Faktor des letzten Jahrhunderts gewesen ist: Man könnte sagen, die Entwicklung Amerikas zur einzigen Supermacht; oder auch: Anfang und Ende der Sowjetunion. Aber aus meiner Sicht ist der wirklich zentrale Punkt, dass Europa als bestimmender militärischer Faktor aus der Weltpolitik ausgeschieden ist. Ich glaube nicht, dass dies wieder zurückholbar ist, und ich meine auch nicht, dass man versuchen sollte, dieses Rad zurückzudrehen. Wir sollten nicht einmal den Versuch unternehmen, auf diesem Gebiet Amerika ähnlicher zu werden. Vielmehr sollte Europa sich darauf konzentrieren, wie es das gezwungenermaßen nach dem Zweiten Weltkrieg getan hat, seine politische und wirtschaftliche Stärke zu bündeln und sich auf diesen Feldern, wie Herr Reiter gesagt hat, von Amerika unterscheidbar als internationaler Handlungsfaktor weiterzuentwickeln.

Wenn ich von Emanzipation gegenüber Amerika gesprochen habe, so betone ich gleichzeitig, dass dadurch die transatlantischen Beziehungen im Prinzip nicht angetastet werden. Das ist ein unzerstörbares Fundament, auf dem wir miteinander verbunden sind. Wenn ich aber auf amerikanischer Seite von »defensive intervention« reden höre, dann klingt das in meinen Ohren so, dass man Angriff zur Verteidigung erklärt. Und da muss ich erst einmal tief Atem holen als jemand, der nach dem Krieg durch die Schule der reeducation der Amerikaner gegangen ist.

Einige von Ihnen werden sich daran erinnern, dass ein deutscher liberal-konservativer Außenminister der Regierung Kohl, Klaus Kinkel, im Oktober 1998 erklärt hat: Wenn wir bereit waren, in Jugoslawien ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates militärisch zu intervenieren, dann ist das ein einmaliger Schritt, den

## **Bahr**

Europa sollte sich auf seine politische und wirtschaftliche Stärke konzentrieren

Das unzerstörbare Fundament  
transatlantischer Beziehungen bindet  
beide Seiten



Doch wir sollten eine eigenständige  
europäische Macht aufbauen

wir uns als Deutsche nicht noch einmal leisten können. Ich meine, diese Aussage gilt immer noch, auch für die Regierung Schröder. Das heißt: Wenn die Amerikaner in absehbarer Zeit einen Militärschlag gegen den Irak führen – ob mit oder ohne Mandat der Vereinten Nationen –, dann hoffe ich, dass einige europäische Staaten, Deutschland vor allem, den Standpunkt vertreten: Ihr Amerikaner habt die Macht, das zu tun. Wenn ihr das machen wollt, werden wir nicht darüber lamentieren, aber wir machen nicht mit!

Und wenn Amerika ohne Mandat des Sicherheitsrats aktiv wird, dann heißt das zugleich, dass die NATO außen vor bleibt. Das aber bedeutet, Herr Reiter, es wird genau das befördert, was Sie und ich beklagen: nämlich der Hang der Amerikaner zur Bilateralisierung, und eben das verletzt die europäischen Interessen. Mit anderen Worten: Amerika wird aufgrund seiner Eigeninteressen, seiner militärischen Macht und seiner globalen Verantwortung handeln und sich dafür den einen oder anderen europäischen Staat als Partner suchen, der bereit ist, mitzumachen. Das wird zu einer weiteren Erosion des Zusammenhalts in der NATO führen. Und von daher bin ich wie Herr Soutou der Meinung: Hoffentlich beschreiten wir den Weg, eine eigenständige europäische Macht aufzubauen.

**Dahrendorf**  
Neue Weltordnung

Bislang haben wir noch nicht sehr viel über die Neue Weltordnung gesprochen. Das ist sicher kein Zufall. Das Weltsystem, wie es Herr Soutou nennt, das in unserer Diskussion sichtbar geworden ist, zeigt eine historisch vielleicht einzigartige Hegemonialmacht, die Vereinigten Staaten. Diese Macht ist an prekären Bündnissen beteiligt – prekär aus all den Gründen, die Herr Schroeder genannt hat; sie ist auch beteiligt an einer neuen Version des »Reichs des Bösen«. Doch dabei handelt es sich nicht mehr um ein Reich, sondern um eine Vielzahl böser staatlicher und nicht-staatlicher Mächte, nämlich Terrorismus und Massenvernichtungswaffen, die sich nicht recht unter eine Überschrift subsumieren lassen.

Beispiele für multilaterale  
Zusammenarbeit

Erfreut war ich über einige sehr spezifische und wichtige Beispiele für gemeinsame Projekte und die Realität multilateraler Zusammenarbeit. Dies ist ein wirksames Gegenmittel gegen die außerhalb dieses Forums vorherrschende Auffassung, die Vereinigten Staaten seien völlig unilateralistisch geworden. Das ist eindeutig nicht der Fall.

Wahrnehmungen

Zweifellos gibt es aber unterschiedliche Wahrnehmungen des anderen und der Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen. Man kann nicht ignorieren, was über die Haltungen zum »Krieg« auf beiden Seiten des Atlantiks gesagt wurde. Ebenso gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie wir unsere inneren Ange-



legenheiten organisieren sollten. Ich will das nicht vertiefen, aber die Frage, ob man besser dem europäischen oder dem amerikanischen Modell folgen sollte, ist in internationalen Diskussionen wichtig, selbst wenn es nicht unbedingt ein Thema der Außenpolitik oder der politischen Strategie ist.

Ein weiteres Beispiel für unterschiedliche Perzeptionen fiel mir kürzlich in Washington auf: die bewusste Weigerung zu definieren, was Terrorismus ist. Zum Terrorismus zählen Al-Qaida und zahlreiche andere unerwünschte Kräfte, andere dagegen nicht.

Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, Großbritannien sei hilflos mitten im Atlantik verloren, erzähle ich Ihnen von einem interessanten Gespräch zwischen einem ehemaligen britischen Generalstaatsanwalt und einem Unterstaatssekretär im amerikanischen Justizministerium. Mein britischer Freund sagte: »Bitte vergessen Sie nicht, dass es in Nordirland über die Jahre 3000 Tote gegeben hat, und das Geld für die Anschläge kam größtenteils aus den Vereinigten Staaten. Wie genau sollen wir darauf reagieren, angesichts Ihres massiven und fast säkularen Interesses an dem Phänomen des 11. September?«

Terrorismus in Großbritannien

Ich bin mir der Schwierigkeiten bewusst, solche unterschiedlichen Ereignisse zu vergleichen, doch es deutet auf tief greifende Wahrnehmungsunterschiede hin. In Großbritannien haben wir den Eindruck, dass es im Großen und Ganzen möglich gewesen ist, mit der schwierigen Nordirland-Frage ohne scharfe Restriktionen der bürgerlichen Freiheiten und ohne eine Beherrschung des ganzen Landes durch die Frage des Terrorismus auszukommen.

Ein weiteres interessantes Problem ist die von Frau Stelzenmüller und anderen erwähnte Frage der Arbeitsteilung. Offensichtlich hat Europa nicht die Kapazitäten, weltweit wirksame militärische Maßnahmen an Unruheherden zu ergreifen. Aber Europa muss mit den Folgen solcher Aktionen umgehen oder sich zumindest beim Aufbau staatlicher Strukturen, der Schaffung einer Rechtsordnung oder in manchen Fällen sogar beim »nation-building« engagieren. Während das in einigen Fällen geschieht, kann man Frau Stelzenmüller kaum widersprechen, wenn sie sagt, dass sich Europa dieser Aufgabe noch nicht ernsthaft widmet und sich für diese äußerst schwierige und langfristige Aufgabe noch nicht ausreichend gerüstet hat.

Arbeitsteilung

Man muss zum Beispiel immer noch befürchten, dass die hoffnungsvollen Anfänge in Teilen des Balkans scheitern werden. Es ist leicht zu sagen, Bosnien sollte die bosnischen Serben, bosnischen Kroaten und bosnischen Muslime integrieren, aber das Risiko einer Abtrennung oder sogar neuer Feindseligkeiten dauert fort.

*Dahrendorf,  
Wehmeier*



Welches Europa schaffen wir?

Die Europäer müssen deshalb bereit sein, sich dort langfristig zu engagieren. Europa hat sich bisher dieser schwierigen Aufgabe nicht gestellt.

Lassen Sie mich ein skeptisches Wort zum Thema Europa hinzufügen. Herr Reiter hat sich sowohl relativ optimistisch über die Möglichkeiten Europas geäußert als auch die Schwierigkeiten dargestellt, ein Europa zu schaffen, das ein gemeinsames Interesse definieren und die Institutionen hervorbringen könnte, die es in die Lage versetzen, entsprechend zu handeln. Für mich bleibt die schwierige Frage, ob man durch die europäische Integration wirklich Macht schaffen kann oder ob Europa eine Ansammlung von Interessen bleibt, bei der sich Länder ausklinken, sobald etwas eintritt, das ihre Interessen wesentlich berührt.

Wir haben eine Reihe von Ereignissen erlebt, vom Falkland-Krieg bis zur Deutschen Vereinigung, die so nicht hätten geschehen können, wenn man erst auf einen europäischen Konsens hätte warten müssen. Europa ist erstaunlich schwach, wenn es darauf ankommt, die Macht zu erzeugen, die aus gemeinsamen Interessen eine reale Kraft in der internationalen Politik macht. Und ich glaube nicht, dass Verfassungsänderungen oder der gegenwärtige Europäische Konvent daran das Geringste ändern werden!

Erweiterung oder Vertiefung

Die viel ernstere und tieferreichendere Frage für die europäische Zusammenarbeit ist der Erweiterungsprozess. Ich unterstütze die Erweiterung nachdrücklich, weil ich meine, dass wir seit 1989 eine Verantwortung tragen, neue Mitglieder zu akzeptieren. Die Erweiterung indes wird die Macht der Europäischen Union nicht sofort stärken. In diesem Zusammenhang würde ich Herrn Schulzes Bemerkung über Veränderungen im europäischen politischen Spektrum nicht unterschätzen, die andauern mögen oder nicht. Nach meiner Auffassung sind diese Verschiebungen in den politischen Präferenzen Europas mehr episodischer Art als tektonisch. Es fällt auf, dass eine Verschiebung zur politischen Rechten, wenn auch nicht zur extremen Rechten, eine distanziertere Sicht Europas einschließt.

Das verwirrt mich manchmal. Als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in den 50er Jahren geschaffen wurde, wurde sie von den Christdemokraten stark gefördert und die Sozialdemokraten waren skeptisch und haben in einigen Fällen sogar gegen die ursprünglichen Verträge gestimmt. Heute ist es umgekehrt: Die Linke ist meist mehr pro-europäisch und unterstützt eine europäische Verfassung eher als die Rechte. Natürlich gibt es hier wichtige Ausnahmen, wie zum Beispiel, dass die Christdemokraten in dieses einfache Rechts-Links-Schema nicht hineinpassen.





Grob gesagt sind die Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Bevölkerungsmehrheiten in Europa und in Amerika zwar real und deutlich, doch wir sollten sie nicht in Stein meißeln. Wir sollten die Diskussion nicht ersticken, sondern ermutigen, und das nicht nur in Europa oder in Amerika, sondern auch zwischen den beiden Seiten.

Ich würde gern Herrn Krastevs vorzügliche Formel gebrauchen, die Amerikaner glaubten, sie führen einen Krieg, während die Europäer einen Krieg zu verhindern suchten. Beide Beobachtungen treffen zu, aber gleichzeitig befinden sich beide, Europäer wie Amerikaner, in einem Krieg mit Al-Qaida und dem Terrorismus. Terrorismus ist eine alltägliche Erfahrung in Europa. Nehmen Sie die IRA in Großbritannien oder den Fall von Bologna, wo während eines meiner Besuche der Bahnhof in die Luft flog und wo vor einigen Monaten einer meiner Kollegen getötet wurde. Die Gefahr, dass Atomwaffen in die Hände von Terroristen gelangen könnten, ist daher ernst zu nehmen. Ich denke, in Europa ist die Wahrnehmung, dass wir uns in einem Krieg mit Al Qaida befinden und dass sie hier einen Anschlag verüben könnten, durchaus vorhanden.

Zugleich sollten die Amerikaner verhindern, dass aus dem Krieg gegen den Terrorismus ein Krieg des »West against the rest«, gegen die arabische Welt oder gegen die gesamte »Dritte Welt« wird. Wir haben auch kein Interesse daran, dass daraus ein Krieg der »Heiligen Allianz« gegen einzelne Bewegungen wird, seien es globale Terroristen wie Al Qaida, nationale Befreiungsbewegungen oder Gangster von Kolumbien bis hin zu Tschetschenien, von Tibet bis zur Fatah.

Entscheidend ist, dass es sich hier um zwei Kriege handelt. In diesem Dreieckskrieg, wie es Michael Howard genannt hat, bekämpft man gleichzeitig die Terroristen und ihre mögliche Quelle. Dabei riskieren Repressionen oder Angriffe auf Staaten, die Terroristen Unterschlupf gewähren, das Reservoir an Terrorismus zu vergrößern. Die Vereinigten Staaten, die militärisch stärker sind und zum ersten Mal auf spektakuläre Weise Opfer eines Anschlags wurden, verstehen sich mehr auf die offene Schlacht gegen die Terroristen. Aber beide Dimensionen sind komplementär und haben weniger mit Kagans »Stärke oder Schwäche« zu tun. Hier geht es um einen grundlegenden Konflikt, für den »ein Krieg gegen den Terrorismus« der angemessene Ausdruck ist. Doch was das bedeutet, ist sehr komplex. Dieser Krieg ist keiner, der sich mit der Ausschaltung von Al Qaida beenden ließe. Ähnlich wie beim Kalten Krieg handelt es sich um ein Dauerphänomen. Die Regeln für diesen Konflikt müssen erst noch geschaffen werden, sowohl in Bezug auf unsere Gesellschaften als auch für unsere Beziehungen zur übrigen Welt.

## Hassner

Terrorismus bedroht  
Europäer wie Amerikaner

Gleichzeitiger Kampf gegen  
Terrorismus und seine Ursachen

Europäer wie Amerikaner, [befinden sich] in einem  
Krieg mit Al Qaida und dem Terrorismus.

Hassner

Harte und weiche Macht	<p>Die Frage von Stärke oder Schwäche bezieht sich genau auf das, worauf Joseph Nye in seinem Buch über das Paradox der amerikanischen Macht verwiesen hat, in dem er zwischen harter und weicher Macht unterscheidet. Es ist zumindest zweifelhaft, ob die beste Art der Terrorismusbekämpfung die Erhöhung der Militärausgaben ist und ob das der Lackmustest dafür ist, ob man mächtig oder schwach ist. Blickt man auf die Beiträge der Geheimdienste zum Kampf gegen den Terrorismus, so sind der CIA und das FBI nicht unbedingt wirksamer als andere Geheimdienste, wie Herr Singer selbst eingestanden hat.</p> <p>Kehren wir zur Frage zurück, was Macht bedeutet. Ist es die Fähigkeit, Mullah Omar und Bin Laden festzunehmen, Afghanistan zu befrieden oder den arabisch-israelischen Konflikt zu lösen? Macht ist ein sehr komplexes Phänomen, bei dem militärische Stärke und Technologie nur einen Aspekt darstellen. Deshalb sollten wir die Beiträge beider Seiten anerkennen und nicht einfach davon ausgehen, dass die Amerikaner eine Stellung beziehen, weil sie Amerikaner, und die Europäer eine andere, weil sie Europäer sind.</p>
Unterschiedliche Reaktionen zum Nahen Osten	<p>Eine Bemerkung zum Nahen Osten und dem Gegensatz zwischen Wolfgang Ischinger und Dana Allin. Ich stimme mit beiden überein, dass die vorherrschenden Standpunkte in aufgeklärten Kreisen in Amerika wie in Europa hinsichtlich einer möglichen Lösung praktisch gleich sind: Beide favorisieren eine Zwei-Staaten-Lösung, ein Ende der Gewalt und den Rückzug jüdischer Siedlungen aus den palästinensischen Gebieten. Zugleich haben wir eine Umkehr bei den emotionalen Reaktionen auf den Konflikt erlebt. Früher standen die Europäer auf der Seite der Israelis, und die Amerikaner bremsten sie. Heute dagegen zeigen die Amerikaner oft eine bedingungslose Solidarität mit Israel, einschließlich der Politik von Sharon, wohingegen sich ein beträchtlicher Teil der europäischen Öffentlichkeit mit den »unterdrückten Palästinensern« solidarisiert, als Ausdruck einer früheren antikolonialen Haltung.</p> <p>Ich dagegen meine, wir sollten sowohl die Verteidigung Israels unterstützen – was nicht die Möglichkeit eines palästinensischen Staates ausschließt – als auch ein Verständnis für die palästinensische Sache entwickeln, was nicht die Morde und Selbstmordattentate entschuldigt. Dieser wesentlichen Herausforderung müssen wir uns gemeinsam stellen.</p>
Es gibt keine Alternative zur amerikanischen Hegemonie	<p>Was schließlich die Frage einer Weltordnung anlangt, so gibt es einfach keine Alternative zur amerikanischen Hegemonie. Die beiden theoretischen Alternativen wären entweder die Herrschaft des Rechts, der Vereinten Nationen – und wir wissen, dass die ohne Macht nicht durchgesetzt werden kann –, oder eine multi-</p>



Hassner

polare Welt. Vor einigen Jahren sprach Präsident Chirac, wie de Gaulle, Kissinger und Nixon vor ihm, von einer Wiederkehr einer Fünf-Mächte-Welt. Das ist utopisch. Das Machtgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und allen anderen Ländern ist dafür viel zu groß.

Doch Hegemonie gibt Amerika nicht das Recht, seine eigene Souveränität für absolut zu halten, was bedeuten würde, dass unter keinen Umständen eine andere Autorität als das amerikanische Volk einen Amerikaner richten könnte. Hegemonie verschafft auch kein unbegrenztes Interventionsrecht, um undemokratische Regimes auszuwechseln, weil sie eines Tages Terroristen mit Massenvernichtungswaffen versorgen könnten. Intervention und Prävention können notwendig sein. Aber eine Doktrin, in der Präventivschläge den Platz der Abschreckung einnehmen, ist sehr gefährlich.

Das Schweigen der Europäer zu dieser wichtigen Frage der Prävention ist kein Zufall. Natürlich muss man zuerst zuschlagen, wenn ein Gegner nicht abgeschreckt werden kann und keine territoriale Basis hat. Doch wäre es sehr gefährlich, dies zur zentralen Idee der internationalen Beziehungen zu machen und sie auch auf Staaten anzuwenden, die den Terrorismus unterstützen.

Als Brite möchte ich die Einladung nutzen und etwas über Großbritannien und das neue Europa im Kontext der transatlantischen Beziehungen sagen.

In der europäischen Geschichte scheint mir das 20. Jahrhundert noch nicht beendet, denn die zentralen Probleme existieren noch heute. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde deutlich, dass die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland einerseits sowie Deutschland und Russland andererseits bestimmend waren. Um diesen Beziehungskomplex herum entwickelte sich die politische Lage, die manchmal als 30-jähriger Krieg bezeichnet wird, von 1914 bis 1945, die zwei globale Konfliktausbrüche beinhaltete. Andere Fragen wie die Existenz, der Status und die Lage eines polnischen Staates standen bei diesen Konflikten ebenfalls auf dem Spiel.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Beziehungen zwischen Frankreich, Deutschland und Russland durch die Schaffung zweier europäischer Institutionen geregelt: der Europäischen Gemeinschaft und der NATO. Seit ihrer Gründung in den 50er Jahren war das wesentliche Ziel der Europäischen Gemeinschaft, den deutsch-französischen Antagonismus zu überwinden. Das deutsch-französische Verhältnis war der Hauptgrund, warum Adenauer die EG gegen die Absichten Ludwig Erhards unterstützte, der eine Freihandelszone vorgezogen

## Reynolds

EU und NATO regelten die Beziehungen zwischen Frankreich, Deutschland und Russland



hätte, in die Großbritannien viel leichter hätte einbezogen werden können. Ähnlich hing 1990–91 die Entscheidung für die Währungsunion mit Frankreichs Zustimmung zur deutschen Vereinigung zusammen. Wieder wurde die französisch-deutsche Beziehung innerhalb der EU geklärt.

Im Gegensatz dazu wurden die deutsch-russischen Beziehungen vor allem durch die NATO geprägt. In diesem neuen Sicherheitssystem beteiligten sich die USA, um Westeuropa vor dem Feind Sowjetunion zu schützen. Wie man mitunter in Großbritannien sagte, bestand die Funktion der NATO darin, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen niederzuhalten.

Osterweiterung bestimmt EU und NATO neu

Sowohl die EU als auch die NATO werden jetzt durch die Osterweiterung neu bestimmt. Das ist Teil der langwierigen und schwierigen Aufgabe, ein neues Europa aufzubauen. Unsere russischen Kollegen haben uns an das Ausmaß des post-sowjetischen Umbruchs in Osteuropa, besonders in Russland und seinen Nachbarländern, erinnert sowie an seinen ungewissen Ausgang. Diese Faktoren sollten nicht unterbewertet werden. Weil diese Entwicklungen sehr wichtig für die Definition Europas sind, sind viele Europäer darüber besorgt.

Der Prozess der Osterweiterung wird die NATO verändern. Sie kann entweder marginalisiert werden oder eine neue Rolle finden. Für die Europäische Union ist die Erweiterung eine absolut grundlegende Herausforderung. Sie verlangt eine vollständige Umgestaltung der Union, da eine Erhöhung der Mitgliederzahl von 15 auf 25 die vorhandenen Regierungsmodalitäten unmöglich macht. Und Länder mit völlig anderem Wirtschaftsniveau aufzunehmen bringt sehr reale Probleme mit sich. Zum Beispiel ein Land zu integrieren, das 15 Prozent des deutschen Prokopfeinkommens hat, oder ein Land wie Polen, in dem ein Fünftel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, erfordert gewaltige Anpassungsleistungen.

Europa muss Globalisierungsprobleme innerhalb seiner Grenzen angehen

Mit anderen Worten, das neue Europa muss die Globalisierungsprobleme innerhalb seiner eigenen Grenzen angehen und die riesige Kluft zwischen Wirtschaftsstrukturen und Lebensstandards verringern, wenn die Erweiterung der Europäischen Union erfolgreich sein soll. Deshalb hat für viele Europäer der Aufbau einer neuen europäischen Ordnung Vorrang vor einer neuen Weltordnung. Diese Einstellung mag provinziell sein, aber ihre Gründe werden besonders jenseits des Atlantiks nicht immer verstanden.

Großbritannien tritt europäischen Institutionen zögerlich bei

Wie passt nun Großbritannien in dieses Bild? Großbritannien ist europäischen Institutionen immer recht spät beigetreten. In der Europäischen Gemeinschaft sind wir erst 15 Jahre nach ihrer Gründung Mitglied geworden. Auch dem

»ja, aber«

Reynolds

Europäischen Währungssystem haben wir uns erst nach seiner Gründung angeschlossen. Ich nehme an, dass wir zu gegebener Zeit auch der Währungsunion beitreten werden – wiederum verspätet, widerstrebend und erst, nachdem die wesentlichen Merkmale des Übereinkommens festgelegt wurden. Es wird also weiter der Eindruck bestehen, dass die Integration Großbritanniens nicht wirklich passt.

Wie lässt sich dieses britische Widerstreben erklären? Es gibt dafür mehrere Gründe. Erstens wurde die europäische Integration am Anfang hauptsächlich als ein deutsch-französisches Projekt gesehen. Winston Churchill sagte mit einer Fußball-Metapher: »Frankreich und Deutschland schütteln sich die Hände, und wir stehen am Rand und rufen Bravo.« Mit anderen Worten, wir haben ihre Integration begrüßt, wollten aber daran nicht teilnehmen. Zweitens war Großbritannien besorgt, dass die europäischen Wirtschaftsinstitutionen seinen globalen Wirtschaftsinteressen schaden könnten. Die britische Regierung hatte Angst vor Protektionismus, der sie von größeren Handelsströmen mit den ehemaligen Kolonien und den USA abschneiden könnte. Überdies war Großbritannien über den »Föderalismus« beunruhigt. Föderalismus bedeutet in den USA oder Deutschland etwas anderes, bezeichnet aber bei uns die Furcht, die politischen Institutionen der EG könnten unsere nationale Souveränität zu sehr einschränken.

Doch der wichtigste britische Vorbehalt leitete sich von dem Gefühl her, dass die europäische Integration unsere besondere Beziehung zu Amerika beeinträchtigen könnte. »Special relationship« könnte als ein sentimentaler Begriff erscheinen, insbesondere weil die öffentliche Rhetorik sie mit Sprache, Kultur und dem Zweiten Weltkrieg verbindet. In Wirklichkeit jedoch hatten die meisten britischen Premierminister von Churchill bis hin zu Blair einen viel kalkulierenderen Begriff der »besonderen Beziehung« im Auge. Sie sahen darin den besten Weg, um den transatlantischen Dialog zu führen. Da die USA die Hegemonialmacht sind, ist es nicht klug, Washington gegenüber »nein« zu sagen. Vielmehr sollte man »ja, aber« sagen, also die Vereinigten Staaten öffentlich unterstützen und dies dazu, um privat zu sagen: »Nun, vielleicht ist es besser, so oder so zu handeln.« Washington kritisiert man nicht öffentlich. In ihrer Selbstwahrnehmung steht das britische Konzept dem stereotypen gaullistischen Ansatz entgegen, nämlich mit Emphase gegenüber den Amerikanern »non« zu sagen. Verschiedene britische Regierungen hielten dagegen ein »ja, aber« dem transatlantischen Dialog für zuträglicher.

wegen seiner »besonderen Beziehung«  
zu den USA

»Ja, aber« hilft transatlantischem Dialog

## Czempiel

Pax Americana wird die neue Weltordnung sein

Ich komme zurück auf die »Neue Weltordnung« und im Zusammenhang damit auf den Terrorismus. Dabei möchte ich mich dazu äußern, wie die wahrscheinliche Zukunft und die Inhalte dieser Weltordnung aussehen könnten.

Meine Prognose ist, dass wir eine Pax Americana mit selektiver multipolarer Beimischung erleben werden, wobei offen bleibt, wer zu dieser selektiven Multipolarität beitragen kann. Ich hoffe, es werden die Europäer sein. Doch angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse vermute ich, dass es eine weit gehend unilateral von Washington bestimmte und mit amerikanischer Macht durchgesetzte Weltordnung sein wird.

Wichtiger als die Form ist aber der Inhalt einer neuen Weltordnung. Das Auftreten eines Terrorismus in der Größenordnung des 11. September ist ein Indiz für eine bemerkenswerte Welt-Unordnung. Das bedeutet, wir müssen uns mit dem Terrorismus ausführlicher und vor allem differenzierter beschäftigen und dürfen diesen Begriff nicht so unqualifiziert verwenden, wie das derzeit allenthalben geschieht. Wir geben uns weithin damit zufrieden, von Terrorismus zu reden, und scheren dabei eine ganze Reihe von Sachverhalten über einen Kamm, für die das keineswegs zutrifft.

Wir sollten verschiedene Formen des Terrorismus unterscheiden

Mein Vorschlag ist, zumindest drei Formen von Terrorismus zu unterscheiden, aber nur für zwei von ihnen den Begriff im engeren Sinn zu verwenden.

Erstens kann man von Terrorismus sprechen bei Vorgängen wie den Anschlägen der japanischen Aum-Sekte in der Tokyoter U-Bahn oder von Timothy McVeigh in den Vereinigten Staaten, also bei der Ausübung von Gewalt um der Gewalt willen.

Zweitens gibt es eine große Zahl von Erscheinungen, die dem Terrorismus zugeordnet werden, ohne dass dies in Wahrheit zutrifft. Ich meine alle Formen des politischen Widerstands im Rahmen nationaler Befreiungskämpfe, die sich mit einem klaren Programm gegen eine bestimmte Politik wenden, die als Unterdrückung empfunden und mit Gewalt beantwortet wird. Das Spektrum reicht von Tschetschenien über Nord-Irland bis nach Palästina. In allen diesen Fällen halte ich den Begriff Terrorismus für unangemessen. Er wird dort von den jeweiligen Regierungen meist nur dazu benutzt, den Gegner zu diffamieren, während eine Analyse der Ursachen der Gewaltanwendung unterbleibt.

Vor kurzem wurde in einer amerikanischen Zeitung darauf hingewiesen, dass die Anschläge der islamischen Fundamentalisten im Kaschmir, die von Pakistan aus in das indische Kaschmirgebiet eingeschleust werden, nur dann richtig zu bewerten und zu bekämpfen sind, wenn man gleichzeitig die indische Politik mit analysiert. Ich halte es jedenfalls für unzulässig, den Terrorismusbegriff auf sämt-

liche nationalen Befreiungskämpfe anzuwenden, und plädiere dringend für die Erforschung der jeweiligen Konfliktursachen, um so der Gewaltanwendung auf den Grund zu gehen und gezielte Überwindungsstrategien zu entwickeln.

Drittens geht es um die uns hier eigentlich interessierende Gruppe, die am 11. September 2001 tätig war. Das war zweifellos ein terroristischer Akt, der aber kein erklärtes politisches Ziel hatte. Meiner Ansicht nach ist die Verantwortung von Al Qaida, ganz zu schweigen von Bin Laden, keineswegs bewiesen. Wir haben uns nie die Mühe gemacht, das genau zu analysieren. Es hat weder Bekennerbriefe noch ein politisches Manifest gegeben, aus denen man eine politische Zielsetzung hätte erkennen können. Alles, was bei nationalen Befreiungskämpfen der Fall ist, fehlt hier. Was wir kennen, sind die Reaktionen verschiedener Umfelder, aus denen sich die wahrscheinlichen Motive der Attentäter ableiten lassen. Bekannt ist uns, dass hier der Nahost-Konflikt eine entscheidende Rolle gespielt hat, speziell die Unterdrückung der Araber, der Palästinenser, bis hin zur Präsenz amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien.

Ebenso gehört dazu das Problem der Armut, der ungleichen Verteilung der Güter in der globalisierten Welt. Dies bündelt sich dann in der Wahrnehmung und Ablehnung westlicher Dominanz. Man wehrt sich gegen einen so empfundenen Anspruch des Westens – nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der Europäischen Union –, ihre Interessen in der Welt ohne Rücksicht auf die davon Betroffenen durchzusetzen.

Ich halte es für eine zentrale Herausforderung, der Unordnung in der Welt dadurch zu begegnen, dass der Westen seine Dominanz erträglicher gestaltet, indem er die Belange der übrigen Welt besser berücksichtigt. Hierdurch würde – nach dem Nahost-Konflikt – die zweitgrößte Quelle des Terrorismus verstopft.

Der frühere deutsche Außenminister Kinkel hat kürzlich eine KSZE für den Nahen Osten vorgeschlagen. Dies ist eine hervorragende Anregung, die die Beteiligung der in dieser Region lebenden Menschen an der Beschlussfassung über die Probleme in dieser Region ermöglichen würde. Wenn es uns gelänge, die westliche Dominanz durch internationale Organisationen abzulösen, würde das dazu führen, diese wesentliche Quelle des Terrorismus zu beseitigen.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang den früheren CIA-Chef der Vereinigten Staaten, Robert Gates, der gesagt hat: »Man kann den Terrorismus nicht bekämpfen, man kann nur seine Quellen verstopfen und ihn auf diese Weise zum Erliegen bringen.« Ich teile diese Ansicht und möchte abschließend kritisch bemerken, dass in der Reaktion auf den 11. September eine Objektverschiebung in der Be-

Die Belange der übrigen Welt müssen besser berücksichtigt werden

*Soutou,  
Kaufmann*



kämpfung des Terrorismus stattgefunden hat. Statt uns um die Verstopfung der Quellen zu kümmern, führen wir einen Krieg gegen Afghanistan und betreiben eine einseitige Counterproliferationspolitik, die mit dem bisher geltenden System der Rüstungskontrolle in einer auf Kooperation beruhenden Weltordnung nichts mehr zu tun hat.

Wir müssen das akzeptieren, weil wir es ohnehin nicht ändern können, aber als Europäer sollten wir dafür sorgen, dass die genannten Quellen des Terrorismus erkannt und verstopft werden, um auf diese Weise die Weltordnung wiederherzustellen.

### **Kaufmann**

Es gibt keine Krise im transatlantischen Verhältnis

Mir fällt an unserer Debatte auf, mit wie viel Angst die Zukunft des transatlantischen Bündnisses gesehen wird. Nachdem ich 27 Jahre in der US-Armee gedient und die Balkanpolitik des Pentagon mitgestaltet habe, plädiere ich für eine beruhigendere Sicht dieser Beziehungen.

Ich vermute, es handelt sich bei der Angst hier um ein Generationsproblem. In einem Seminar mit Robert Pfaltzgraff an der Fletcher-Universität im letzten Jahr zum Beispiel teilten die Seminarteilnehmer meiner Generation im Militär die großen Sorgen über die Zukunft der Nordatlantischen Allianz nicht. Nach unserer Erfahrung gibt es die politischen Spannungen mit unseren Verbündeten in der NATO und der Partnerschaft für den Frieden (PFP) auf der Ebene der »boots on the ground«, also der konkreten operativen Ebene, nicht.

Die NATO funktioniert in der Praxis

In Bosnien und im Kosovo beispielsweise haben wir die russischen Truppen in unsere Missionen integriert und gemeinsame Einheiten unter unterschiedlichem nationalem Oberbefehl geschaffen. Mein Kollege Hauptmann Melville hat gerade Ähnliches aus Afghanistan und Pakistan berichtet. Auch wenn dies keine NATO-Mission ist, sorgt die NATO für eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Doktrin und einen Grad an Interoperabilität trotz der Kapazitätsunterschiede. Vor allem unsere Luftwaffenoffiziere sind über den technologischen Abstand besorgt. Das rührt von ihrer Erfahrung beim Lufteinsatz im Kosovo her, wo dies ein ernstes Problem war. Die Armeeeoffiziere sehen dagegen keine wesentlichen Probleme. Besonders aus der Sicht der Bodentruppen sind gemeinsame Übungen wichtig, da sie es uns ermöglichen, uns auf unsere Partner einzulassen und Abläufe zu standardisieren. In der Praxis besteht daher keinerlei Zweifel am Nutzen der NATO, ihrer Notwendigkeit und ihrer Rolle in der Welt.

Dies führt zum Generationenproblem zurück. Meine Generation im Pentagon und in der NATO hat sicherlich nicht die Einstellung: »Die NATO ist tot und hat



In der Praxis besteht daher keinerlei Zweifel am Nutzen der NATO, ihrer Notwendigkeit und ihrer Rolle in der Welt.

Kaufmann

keinen Wert.« Für meine Generation war es eine prägende Erfahrung, mit der NATO aufzuwachsen und eine NATO zu erleben, die von den 50er bis zu den 80er Jahren Sicherheit geschaffen hat. Insgesamt stimme ich voll mit Herrn Ischinger überein, dass es keine Krise der NATO gibt.

Ich hoffe, dass meine Bemerkungen nicht als pessimistisch, sondern einfach als offen aufgefasst werden.

Zunächst muss ich Herrn Czempiel widersprechen – das mag ein Beispiel für die erwähnten Wahrnehmungsunterschiede sein: Amerikaner lehnen generell die Vorstellung ab, dass man verschiedene Formen des Terrorismus aufgrund ihrer Ursache unterscheiden könnte. Terrorismus definiert sich durch den bewussten Einsatz von Gewalt gegen Zivilisten mit dem Ziel, Furcht und Schrecken auszulösen. Dies eint alle Gruppierungen, die sonst sehr unterschiedlich sein mögen. Diese Gruppen – von Kaschmir bis nach Palästina – greifen absichtlich Zivilisten, einschließlich Kinder, an, um ihre Absichten zu erreichen.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die amerikanische und europäische Verwirrung über die Rolle, die Europa in der neuen Weltordnung spielen will. Ein europäischer Kommentator hat die Metapher gebraucht, dass bei globalen Krisen »Amerika kocht und Europa den Abwasch macht«. Dieses Bild ist sehr aussagekräftig. Wenn Europa Führungsverantwortung bei Folgeoperationen wie in Afghanistan übernehmen möchte, dann erfüllt es eine wichtige Funktion. Wenn keiner den Abwasch macht, endet das Fest sehr dürftig. Zugleich ist es eine sehr undankbare Aufgabe, und, ehrlich gestanden, schätzt man in Amerika diese Rolle Europas nicht sehr.

Wenn Europa eine andere Rolle spielen will, muss es sich aber den harten Realitäten stellen. Amerikaner geben sicher zu, dass das Ergebnis besser wäre, wenn Europa beim Kochen helfen würde. Doch aufgrund des Machtgefälles ist Europa kein gleichwertiger Partner, sondern bleibt ein zweitrangiger. Und nach den frustrierenden Erfahrungen im Kosovo wird sich Amerika kein europäisches »Nein« hinsichtlich seiner Militäroperationen mehr gefallen lassen.

Mein Eindruck ist, dass Europa lieber sein eigenes Süppchen kochen würde, statt den USA zu assistieren. Ich persönlich würde eine unabhängige europäische Rolle auf der internationalen Bühne begrüßen. Europa könnte einen wichtigen Part übernehmen, indem es die von Amerika ignorierten Probleme angeht. Nehmen Sie zum Beispiel die AIDS-Krise in Afrika, ein großes Weltproblem, bei dem wir bald bedauern werden, es nicht angepackt zu haben.

**Singer**

Amerikaner unterscheiden keine Formen des Terrorismus

Europas neue Rolle: den Abwasch machen?

## Amerika kocht und Europa macht den Abwasch.

Singer

Für eine unabhängige Rolle muss Europa seine Verteidigung und Diplomatie stärken

Wenn Europa wirklich versuchen will, seine eigene Rolle zu entwickeln und in Antwort auf globale Krisen »seine eigenen Feste zu feiern«, wird es sich jedoch zwei wesentlichen Herausforderungen gegenübersehen.

Erstens muss Europa akzeptieren, dass es sehr teuer ist, ein globaler Akteur zu sein, und dass es genügend Zeit und Anstrengung investieren muss, um dafür gerüstet zu sein. Darum geht es letztlich bei der europäisch-amerikanischen Debatte um Verteidigungshaushalte: Europa muss seinen Reden sein Scheckbuch folgen lassen.

Die zweite Herausforderung bezieht sich nicht nur auf militärische, sondern auch auf politische Fragen, etwa Europas Wunsch, eine stärkere diplomatische Rolle zu spielen. Wenn Europa zu einem Fest einlädt, kann es sein, dass niemand kommt. Das passierte zum Beispiel mit den diplomatischen Initiativen im Nahen Osten. Weder die Israelis noch die Palästinenser wollten sich mit den Europäern treffen. Europa muss erkennen, dass, selbst wenn es eine wesentliche diplomatische Rolle spielen möchte, die übrige Welt manchmal nicht hinhört, weil Europa die Macht fehlt, der Diplomatie Nachdruck zu verleihen.

Da Europa bislang noch nicht herausgefunden hat, welche Rolle es spielen will, wird es interessant sein, den Suchprozess zu beobachten.

**Snyder**

Während die eine Seite hier darauf besteht, dass die transatlantischen Beziehungen in Ordnung sind, argumentiert die andere Seite, dass wir in den letzten sechs Monaten etwas erfahren haben, was Oberst Kaufmann richtig mit dem Etikett Angst versehen hat. Lassen Sie mich versuchen, beide Seiten zu versöhnen, indem ich mich auf die unbestreitbare moralische Bedeutung militärischer Macht konzentriere.

Das Machtgefälle zwischen Europa und den USA wächst

Das Gefälle herkömmlicher Macht zwischen Amerika und Europa deutete sich bereits im Golfkrieg und im Kosovo an und kam eindeutig nach dem 11. September zum Vorschein. Doch das Hauptproblem sind nicht Haushaltsbudgets oder Technologie, so wichtig sie sein mögen. Vielmehr ist es die Tatsache, dass »der Krieg in unserem Bewusstsein« nicht mehr in Europa stattfindet.

Solange wir über einen möglichen Krieg in Europa besorgt waren, kam den konventionellen Streitkräften Europas großes Gewicht zu, und der Balkan mag nur die Ausnahme sein, die diese Regel bestätigt. Dies begann sich zu ändern, als der 11. September unsere Aufmerksamkeit auf eine andere Region lenkte. Im Ergebnis fühlen sich die Europäer ohnmächtiger und die Amerikaner mächtiger als zuvor.



*Reiter, Schulze, Wolfson  
am Pariser Platz*

Ich habe dieses Phänomen psychologisch formuliert, aber ich denke, dass dahinter im Grunde ein realistisches Argument steckt. Der Realismus besagt, dass ein Hegemon Bündnisse eingeht, wenn er sie braucht, und sie aufgibt, wenn sie allzu mühsam werden. Zugleich erwartet ein Realist, dass Europa eine Armee aufbaut, die es mit den Vereinigten Staaten aufnehmen kann. Das Problem dabei ist, dass eine realistische Analyse nur Staaten als Akteure anerkennt. Europa ist kein Staat. Doch lassen Sie mich diese Aussage einschränken und einige weniger euroskeptische Bemerkungen anfügen.

Europa hat manche staatliche Eigenschaften, die nicht so sichtbar sind, die sich aber schneller entwickeln können, als wir meinen. Europa hat eine gemeinsame Währung, und es hat eine gemeinsame Grenze. Das sind grundlegende Attribute eines Staates. Das Schengener Informationssystem enthält die längste Liste unerwünschter Personen der Welt. Genau diese Fähigkeiten sind jetzt in den Augen der Amerikaner für einen Staat zentral wichtig.

Zusätzlich zu diesen Attributen eines Staates könnte man sich eine europäische Armee vorstellen. Vielleicht wäre eine europäische Militärschule ein Anfang. Allerdings glaube ich nicht, dass wir in der Zukunft eine europäische Fußballmannschaft erleben werden, die zeigen würde, dass Europa ein Land geworden ist. In diesem Sinne ist Großbritannien ja auch kein Land. Aber eine europäische Armee ist denkbar, so wie es eine britische Armee gibt.

Abschließend eine Bemerkung zu dem moralischen Dilemma, das sich aufgrund des transatlantischen Ungleichgewichts ergeben hat. Es wurde verschiedentlich vorgeschlagen, dass Europa dieses Ungleichgewicht ausnutzen sollte. So hieß es hier zum Beispiel, Europa sollte eine Position des »ja, aber« einnehmen und den moralischen Schutzengel oder Wachhund der Vereinigten Staaten spielen. Dagegen würde ich dreierlei einwenden: Zum einen laufen die Europäer Gefahr zu behaupten, dass etwas, weil es nicht getan werden kann, auch nicht getan werden sollte, mit einem Blick auf den Irak etwa. Zweitens ist es schwierig zu sagen: »Wir wollen verhandeln, während sie Gewalt benutzen«, da Diplomatie und der Einsatz von Gewalt wirksamer kombiniert werden können, wenn beides in einer Hand liegt. Drittens ist es psychologisch schwierig, sich darauf zu verlassen, dass man die militärische Streitmacht eines anderen benutzen kann.

Zunächst möchte ich Herrn Czempiel dezidiert widersprechen hinsichtlich unserer Kenntnis der Ursachen wie auch der verantwortlichen Täter des 11. Septembers. Ich halte es im Übrigen für irreführend, den wesentlichen Grund für den

Wird Europa zum Staat?

Das moralische Dilemma des  
Machtungleichgewichts

**Ischinger**

Wir brauchen nicht weniger Amerika,  
sondern mehr Europa.

Ischinger

Wir brauchen mehr Europa  
in der Weltpolitik

11. September in der Frustration über den Nahost-Konflikt zu sehen. Nichts lag und liegt Al Qaida und Bin Laden ferner als die konkreten Fragen des Nahost-Konflikts.

Wichtiger ist mir aber etwas anderes: Europa und seine weltpolitische Rolle. Für deutsche Ohren mag das banal klingen, denn es ist schon zu oft gesagt worden: Wir brauchen nicht weniger Amerika, sondern mehr Europa. Es ist meine schmerzliche Erfahrung der letzten Jahre, dass Europa sich unnötig schwer tut bei der Wahrnehmung seiner Interessen und der Herausbildung einer tatsächlich handhabbaren Macht. Ich habe beispielsweise vor sechs Jahren erlebt, dass der wieder errichtete Flughafen von Sarajevo allein von US-Außenminister Warren Christopher eingeweiht wurde, obwohl die EU dieses Projekt zu 85 Prozent finanziert hatte.

Ein anderes Beispiel aus diesen Tagen: Obwohl wir, die Deutschen und andere Partner der EU, die internationale Friedenstruppe zu 95 Prozent stellen, wird in Kabul so getan, als sei das ein amerikanisches Heimspiel. Ich lasse beiseite, ob es nicht auch aus amerikanischer Sicht eher kontraproduktiv ist, dass die Wahl von Präsident Karsai den Eindruck erwecken könnte, sie sei in Washington und nicht in Kabul entschieden worden. Aber dass der europäische Anteil an dem Gesamtgeschehen so wenig sichtbar wird, das ist unser Problem, und nur wir Europäer könnten das ändern.

Es ist zu hoffen, dass es dem Europäischen Konvent gelingt, dazu beizutragen, dass wir im Bereich der Außenpolitik das schaffen, was uns in der Handelspolitik gelungen ist. Wenn Pascal Lamy oder sein Kollege Monti als europäische Akteure in Washington erscheinen, werden sie ernst genommen, während mein Freund Javier Solana, dessen Arbeit ich sehr schätze, dort nach wie vor noch nicht so wahrgenommen wird, wie er es verdient.

Europa hat nach dem  
11. September nicht gehandelt

Nichts war so deprimierend wie die völlige Abwesenheit Europas als handelnder Akteur nach dem 11. September. Das ist, wie ich wiederhole, kein Vorwurf, den wir an die USA zu richten haben, sondern ausschließlich an uns selbst. Deshalb sollte im Konvent die Zusammenlegung der Ämter des Außenkommissars und des Hohen Repräsentanten diskutiert und umgesetzt werden.

**Wells**

Herr Ischinger hat dankenswerterweise das zum Ausdruck gebracht, was wir in den Vereinigten Staaten für die richtige und wohldokumentierte Analyse der Ursprünge der Anschläge vom 11. September ansehen.

Integration als Ziel  
amerikanischer Außenpolitik

Eine Bemerkung zum Begriff der Integration, den Herr Smyser erwähnt hat. In einer Rede hat Richard Haas vor kurzem Integration als ein prinzipielles



Caplan, Cohrs

Ziel der Außenpolitik der Bush-Regierung bezeichnet. Bislang ist es lediglich ein Ziel, aber lassen Sie mich einige ernste strukturelle Probleme dieser Politik aufzeigen.

In den USA haben wir große Schwierigkeiten, unsere Wirtschaftspolitik mit den anderen Politikfeldern zu integrieren. Nehmen Sie das Beispiel China. Das Finanz-, Handels-, Außen- und Verteidigungsministerium haben jeweils eine völlig andere Vorstellung darüber, wie wir mit China umgehen sollen. Manchmal werden die Schwierigkeiten gelöst; in den meisten Fällen jedoch nicht.

In Europa ist die EU für Handel und Entwicklungshilfe zuständig, jedoch nicht für Diplomatie und Militärfragen. Deshalb muss für eine integrierte Politik in Europa Konsens zwischen Brüssel und den nationalen Hauptstädten hergestellt werden.

Das wichtigste Integrationsversäumnis jedoch besteht zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Der Mangel an Kommunikation zwischen den Behörden der US-Regierung und der Europäischen Union ist ein ernsthaftes Problem. Die Abteilungen für Handel und Wettbewerb kommunizieren miteinander, aber die anderen politischen Entscheidungsträger reden allzu oft gar nicht miteinander. Daran müssen wir arbeiten, wenn die transatlantischen Beziehungen verbessert werden sollen.

Anschließend an Herrn Wells möchte ich mich auf ein zentrales Erfordernis sowohl zur Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft als auch zur Schaffung einer »Neuen Weltordnung« nach dem 11. September konzentrieren. Es ist die Notwendigkeit und Herausforderung, ein gemeinsames Verständnis dessen zu erreichen, was die Grundregeln dieser Partnerschaft und dieses Weltsystems sein sollen – und welche Aufgaben und Verantwortungen jeder der Partner übernehmen kann und sollte, um diese Regeln zu erhalten.

Die meisten der neuen Probleme, denen sich Amerikaner und Europäer gleichermaßen gegenübersehen, sind zweifellos globaler Natur. Dies gilt für die Eindämmung des globalen Terrorismus und seiner Ursachen – nämlich der Ungleichheiten zwischen den »westlichen« und den »Entwicklungsländern« – ebenso wie für die Herausforderung, lebensfähige regionale Sicherheitssysteme jenseits der nordatlantischen Hemisphäre zu schaffen, zum Beispiel im Nahen Osten – Systeme, die einen stabilen Rahmen für Entwicklung bilden.

Doch viele ältere und langfristige Probleme bleiben weiterhin auf der Tagesordnung, selbst wenn sie ein wenig in den Hintergrund gerückt wurden. Dazu

## Cohrs

Die Grundregeln des Weltsystems müssen bestimmt werden

Langfristige Aufgaben für das transatlantische Bündnis

gehört die Herausforderung, die Zone der Sicherheit und des Wohlstands der NATO und der EU nach Osten auszudehnen, möglicherweise bis hin zu einer Integration Russlands. Zugleich müssen sich, wie bereits erwähnt, Amerikaner und Europäer der Tatsache stellen, dass die Weltordnung nach dem Kalten Krieg sich als ein Hegemonialsystem herausgebildet hat, das von den Vereinigten Staaten dominiert wird. Es besteht somit ein offenkundiges Ungleichgewicht zwischen einem amerikanischen Hegemon, der wahrscheinlich eindeutiger dominiert als je einer in der neueren Geschichte, und einer einzigartigen, sich entwickelnden, aber sehr heterogenen Union europäischer Staaten. Darüber hinaus befindet sich diese Union in einem Prozess der Identitätsfindung und der Erweiterung, der wahrscheinlich nie ganz abgeschlossen sein wird. Zudem ist es unwahrscheinlich, dass die EU jemals die militärischen Kapazitäten erlangen wird, die mit denen der Amerikaner vergleichbar sind.

Vor diesem Hintergrund sehen sich Europäer und Amerikaner einer grundlegenden Herausforderung gegenüber: sich auf eine neue Lasten-Verteilung für das 21. Jahrhundert zu einigen. Sie müssen Wege und Mechanismen jenseits der Nordatlantischen Allianz finden, um zu entscheiden, wie sie als sehr unterschiedliche Partner zusammenarbeiten und in welchem Maß sie ihre besonderen Fähigkeiten integrieren können, um weltweite Probleme zu lösen.

Europa:  
Völkerrecht und Diplomatie

Viele Europäer behaupten, aus ihren Erfahrungen seit 1945 gelernt zu haben, wie sich Frieden und Stabilität durch politische und wirtschaftliche Integration fördern lassen. Sie haben daraus den Schluss gezogen, dass die Entwicklung internationaler Normen, eine Betonung diplomatischer Konfliktlösung und abgestimmter Polizeiarbeit wirksamer sein können als ein zu großes Vertrauen auf militärische Möglichkeiten und Gewalt. Doch die europäischen Politiker müssen auch entschiedener als zuvor zeigen, welche Kapazitäten sie aufbauen wollen und welchen konkreten Beitrag sie leisten können, um mit Krisen fertig zu werden. Und sie müssen eine gemeinsame Stimme finden, um dies Washington mitzuteilen. Wenn sie das nicht tun und insbesondere die Mittelmächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland zu ihren eigenen »nationalen Wegen« zurückkehren, wird es keinen substantiellen Fortschritt zu einer gemeinsamen europäischen Position geben. Doch selbst auf mittlere Sicht wird das europäische Projekt eher ein Prozess bleiben, als sich zu einem kohärenten Machtzentrum in internationalen Fragen zu entwickeln. Bestimmte Fähigkeiten – wie etwa eine europäische Armee – werden vielleicht niemals voll entwickelt.

EU-Erweiterung bleibt europäische Priorität

Angesichts dessen kann es für europäische Entscheidungsträger nur kontra-

produktiv sein, unrealistische Erwartungen aufkommen zu lassen: zu suggerieren, dass irgendwie ausreichend Energie und Mittel für die europäische Integration, den Erweiterungsprozess und zur Entwicklung einer europäischen Weltrolle zur Verfügung stehen. Es müssen Prioritäten gesetzt werden – und in nächster Zukunft werden das wahrscheinlich die innere Umstrukturierung und die Vollendung der EU-Erweiterung bleiben.

Für die amerikanische Seite stellen sich ganz andere, aber nicht weniger kritische Herausforderungen. Vor allem muss Amerika der Versuchung des hegemonialen Unilateralismus widerstehen und mit seinen europäischen Partnern und vorhandenen internationalen Organisationen und Bündnissen arbeiten, selbst wenn dies kurzfristig lästig ist und manchmal mit vorrangigen nationalen Sicherheitsinteressen in Konflikt gerät. Internationale Zusammenarbeit bleibt wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, die amerikanische Macht zu legitimieren und die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten für die übrige Welt langfristig akzeptabel zu machen. Letztlich wird die Aufstellung gemeinsamer Standards und Grundregeln für eine machbare Weltordnung stark davon abhängen, dass die USA sie auch akzeptieren und fördern.

Insgesamt benötigen wir in der Ära nach dem 11. September eindeutig enger integrierte Strukturen der transatlantischen Koordination und Kooperation – innerhalb und über den NATO-Rahmen hinaus. Realistischerweise wird sich dies zuerst auf die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen konzentrieren müssen. Am dringlichsten ist und bleibt die Zusammenarbeit bei Problemen, die der Stabilisierung und Entwicklung der Gebiete östlich und südlich der EU, insbesondere des Balkans, Mittelasiens und des Nahen Ostens, dienen. Durch eine konzertierte praktische Zusammenarbeit bei diesen Fragen sollten nicht nur die europäischen, sondern auch die amerikanischen Entscheidungsträger lernen, dass es im besten Interesse beider Seiten ist, komplementäre Strategien zu entwickeln: zu erkennen, was jeder Partner beitragen kann, welchen diplomatischen Kurs man steuern sollte und ob bzw. wann ein Rückgriff auf militärische Mittel die einzige oder beste verbleibende Option ist.

Wie Herr Singer würde auch ich vor der Gefahr warnen, militärische und diplomatische Aspekte zu trennen und von Anfang an eine zu strikte transatlantische Rollenverteilung einzuführen. Denn Diplomatie kann nicht sehr erfolgreich sein, wenn sie nicht von Macht und Gewalt als letztem Mittel unterstützt wird. Umgekehrt birgt die Verachtung für politische Konfliktlösungen und Grundsätze des internationalen Rechts durch einige Schlüssel-Figuren der Bush-Regie-

Amerika muss dem  
Unilateralismus widerstehen

Wir brauchen stärkere  
Kooperationsstrukturen

Keine strikte Rollenverteilung!



zung das Risiko, voreilig die militärische Option auf Probleme auszudehnen, die, wie die Irak-Frage, auf diese Weise gewiss nicht gelöst werden können.

Insgesamt können die unmittelbaren wie die strukturellen Herausforderungen bei der Schaffung einer nachhaltigeren Weltordnung nach dem 11. September zwar leicht zu großen Konflikten führen, verlangen aber dafür umso mehr nach einem neuen transatlantischen Konzert.

**Allin**  
Manchmal muss man mit  
Terroristen verhandeln

Wie Herr Singer bin ich etwas frustriert über die Bemerkung, es sei so schwierig, Terrorismus zu definieren. Meines Erachtens ist die Definition recht klar und schließt Gruppen von der IRA bis zu Selbstmordattentätern in Israel ein. Ich würde jedoch behaupten, dass die US-Regierung sich selbst in eine rhetorische Sackgasse gebracht hat, als sie nach dem 11. September sagte: »Entweder seid ihr für uns oder gegen uns«, um klarzumachen, dass sie nicht mit Terroristen verhandeln würde. Denn manchmal ist es notwendig, mit Terroristen zu verhandeln. Die IRA ist zweifellos eine terroristische Organisation, aber die britische Regierung hat entschieden, dass es klug war, ihren politischen Arm Sinn Fein in die Politik einzubinden.

Ich weise auch Herrn Czempiels Behauptung scharf zurück, Al-Qaida und Bin Laden hätten kein Programm oder »terroristisches Manifest«. Im Gegenteil hat Bin Laden sehr klar vor dem 11. September verkündet, dass es die Pflicht jedes frommen Muslim sei, Amerikaner zu töten, wann immer er das könne, seien es Zivil- oder Militärpersonen. Überdies hat er eine Reihe religiöser und territorialer Forderungen gestellt, die das Ende der Schändung heiliger muslimischer Orte durch Amerika in Saudi-Arabien einschloss.

Nach amerikanischer Auffassung lassen sich Terroristen nicht beschwichtigen. Selbst ein Rückzug aus Saudi-Arabien würde dem ersten Teil des Programms nicht genügen: Amerikaner zu töten, wo immer möglich. Wenn wir bestreiten, dass die Terroristen ein Programm haben, ignorieren wir schlicht diese Ungeheuerlichkeit. Wie Herr Litwak sagte: Wenn sie die Möglichkeit hätten, eine Million Amerikaner zu töten, so würden sie es tun. Und diese Möglichkeit könnte Realität werden.

Gibt es Alternativen zum  
präventiven Angriff?

Um bei dieser konfliktbetonten amerikanischen Sichtweise zu bleiben, möchte ich mit einer polemischen Frage schließen. Sie bezieht sich auf die Prävention, insbesondere auf den wahrscheinlichen amerikanischen Präventivschlag gegen den Irak. Während ich die beunruhigenden und zerstörerischen Folgen einer einseitigen amerikanischen Aktion anerkenne, möchte ich doch den Geg-



nen eines präventiven militärischen Vorgehens die Frage stellen, welche Alternativen sie vorschlagen.

Herrn Allin möchte ich sagen, dass menschliche Motive in der Regel sehr komplex sind. Religiöse und politische Ziele können im Kopf eines Akteurs gleichzeitig vorhanden sein. Deshalb müssen wir die Frage nach den Zielen von Al Qaida beantworten. Wollen sie so viele Amerikaner wie möglich töten, oder töten, um ein anderes Ziel zu verwirklichen?

Ich möchte eine weitere Frage stellen: Übertreiben wir die Bedeutung des 11. September? Für die meisten Amerikaner ist der 11. September sicher das bedeutendste Ereignis der letzten Jahre. Doch dies hat mit dem Schock-Charakter der Anschläge zu tun und mit der Tatsache, dass die Amerikaner sehr im Augenblick leben und nicht historisch denken. In 20, 30 oder 50 Jahren werden Historiker wahrscheinlich sagen, dass der 11. September für die Weltgeschichte weniger relevant gewesen ist. Dagegen wird man die Einführung des Euro wahrscheinlich als das bedeutendste Ereignis der letzten Jahre ansehen, weil sie einen Bruch in dem jahrtausendlangen Kampf um Vorherrschaft in Europa darstellt.

Meine letzte Frage bezieht sich auf die Gründe für einen globalen Krieg gegen den Terror. Warum wird der Krieg nach Afghanistan fortgesetzt? Natürlich sind das Bekämpfen einer Bedrohung und der Versuch, innenpolitische Unterstützung dafür zu gewinnen, Gründe für den Krieg. Doch es gibt einen weiteren Grund: Amerika braucht einen Feind. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde dies durch die Diskussion verdeutlicht, ob der pan-islamische Fundamentalismus oder ein aggressiver chinesischer Nationalismus jetzt der Rivale des westlichen demokratischen liberalen Kapitalismus sein werde. Wir müssen uns die Frage stellen, warum Amerika einen Feind braucht und was Europas Rolle in diesem Kontext sein soll. Der Hinweis von Herrn Reynolds, dass Europa als eine »ja, aber«-Kraft handeln sollte, d. h. als eine zurückhaltende oder lenkende Kraft für Amerika, scheint mir in dieser Hinsicht sehr hilfreich.

Als Antwort auf Herrn Ischinger stelle ich fest, dass er mit seiner Einschätzung ziemlich allein steht. Dass es sich beim Nahost-Konflikt um eine der wichtigsten Quellen des Terrorismus handelt, haben zuerst der amerikanische Außenminister Powell, dann der deutsche Außenminister Fischer und anschließend so gut wie alle europäischen Außenminister verkündet. Deshalb meine ich, wir sollten uns den Quellen des politischen Terrorismus analytisch wie politisch intensiv zuwenden.

## **Shore**

Übertreiben wir die Bedeutung des 11. September?

Braucht Amerika einen Feind?

## **Czempiel**

Der Nahost-Konflikt ist eine Ursache des Terrorismus

Ergänzend zu meinen Ausführungen von vorhin möchte ich feststellen: Mit Al Qaida ist zum ersten Mal ein gesellschaftlicher Akteur mit globalen Ambitionen und globalen Aktionsmöglichkeiten aufgetreten. Das sollten wir bitter ernst nehmen und uns sehr darum kümmern, wie man dieser Gefahr Herr werden kann, statt dass wir uns mit leicht zur Hand gehenden Argumenten zufrieden geben.

## II. Globalisierung gestalten – ökonomische und politische Herausforderungen

Wir werden unsere Diskussion über die transatlantischen Beziehungen jetzt ausweiten, um unterschiedliche Perspektiven zur Globalisierung zu erörtern – ihre Chancen und Risiken im wirtschaftlichen wie im politischen Sinne, die Möglichkeiten und Erfordernisse, die entstehende neue Weltordnung zu formen, und nicht zuletzt der Einfluss der Globalisierung auf die Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Könnte der Globalisierungsprozess die neue gemeinsame Aufgabe für die transatlantische Gemeinschaft sein, deren Bedeutung in diesem Forum mehrfach betont wurde?

Die Globalisierung ist weiter fortgeschritten, als die verbreiteten Klischees nahe legen: Als ich am 11. September in London aus dem Flugzeug stieg und meine Tochter mich im Taxi anrief, um mir zu sagen, dass ein Flugzeug in das World Trade Center gerast war, habe ich mir Sorgen gemacht über die 2000 Kollegen der Deutschen Bank, die in New York in der Liberty Street 130 arbeiten, einem Gebäude in unmittelbarer Nähe des World Trade Centers, das bis heute nicht betreten werden kann. Einer der Mitarbeiter der Deutschen Bank, er stammt aus Iserlohn, hat am 11. September einen amerikanischen Kollegen vertreten, um einen Kunden im 98. Stock des World Trade Centers zu besuchen. Er rief nach dem Anschlag seine Freundin an – und dann niemanden mehr. Ich möchte mit diesem Beispiel sagen, dass wir nicht nur betroffen waren, weil unsere Verbündeten, die Amerikaner, getroffen waren, sondern dass wir selbst unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Das, was am 11. September geschehen ist, war zweifellos auch eine terroristische Attacke auf unser westliches, offenes, marktwirtschaftliches System. Und wenn die Reaktion auf diesen Anschlag das wettbewerbliche System in seiner Grundlage gefährdet, weil Protektionismus und der Wunsch, sich abzuschließen, dominieren und weil die Entwicklung von Feindbildern die Trennung der Welt in verschiedene Gruppierungen bewirkt, dann könnte es sein, dass der Krieg gegen den Terrorismus das Geschäft der Terroristen vollendet. Genau das müssen wir verhindern.

Ein weiterer Gedanke ist die Frage, welche Rolle die Bilder, Kommentare und Informationen der Medien spielen. Wenn Europa in diesem Kontext eine geringere Rolle spielt als die durch CNN vermittelte amerikanische Position, dann liegt das auch am Sprachproblem: In unserem heutigen europäischen Parlament gibt es 120 Sprachpaare, und in dem europäischen Parlament von übermorgen mit 25 bis 30 Mitgliedsländern wird es 400 Sprachpaare geben. Wenn wir nicht bald Eng-

**Dahrendorf**

**Walter**

Globalisierung ist weit fortgeschritten

Der Krieg gegen den Terrorismus darf das offene, westliche System nicht bedrohen

Europa braucht Englisch als gemeinsame Sprache

Die gesellschaftlich-politische  
Ordnung aus europäischer Sicht

lisch als gemeinsame Zweitsprache in allen europäischen Grundschulen vermitteln als Voraussetzung für die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit, dann werden wir noch lange theoretisieren können über die Unterbewertung Europas im internationalen Konzert. Die gemeinsame Währung ist ein Fortschritt für ein stärkeres Europa, aber das wird nicht genügen.

Lassen Sie mich nach diesen Vorbemerkungen zur bisherigen Diskussion nun zu den ökonomischen und politischen Herausforderungen kommen, genauer zur europäischen Sicht. In der Tradition von Adam Smith und anderen Autoren der Politischen Ökonomie kann die Reihenfolge nur umgekehrt sein: Ohne einen gesellschaftspolitischen Konsens ist eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht gestaltbar. Wir müssen also zuerst über die gesellschaftlich-politische Ordnung sprechen und fragen, ob es dazu Konzepte aus europäischer Sicht gibt.

In der Tat gibt es diese europäischen ordnungspolitischen Vorstellungen mit starken deutschen und österreichischen Beiträgen, und es gilt immer wieder, diese Konzeptionen in Erinnerung zu bringen. Leider hat der große ordnungspolitische Denker Walter Eucken in weniger gutem Deutsch geschrieben – und anders als bei Karl Marx fehlt uns eine gute englische Übersetzung. Deshalb ist vieles von dem, was auch heute noch zur Grundlage von konsensfähiger marktwirtschaftlicher Ordnung beitragen könnte, national und – mehr noch – international nicht vermittelt worden.

Ich möchte hier anknüpfen an den österreichischen Ordnungsdenker von Hayek, der als unerlässliche Grundlage einer funktionierenden freiheitlichen Gesellschaftsverfassung die Trias von Privateigentum, Familie und Aufrichtigkeit (»honesty«) genannt hat. Schaut man sich auf dieser Basis die USA an, dann halte ich den Schutz des Privateigentums dort für vorbildlich – bis hin zum »shareholder value«. Aber dass der Westen, die Amerikaner ebenso wie die Europäer, in Bezug auf die Familie nicht mehr viel zu bieten haben, das scheint mir ebenso deutlich zu sein. Dies gilt es zu bedenken, insbesondere angesichts unserer naiven Überlegenheitsgefühle gegenüber dem Islam. Hier bringen wir uns mit unserer permissiven und gegenwartsfixierten Lebensweise um unsere Zukunft. Und was den Punkt Aufrichtigkeit angeht: Wenn die Tätigkeit von Anwälten und Wirtschaftsprüfern die Ethik in Gesellschaft und Wirtschaft ersetzen, dann wird uns das ruinieren. Wir brauchen ethische Standards, die dann auch wirklich befolgt werden. Das alles können wir bei von Hayek lernen.

Schaffung einer globalen  
Wirtschaftsordnung

Walter Euckens Lehre zur Bedeutung eines effektiven Preissystems, eines intakten Wettbewerbs mit der Sicherung von Markteintritt und Marktaustritt



Walter, Stütze

gehört ebenso in diesen Zusammenhang. All diese Faktoren sind unbedingt erforderlich als regulatorisches Rahmenwerk gesellschaftlich gedeihlicher wirtschaftlicher Prozesse. Und dies gilt im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr nur national, sondern wir müssen auf dieser ordnungspolitischen Basis eine globale Wirtschaftsordnung schaffen. Dann heißt die Frage natürlich aber: »Wie geht das bitte?« In einem Nationalstaat waren die Antworten darauf klar. Der Nationalstaat stellt diesen Rahmen zur Verfügung. Wie verhält es sich aber damit in der globalisierten Welt? Eine Weltregierung als theoretische Antwort auf diese Herausforderung ist so wenig wünschenswert, dass wir darüber nicht lange zu reden brauchen.

Wir haben heute über verschiedene Aspekte des europäisch-amerikanischen Verhältnisses diskutiert. Hieran anschließend wäre zu fragen: Sollen die in den USA bestehenden Regelungen wegen ihrer Modellhaftigkeit global gelten? In der Praxis ist derzeit eine Alternative nicht erkennbar. Das könnte sich ändern, vielleicht sollte es sich sogar ändern. Nach meiner Einschätzung gibt es für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre nur eine Region, die an dieser Vormachtstellung etwas ändern kann: Europa. Danach, aber nicht vorher, kann es sein, dass Asien, und dort vor allem China, eine Herausforderung darstellt und die Koordinaten des gegenwärtigen geostrategischen Systems ändert.

Bevor ich die Antworten skizziere, die Europa geben sollte, um die globale Ordnung mitzugestalten, möchte ich über die internationalen Herausforderungen sprechen, die wir zu bewältigen haben. Eine der größten ist der weitere technische Fortschritt. Das heißt, wir werden noch mehr als bisher erleben, dass die bisherigen Möglichkeiten der Regelung von Sachverhalten auf den Ebenen des Lokalen und Nationalen zunehmend obsolet werden. Die Wertschöpfungsketten von Unternehmen werden in Zukunft kaum mehr in einer nationalen Zuordnung identifizierbar sein. Träger unternehmerischer Ideen kümmert es nicht, ob ihre Kooperationspartner in der gleichen Zeitzone oder im gleichen Land tätig sind. Es sind andere Kriterien, die zur Zusammenarbeit führen, und soweit es sich um virtuelle Produkte handelt, was immer öfter der Fall ist, kann die Wertschöpfungskette nahezu beliebig über Zeitzonen und nationale Zugehörigkeiten hinweggehen. Dies entmachtet Hierarchien in Unternehmen und in der Politik.

Die zweite wichtige Veränderung betrifft die Demografie. In den meisten westlichen Ländern gibt es weniger Geburten, als zur Aufrechterhaltung des Bevölkerungsbestandes nötig ist. Dies betrifft so unterschiedliche Länder wie Russland, Dänemark und Deutschland. Die einzige ernst zu nehmende Ausnahme

Internationale Herausforderungen:  
Nationale Regelungen werden obsolet

Demografische Herausforderungen

Lediglich die Manager von Fußballvereinen verstehen, dass die internationale Wanderung von Arbeitskräften notwendig ist, sollen Fußballspiele auch künftig attraktiv und Stadien voll bleiben.

Walter

sind die Vereinigten Staaten, wo die Geburtenrate – für längere Zeit jedenfalls noch – diesen Befund einer schrumpfenden Bevölkerung nicht erwarten lässt. In den Entwicklungsländern ist, obwohl auch dort die Geburtenraten zurückgehen, wegen der sich vermindernenden Kindersterblichkeit für eine gewisse Zeit sogar noch eine weitere Verjüngung der Bevölkerung zu erwarten. Ich betone das, weil damit Märkte auf der Nachfrageseite wachsen, während in der Alten Welt Märkte natürliche Beschränkungen aufweisen. Um ein Beispiel zu nennen: An wen wollen Sie in Deutschland Ihr Haus verkaufen, wenn anstatt 80 Millionen Menschen dort in 40 Jahren nur noch 55 Millionen leben werden?

Migrationsdruck

Weit wichtiger ist jedoch, was auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes passiert. Mit der Verringerung der Geburtenrate werden die Arbeitskräfte immer älter. Älteren Mitarbeitern fällt es jedoch schwerer, mit dem immer schnelleren technischen Fortschritt umzugehen und sich für Neuerungen zu öffnen. Sie stützen sich eher auf ihre erworbenen Kenntnisse. Die Bereitschaft, Risiken zu übernehmen und Neues zu wagen, nimmt damit ab. Mit anderen Worten: Im Zuge des Alterungsprozesses und der Schrumpfung der Bevölkerung wird es ökonomisch immer risikoreicher, in Europa zu investieren, und andererseits wird das Moderne, die Anpassung an die neuen Herausforderungen der Welt, dort, wo junge Menschen sind, immer leichter. Diese veränderte Konstellation wird in der Alten Welt die Herausforderungen an die Politik und an uns alle dramatisch verändern. Dies wird dazu führen, dass der weltweite Wanderungsdruck ungeahnte Ausmaße annehmen wird. Während wir vor allem in Europa es geradezu für ein Grundrecht halten, dass das Kapital sich frei auf dem Globus bewegen kann und die Eigentumsrechte daran entsprechend geschützt werden, lehnen wir die generelle Freizügigkeit von Arbeitskräften ab. Es soll allein in unser eigenes Belieben gestellt sein, wen wir zu uns lassen wollen. Dies ist zwar eine falsche und völlig illusorische Vorstellung, aber sie ist politisch opportun. Lediglich die Manager von Fußballvereinen verstehen, dass die internationale Wanderung von Arbeitskräften notwendig ist, sollen Fußballspiele auch künftig attraktiv bleiben und Stadien gefüllt werden.

Ungleiche Vorteile durch Globalisierung

Die Globalisierung wird von den Konsumenten weltweit als Selbstverständlichkeit begriffen und gefordert, während sie von Produzenten und von Arbeitskräften in den Sektoren abgelehnt wird, die durch den Wettbewerb gefährdet sind. Letztere fordern von der nationalen und der lokalen Politik den Schutz ihrer Interessen. Die gleichen Leute, die Konsumentenfreiheit fordern, sind nicht bereit, auf Seiten des Arbeitsangebots gleichermaßen Freizügigkeit zuzugestehen.

Dann nämlich müssten sie auch bereit sein, sich auf die neuen Herausforderungen entsprechend einzustellen. Das ist inkonsequent. Und es geht zu Lasten jener Länder, die politisch schwächer sind als Amerika und Europa und die sich nicht gegen deren Übermacht wehren können. Eben das macht die Antiglobalisierungsproteste verständlich.

Was folgt aus dieser Analyse? Erstens: Die Vereinigten Staaten sollten sich an ihre große Zeit während des Zweiten Weltkrieges erinnern, als sie bereit waren, das Bretton Woods System zu konzipieren und später zu etablieren. Damals sahen das Pentagon und das State Department eine ihrer Hauptaufgaben darin, dort, wo man militärisch engagiert war, gleichzeitig »nation-building« zu betreiben. Ich werde eine Geschichtsstunde nie vergessen, die mir der damals 92-jährige John McCloy erteilt hat, als er mir die Rolle des Pentagon für die Entwicklung der deutschen Nation nach dem Zweiten Weltkrieg eindringlich schilderte. Ich erinnere nur an die Bedeutung des RIAS Berlin für die Schaffung eines freiheitlichen und demokratischen Deutschland. Ich denke, Amerika sollte verstehen, dass die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe heute wiederum im Rahmen der Globalisierung wichtig wäre.

Das Zweite sind die europäischen Hausaufgaben auf dem Wege zu einem geeinten Europa, wie es Janusz Reiter dargelegt hat. Wir müssen lernen, mit den Amerikanern auf gleiche Augenhöhe zu kommen, dadurch, dass wir uns stärker anstrengen und zum Beispiel nicht nur 35 Stunden pro Woche arbeiten, mit 30 Jahren noch auf der Universität sind und dann mit 57 in Rente gehen. Amerikaner arbeiten im Durchschnitt 400 Stunden pro Jahr mehr als Deutsche. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Drittens brauchen wir in Europa Institutionen, die nicht für einen Club von 6 und in Wirklichkeit sogar für einen Club von 2 plus einigen Kleineren ausgelegt sind, sondern die in ferner Zukunft für 30 Nationen geeignet sind, wozu auch die Folgestaaten Jugoslawiens zu rechnen wären. Das bedeutet, dass die demokratische Legitimität des Europäischen Parlaments gesteigert werden muss und dass der Europäische Rat zu Mehrheitsentscheidungen übergehen muss. Und solange es keine europäische Regierung gibt, müssen wir darauf achten, dass die Institution, die Europa derzeit voranbringt, die Europäische Kommission, im Erweiterungsprozess ihre zentrale Stellung behält. Europa ist im Verlaufe der letzten 20 Jahre entscheidend durch die hohe Qualität von EU-Kommissaren geprägt worden. Dies gilt beispielhaft für die letzten drei Wettbewerbskommissare, die für

Schlussfolgerungen: USA sollen ihre Aufgabe wahrnehmen

Europa muss sich stärker anstrengen

Europäische Institutionen reformieren

Hirsch



Bretton Woods System  
wiederbeleben

eine marktwirtschaftliche Orientierung Europas gesorgt haben: Leon Brittan, Karel van Miert und nun Mario Monti. Dies ist eine Qualität Europas, die Amerika versteht und respektiert, die uns beide voranbringt und die globale Ordnung verbessert.

Das amerikanische und das europäische Modell sind zwei Varianten, die weltweit als Vorbilder zur Diskussion stehen. Aber wir müssen natürlich auch, um die anderen Teile der Welt einzubeziehen, beim Bau internationaler Organisationen mehr voranbringen, als das bislang der Fall ist. Bei aller diskutablen Kritik: Wenn es den IMF und die Weltbank nicht gäbe, müssten wir beide erfinden. Dass die Globalisierungsgegner sich gegen die Welthandelsorganisation richten, zeigt, in welcher Verblendung sie sich befinden. Denn wenn eine internationale Organisation für die Interessen der Dritten Welt relevant war, ist und bleiben wird, dann die Welthandelsorganisation. Wenn demokratische Legitimation irgendwo vergleichsweise breit gegeben ist, dann gerade dort. Wir brauchen also diese Bretton Woods Institutionen, wenn auch gewiss mit neuem Fokus und mit stärkerer Unterstützung.

Welt-Umweltbehörde und  
Welt-Finanzbehörde schaffen

Wir sollten darüber hinaus der globalen Ordnung zu zwei weiteren Pfeilern verhelfen, die dringend erforderlich sind: Das eine ist eine Welt-Umweltbehörde; wir brauchen statt einer »Roaming Conference for the Environment« eine Institution von der Statur und Kraft der Welthandelsorganisation. Und zweitens brauchen wir dringend eine »world financial regulatory authority«, denn das, was wir jetzt haben, ist vollkommen unzureichend. Eine solche Institution brauchen wir sehr, sehr schnell. Wenn behauptet wird, dass die Finanzmärkte sich selbst kontrollieren könnten, ist das völliger Unsinn. Wir brauchen dazu einen Regulator und hierzu die Zusammenarbeit amerikanischer und europäischer Behörden bei expliziter Berücksichtigung der Interessen Dritter. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und das Global Stability Forum können hierzu Kristallisationskerne sein.

**Hirsch**

Ich möchte Ihnen einige Überlegungen aus der Perspektive New Yorks und der Vereinten Nationen darbieten. Mir gefällt der Titel »Globalisierung gestalten – ökonomische und politische Herausforderungen«, und ich möchte etwas provokativ fragen, welche Herausforderung die Globalisierung darstellt. Ich habe meine Bemerkungen »Realität oder Chimäre?« genannt, um zu hinterfragen, ob Globalisierung nicht eine Chimäre ist.

Das Wohlstandsgefälle wächst

Aus westlicher Sicht ist die Globalisierung eine Erfolgsgeschichte. Wir verste-



hen darunter die Ausbreitung der Konsumgesellschaft mit ihren bekannten Symbolen wie McDonald's, Coca Cola, dem Internet und Handys. Wir glauben, dass dies das Leben der Menschen verbessert.

Für die Entwicklungsländer jedoch ist die Realität sehr viel bitterer. Was Barbara Ward in ihrem bekannten Buch von 1969 *The rich nations and the poor nations* vorausgesagt hat, ist Realität geworden. Ohne grundlegende globale und politische Reformen ist die Kluft zwischen der entwickelten Welt und den Entwicklungsländern größer geworden. Dieser wachsende Abstand hat für uns alle grundlegende Sicherheitsimplikationen und menschliche Folgen. Das Wohlstandsgefälle zu verringern ist heute unsere Hauptherausforderung. Die Hauptfrage, die wir uns stellen sollten, lautet deshalb: Welche Politik sollten wir, die entwickelten Länder, gegenüber den Entwicklungsländern verfolgen?

Die Industrie- und die Entwicklungsländer reden gegenwärtig häufig aneinander vorbei. Wenn auch unabsichtlich, klingt der Westen oft paternalistisch. So zum Beispiel bei dem hier gemachten Vorschlag, die Entwicklungsländer sollten uns nachmachen und unsere wirtschaftlichen und politischen Modelle übernehmen. Leute aus Entwicklungsländern auf der andere Seite bringen häufig nur eine Litanei von Klagen vor, ohne Vorschläge zu machen, was sie auf ihrer Seite tun könnten. Wir sind noch weit davon entfernt, aber wir sollten eine konzeptionelle und intellektuelle Partnerschaft zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern entwickeln und sie in spürbare Verbesserungen der allgemeinen Politik und der Wirtschaftspolitik übersetzen.

Wo stehen wir heute? 55 Jahre nach der Schaffung der Bretton Woods-Institutionen sind die Leistungen von Weltbank und IMF in der Entwicklungspolitik bestenfalls gemischt. Sogar die asiatischen Tigerstaaten, die in den frühen 80er Jahren angesichts des Wirtschaftsbooms in Korea, Japan, Malaysia und Singapur als große Erfolgsstory dargestellt wurden, sind Ende der 80er Jahre in Wirtschaftskrisen geraten. Das zeigt, dass es kein »asiatisches Modell« gibt und dass die Bretton Woods-Institutionen kein Modell entwickeln konnten. Deswegen spricht James Wolfensohn, der Präsident der Weltbank, zu Recht weiter von der Notwendigkeit, die Politik der Bank neu zu bewerten.

Auch der IMF ist heftig kritisiert worden, weil seine Strukturanpassungsmaßnahmen mit erheblichen Leiden verbunden waren, ohne in den meisten Fällen wirtschaftliche Reformen auf den Weg zu bringen. Die Brotpreisunruhen in Kairo in den 90er Jahren beispielsweise haben gezeigt, wie schmerzhaft diese Politik war.

Weltbank und IMF schufen  
kein Entwicklungsmodell



Schreckliche Erbschaft  
des Kolonialismus

Aus der Sicht der Entwicklungsländer fällt eine Bewertung der über 40 Jahre seit Beginn der Entkolonialisierung auch nicht viel positiver aus. Die Erbschaft des Kolonialismus war schrecklich. Keine der Kolonialmächte hat ihre früheren Besitzungen sinnvoll auf die Unabhängigkeit vorbereitet. In der frankophonen Welt ist das vielleicht ein wenig besser gelaufen als in der anglophonen, doch wie viele Leute waren darauf vorbereitet, Finanz- oder Außenminister zu werden? Seit 30 oder 35 Jahren erleben fast alle diese Länder den entsetzlichen Kreislauf von schlechten Regierungen, Einparteien-Staaten und Militärdiktaturen. Hinzu kommt, dass viele von ihnen bis zu den frühen 90er Jahren dem sozialistischen Wirtschaftsmodell folgten. Sie suchten bei der Sowjetunion Hilfe und Schutz und versuchten, das sowjetische Modell nachzumachen. In manchen Fällen, wie in Tansania unter Nyerere, versuchte man, eine afrikanische Version des Sozialismus zu entwickeln, aber auch ohne viel Erfolg. All das Geld, das die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Frankreich in die Entwicklungsländer geschüttet haben, um ihre Kolonialinteressen während des Kalten Kriegs aufrechtzuerhalten, hat nichts zur Entwicklung dieser Länder beigetragen. Es wurde einfach verschwendet und zahlreiche Kriege finanziert.

Bodenschätze bringen  
keine Entwicklung

Eines der Probleme, auf das wir uns in der Internationalen Friedensakademie in New York konzentriert haben, sind die wirtschaftlichen Ressourcen der Entwicklungsländer: Diamanten, Platin und andere Bodenschätze waren meist Anlass für Krieg und Konflikt. In den meisten Entwicklungsländern wurden diese Mineralien und andere Bodenschätze wie Öl nur zum Vorteil einiger weniger ausgebeutet. Den Bevölkerungen haben sie keinen spürbaren Nutzen gebracht.

Vor einigen Jahren las ich in einem Artikel, dass Angola damals das höchste Wachstum des Prokopfeinkommens in der Welt hatte. Dies war den Erdölreserven Angolas zuzuschreiben. Aber kein normaler Mensch in Angola hat auch nur 25 Cents von diesem Öl bekommen. Die einzigen Nutznießer waren Caltex, die Regierung Luandas und einige Mittler. Ein weiteres strukturelles Problem der Entwicklungsländer war immer ihre Abhängigkeit von den Weltrohstoffmärkten. Wenn diese Märkte einbrechen, brechen sie auch ein.

Nach Ende des Kalten Kriegs:  
Demokratisierung und Liberalisierung

Wir befinden uns jetzt 12, 13 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs, und die offizielle Rhetorik der Vereinigten Staaten und Europas ermutigt die Entwicklungsländer, Demokratie und wirtschaftliche Liberalisierung voranzubringen. Als Bill Clinton Präsident wurde, vertrat er die Position, dass Länder nicht mehr für ihre Opposition gegen den Kommunismus finanziert werden sollten, sondern für



die Implementierung der von uns als richtig erachteten wirtschaftlichen und politischen Reformen. In den Entwicklungsländern nimmt man dem Westen übel, dass er sich das Recht anmaßt, ihnen vorzuschreiben, wie sie ihr politisches und wirtschaftliches System betreiben sollen.

Aus amerikanischer Sicht indes gab es einige wirkliche Fortschritte unter Clinton, insbesondere bei der NAFTA und der WTO. Clintons Finanzminister Robert Rubin, zu Recht als ein großer Intellekt gefeiert, hat dazu einen großen Beitrag geliefert. Doch diese Erfolge bleiben sehr begrenzt. Entwicklungsländer sehen immer noch das Interesse des Westens, seine wirtschaftliche und politische Hegemonie zu erhalten, als das Hauptmotiv hinter der Globalisierungsagenda. Lomé I-IV und die Doha-Verhandlungen sind für sie nichts weiter als leicht modifizierte Fortsetzungen der Handels- und Entwicklungsbeziehungen aus der Kolonialzeit.

In den Vereinigten Staaten bedurfte es jahrelanger Verhandlungen, um den »African Growth and Opportunity Act« (AGOA) zu verabschieden, der von allen Kongressmitgliedern des Südens bitter bekämpft wurde, obwohl die amerikanische Textilindustrie davon kaum bedroht wurde. Die Clinton Regierung hat dieses Gesetz als einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas hingestellt. In Wirklichkeit mag es einige Vorteile für Textilproduzenten in Ghana und vielleicht in Kenia mit sich bringen, aber die werden nicht sehr bedeutsam sein.

AGOA

Eine weitere Initiative, die man als einen großen Beitrag zur Verringerung des Wohlstandsgefälles verkauft, ist die Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC). Doch HIPC enthält derart viele Bedingungen, dass außer Uganda und dem Senegal kaum andere Länder dafür in Frage kommen. Selbst für die wenigen Länder, welche die Bedingungen erfüllen, enthält HIPC viele Konditionalitäten. Ich unterstütze zwar diese Konditionalitäten, zweifle jedoch daran, dass HIPC etwas bewirken wird. Viele meinen, ein Schuldenerlass ohne Bedingungen wäre wirksamer.

HIPC

Das bringt mich zur Rolle der Vereinten Nationen. Wie viele von Ihnen wissen, gab es im März in Monterey eine UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, und im August 2002 wird ein großer internationaler Gipfel in Johannesburg zur nachhaltigen Entwicklung stattfinden. Die große Neuigkeit in Monterey war Präsident Bushs Ankündigung einer bescheidenen Erhöhung der amerikanischen Entwicklungshilfe. Wieder bin ich skeptisch, ob dies viel bewirken wird.

Die neueste Initiative von afrikanischer Seite ist die New Economic Policy for African Development (NEPAD). Ihre Hauptvertreter sind die Präsidenten von Süd-

NEPAD

Falsche Versprechungen  
des Westens

afrika, Nigeria, Senegal, Algerien und Ägypten. In zwei Wochen wird sich die G8 in Kanada treffen, um ihre Antwort auf NEPAD zu erörtern. Dem soll ein Treffen über NEPAD auf Außenministerebene bei der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2002 folgen. Wir werden sehen, ob aus dieser Initiative eine neue Partnerschaft wächst, in der die afrikanischen Staaten sich in Richtung Good Governance und Demokratisierung bewegen und die G8 sich zu mehr Entwicklungshilfe und Handel verpflichten.

Adebayo Adedeji, der 20 Jahre lang Vorsitzender der Wirtschaftskommission für Afrika war, hat eine sehr scharfe Kritik gegen den Vorschlag verfasst, dass die G8 einen Marshall-Plan für Afrika oder die Entwicklungsländer insgesamt entwickeln sollten. Er meint, diese Analogie sei falsch, weil die europäischen Länder bereits vor dem Zweiten Weltkrieg industrialisiert waren. Nach Jahren der Zerstörung konnte Europa von einem bestimmten Niveau ausgehend wieder aufgebaut werden. Im Gegensatz dazu befinden sich die Entwicklungsländer ganz am Boden. Aus einer Vielzahl von Gründen bestehen die Voraussetzungen nicht, auf denen man aufbauen könnte. Vor allem jedoch fragt Adedeji in seiner Kritik, ob NEPAD und die G8 der Partnerschaft neue realistische Ziele setzen oder ob es sich nur um eine Fortsetzung des gleichen alten Spiels handelt: Die afrikanischen Länder müssen die Bedingungen des Westens erfüllen, um Geld zu bekommen, und wenn sie dies nicht tun, bekommen sie nichts und alles wird noch schlechter.

Was die Dinge noch schlimmer macht, ist, dass es keine Veränderung im kritischen Bereich der westlichen Agrarsubventionen gibt. Diese Subventionen der Vereinigten Staaten, Westeuropas und Kanadas belaufen sich auf mehr als das Siebenfache der weltweiten Entwicklungshilfe. Der Westen weiß das, und die Entwicklungsländer wissen es auch. So blicken sie scheel auf all die westlichen Verlautbarungen unter der Überschrift »wir sorgen uns um euch und wollen diese Kluft schließen«.

Um zum Ende zu kommen: Der Westen muss genau benennen, was er wirklich durch die Globalisierung erreichen möchte. Wollen wir einfach mehr vom Gleichen? Mehr Coca Cola und deshalb auch mehr AIDS, mehr Flüchtlinge, mehr Drogen und mehr Waffen, die von westlichen Regierungen verkauft werden und die wieder mehr Bürgerkriege anfachen? Oder wollen wir uns zunächst konzeptionell und dann in der Umsetzung bemühen, um eine wirkliche Partnerschaft mit den Entwicklungsländern aufzubauen? Ich glaube, dass es Führungspersönlichkeiten in jenem Teil der Welt gibt, die etwas Besseres wollen als das, was wir gegenwärtig sehen. Doch sie können aus sich selbst heraus diesen Wandel nicht



bewirken. Es wird eines unterschiedlichen Ansatzes auf beiden Seiten bedürfen, um bessere Brücken in die Zukunft zu bauen.

Das gegenwärtige globalisierte System gründet sich auf internationale Institutionen wie das Bretton Woods System, in dem die USA eine Schlüsselrolle spielen. John Ikenberry argumentiert in seinem ausgezeichneten Buch *After Victory*, dass sich noch keine Staatenkoalition gebildet hat, um eine Balance mit der amerikanischen Macht herzustellen, weil diese in internationale Institutionen eingebettet ist. Das mache sie annehmbarer und für andere Staaten weniger bedrohlich.

Die politische Herausforderung der Globalisierung besteht darin, dass sie weithin als Amerikanisierung wahrgenommen wird. Die Probleme und Ungleichheiten, die aus der Globalisierung entstehen und die Herr Hirsch angesprochen hat, schüren deshalb antiamerikanische Gefühle. Kürzlich fragte ein Nahostexperte am Woodrow Wilson Center: »Wenn die Vereinigten Staaten – aus arabisch-muslimischer Perspektive – eine völlig richtige Politik betrieben, würde dann der Antiamerikanismus verschwinden?« Seine Antwort war: »Nein, weil die Menschen in der arabischen Welt jeden Tag mit Microsoft, McDonald's und Hollywood umgehen müssen.«

Das verweist auf die Tatsache, dass sich im Nahen Osten eine Krise der Moderne entfaltet, bei der die Globalisierung eine zentrale Rolle spielt. Das hängt mit unserer früheren Diskussion zusammen: Die Krise der Moderne in der muslimischen Welt ist die Wurzel des Terrorismus. Im Grunde verweist der 11. September auf die dunkle Seite der Globalisierung. Mit anderen Worten, eine terroristische Gruppierung, deren Vorstellung von Moderne im 7. Jahrhundert wurzelt, benutzt die Instrumente der Globalisierung des 21. Jahrhunderts – Satelliten-Telefone, das Internet und so weiter –, um einen Anschlag auf die Vereinigten Staaten zu begehen. Man fragt sich, welchen Einfluss diese neue Art von Terrorismus auf die Globalisierung haben wird, wenn er andauert und insbesondere, wenn er zu einem Terrorismus mit Massenverlusten wird. Wenn zum Beispiel Massenvernichtungswaffen in einer amerikanischen Stadt zum Einsatz kämen, welche Auswirkungen hätte das auf die weltweiten Handelsströme? Eine solche Entwicklung könnte das internationale System in der Tat unterminieren.

Ich möchte den Blick auf einige politische Dimensionen der Globalisierung lenken, wie sie sich aus der Sicht der europäischen Peripherie darstellen. Beginnen möchte ich mit zwei Meinungsumfragen.

### **Litwak**

Ist Globalisierung gleich Amerikanisierung?

Terrorismus zeigt die dunkle Seite der Globalisierung

### **Krastev**

Der Weg von traditioneller Armut zu modernem  
Wohlstand führt durch ein Tal der Tränen.

Dahrendorf

Bedürfnisse werden globalisiert,  
Möglichkeiten nicht

In den 80er Jahren wurde die erste Weltwerteumfrage durchgeführt. In ihr wurde die berühmte Frage gestellt, wie glücklich man sei. 1980 kamen Westdeutsche und Nigerianer auf genau das gleiche Niveau im Glücksindex. Das heißt, die Korrelation zwischen Einkommen und Glück war schwach. Als die gleiche Frage im Jahr 2000 wieder gefragt wurde, waren die Nigerianer weitaus weniger glücklich als die Deutschen, da ihr BSP geringer war. Im Jahr 2000 korrelierten Glück und Einkommen also sehr stark.

Ich betone dies, weil zumindest auf dem Informationssektor die Welt vollständig globalisiert ist. Das Paradoxon besteht darin, dass die globalen Medien die gleichen Wünsche und Bedürfnisse produzieren und es an den lokalen Regierungen ist, sie zu befriedigen. Die Unmöglichkeit, unterschiedliche Lebensbereiche zeitgleich zu globalisieren, schafft grundlegende Spannungen im Globalisierungsprozess.

Eine zweite Statistik bezieht sich auf Lateinamerika und wurde im Economist veröffentlicht. Den makroökonomischen Daten zufolge hatte Lateinamerika in den letzten zehn Jahren ein durchschnittliches Jahreswachstum von rund zwei Prozent. Dieses Wachstum hatte einen substantiellen Rückgang der Armut zur Folge. Doch in lateinamerikanischen Meinungsumfragen gaben mehr als 70 Prozent der Befragten an, dass ihr Lebensstandard heute schlechter sei als vor zehn Jahren. Ich erwähne dies, weil aus politischer Sicht Wahrnehmungen die einzige Realität sind, die zählt, besonders wenn man in einer Demokratie lebt.

Das zeigt, dass unsere derzeitige Pro-Globalisierungsrhetorik falsch ist. Wir benutzen makroökonomische Daten, um Menschen davon zu überzeugen, dass es keine Verlierer in diesem Prozess gibt. Die Zahlen mögen korrekt sein, aber politisch haben sie keine Bedeutung, wenn die Wahrnehmung eine andere ist. Wenn sich jemand als Verlierer sieht, wählt er als Verlierer, lebt wie ein Verlierer und könnte sogar Selbstmord begehen – nicht zuletzt durch einen terroristischen Anschlag –, weil er glaubt, er sei ein Verlierer.

Angesichts dessen glaube ich, dass einige der gegenwärtigen Versuche, die Globalisierung zu gestalten, fehlgeleitet sind, weil sie sich zu sehr auf die Armutverminderung konzentrieren. Das Grundproblem hat mehr mit sozialer Ungleichheit und Sozialvergleichen zu tun. Eine Reduzierung der Armut im Nahen Osten auf ein Drittel zum Beispiel würde nicht notwendigerweise die Zahl der Leute auf ein Drittel verringern, die bereit sind, Amerikaner anzugreifen.

Wir brauchen Umverteilung und  
eine globale Medienpolitik

Zusammengenommen sollte eine Globalisierungspolitik sich nicht nur auf Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum richten. Vielmehr sollten



Hacke, Schulze,  
Czempiel

wir ein ganz neues Paket schnüren, das auch Umverteilung und eine globale Medienpolitik einschließt, um diese Welt – und die Globalisierung – für jene akzeptabel zu machen, die sich selbst als Verlierer sehen.

Als Soziologe möchte ich dazu eine Bemerkung machen. Ein großes Problem des Modernisierungsprozesses ist, dass der Weg von traditioneller Armut zu modernem Wohlstand durch ein Tal der Tränen führt. Es scheint ein universelles Phänomen zu sein, dass es eine Zeit gibt, in der Menschen ihre traditionellen Bindungen verlieren, ohne neue Strukturen zu finden, mit denen sich eine neue Lebensform einrichten lässt. Die Wurzellosigkeit der Menschen in einer Zeit, in der sich die Dinge für die Mehrheit schlecht entwickeln, bevor sie dann wieder besser werden, hat Charles Dickens in den Gin Houses eindrucksvoll dargestellt.

Internationale Organisationen sollten diesem Prozess mehr Aufmerksamkeit schenken, in dem Menschen durch die gefährliche Mischung von Wurzellosigkeit, Frustration, Zorn und Neid für Demagogen und fundamentalistische Ideologien empfänglich gemacht werden.

Was Sie zuletzt angesprochen haben, Herr Dahrendorf, zeigt, wie schwierig es ist, über Fortschritte und Pessimismus zu diskutieren, weil beides so dicht beieinander liegt. Auch bei Herrn Walter wurde deutlich, dass wir nach der Zeitenwende von 1989–1990 zunächst enorm optimistisch waren und meinten, die Globalisierung könne nun aus der Vereisung des Kalten Krieges herausführen. Ähnlich war es übrigens vor dem Ersten Weltkrieg, als man im Hinblick auf die damalige Globalisierung in gewisser Hinsicht sehr optimistisch in die Zukunft blickte.

Zwei Entwicklungen will ich in dem Zusammenhang ansprechen. Zum einen die These von der schwindenden Bedeutung des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung und zum anderen die Erwartung, dass Gemeinschaftsinstitutionen eine zunehmende Rolle spielen könnten. Herr Walter fordert beispielsweise eine Welt-Umwelt-Behörde. In der Tat war der Optimismus im Hinblick auf Gemeinschaftsinstitutionen zunächst sehr groß. Was den Nationalstaat angeht, war in der Übergangsphase nach dem Kalten Krieg viel die Rede davon, dass er mehr und mehr ausgedient habe, während er nach meinem Eindruck die Anpassungsprozesse erfolgreicher bewältigt hat, als ihm nachgesagt wurde.

Was sich mit dem Aufkommen des Terrorismus zeigt, ist, dass die Nationalstaaten in ihrer Bedeutung für die Sicherheit der Bürger, aber auch für das Bewusstsein von Identität nach wie vor eine enorme Rolle spielen. Walter Stütze

### **Dahrendorf**

Der Weg in die Moderne führt durch ein Tal der Tränen

### **Hacke**

Nationalstaaten behalten eine wichtige Rolle

Awertschew,  
Schulze, Wolfson



hat ja darauf hingewiesen, welche Bedeutung der Nationalstaat im Prozess der deutschen Wiedervereinigung gehabt hat. Wer ständig für den Nationalstaat das Totenglöcklein läutet, rüttelt damit auch an den Fundamenten von Rechtsstaat und Demokratie, die bis auf weiteres nur im Nationalstaat gewährleistet sind.

Wenn Herr Walter im Hinblick auf die Globalisierung von verschiedenen Varianten der Marktwirtschaft spricht, dann stellt sich mir die Frage, welche Variante sich in Europa durchsetzen wird. Kapitalismus oder eine Marktwirtschaft, die sich stärker am skandinavischen Modell orientiert? Oder ist es die britische beziehungsweise die amerikanische Variante? Das ist zweifellos eine Schlüsselfrage, wenn es darum geht, ob unser Land fit für die Globalisierung ist. Die Ausbildung einer regionalen europäischen Identität hat jedenfalls nichts mit Antiamerikanismus zu tun.

Die USA als Weltordnungsmacht

Ich füge hinzu, dass ich für die Rolle der USA als Weltordnungsmacht sehr viel Verständnis habe. Wer denn sonst, wenn nicht die Amerikaner haben den Versuch unternommen, den Globalisierungsprozess zu dynamisieren, um weltweit Fortschritt voranzubringen. Aber auch Europa und speziell Deutschland könnten im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der Weltordnung wichtige Beiträge leisten. Das heißt nämlich, den Nationalstaaten kommt in unserem jetzigen Weltsystem nach wie vor eine Führungsrolle zu.

Gerade Deutschland versucht wie kein anderes europäisches Land, dem Gemeinschaftsgedanken Rechnung zu tragen. Das wird im Übrigen besonders in Osteuropa so gesehen; gerade die Osteuropäer haben verstanden, dass sie es allein nicht schaffen können. Was wir brauchen in Zeiten der Globalisierung und der Terrorismusbekämpfung, ist eine Politik der Selbstbehauptung, ohne die es nicht geht, aber verbunden mit Verständnis und Sensibilität für diejenigen, die zu kurz gekommen sind. Wenn wir vor allem den Menschen in der Dritten Welt deutlicher vermitteln können, dass wir es mit dem Gemeinschaftsgedanken ernst meinen, dürfte es auch gelingen, mit den gegenwärtigen Herausforderungen besser fertig zu werden.

**Awertschew**  
Globalisierung schwächt Souveränität

Ich danke Herrn Walter, weil er eine der wichtigsten Fragen angesprochen hat, denen sich internationale Institutionen in einer Phase sich beschleunigender Globalisierung gegenübersehen. Eine entscheidende Folge der Globalisierung ist die Erosion nationalstaatlicher Souveränität. Nationalstaaten verlieren zunehmend Kontrolle nicht nur über den demokratischen Prozess, sondern auch über die globalen Netzwerke multinationaler Unternehmen und NGOs. Alle internationalen



Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, beruhen auf der Annahme, dass der souveräne Staat Grundelement und einziger Akteur im internationalen System ist, aber das entspricht nicht mehr der Realität.

Häufig spielen multinationale Unternehmen eine wichtigere Rolle als viele Staaten, die in den Vereinten Nationen vertreten sind. Der Einfluss der globalen NGOs wächst ebenfalls. Nehmen wir zum Beispiel Greenpeace, aber auch die neue Anti-Globalisierungsbewegung oder selbst Al Qaida, eine pathologische Form von NGO. Das Auftauchen pathologischer Fälle sollten wir als Ergebnis des Versagens der Regulierungsmechanismen verstehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden.

Wenn wir die Dinge so sehen, müssen wir einen Teil der Verantwortung für das, was uns geschehen ist, selbst übernehmen. Es könnte uns auch eine bessere Sicht für die Reform unserer internationalen Institutionen verschaffen. Herr Walter nannte eine globale Umweltagentur und eine Weltagentur zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte als mögliche Beispiele für solche Reformen. Wir müssen jedoch die Frage beantworten, wie die neuen und zunehmend wichtigen Nicht-Regierungs-Organisationen in diesen neuen internationalen Institutionen repräsentiert werden sollen. Dies wird bislang nicht einmal diskutiert, aber es ist offensichtlich dringend notwendig.

Ungeachtet der Entwicklungen in den internationalen Institutionen übernehmen multinationale Unternehmen in wachsendem Maße Verantwortung und sind sich der globalen Konsequenzen ihres Handelns bewusst. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Eine mir recht gut bekannte Firma, BP, versteht sehr deutlich, dass sie Marktanteile in Europa verliert, wenn sie in Angola Umweltverschmutzung verursacht, weil sich ihre europäischen Kunden zunehmend der Bedeutung des Umweltschutzes bewusst sind und BP abstrafen, indem sie ihre Produkte nicht mehr kaufen. Deshalb zeigt BP jetzt überall in der Welt Verantwortung. Überdies ist es die erklärte Politik des Unternehmens, in keinem Land die Politik zu manipulieren und Politiker zu bestechen, um nicht die Legitimität der Regierungen in den Augen der Bevölkerung zu untergraben. BP wünscht politische Stabilität und glaubt, dass Demokratie die besten Bedingungen für ihre eigenen Geschäfte schafft.

Diese Beispiele von verantwortlichen Nicht-Regierungs-Organisationen – und BP steht nicht allein – zwingen uns, darüber nachzudenken, wie man sie in die neuen internationalen Institutionen integrieren und ihnen eine Stimme geben kann. Dieses Problem ist absolut neu, und es ist nicht leicht, eine Lösung zu fin-

Multinationale Unternehmen und NGOs gewinnen an Einfluss ...

... und sollten in internationalen Institutionen repräsentiert werden

Die Globalisierung, selbst wenn sie zur Erosion der Macht der Nationalstaaten führt, wird durch wichtige politische Entscheidungen bestimmt.

Snyder

den, da unsere Denktraditionen ausschließlich auf souveräne Nationalstaaten ausgerichtet sind.

**Dahrendorf**

Möchte jemand etwas zu einem weiteren bedeutenden pathologischen Phänomen der Globalisierung anmerken: das der Drogen, von ihrem Anbau bis zu den verschiedenen Stufen des Handels und Verbrauchs?

**Snyder**

Globalisierung von Ideen,  
Gütern und Menschen

Ich habe drei kurze Bemerkungen zu machen, aber ich fürchte, keine über Drogen.

Erstens: eine Definition der Globalisierung. Ich gehöre zu jener Gruppe halsstarriger Leute, die sich nicht sicher sind, was Globalisierung bedeutet. Grundsätzlich sollte man mindestens drei Formen von Globalisierung unterscheiden: die Globalisierung von Ideen, von Gütern und von Menschen, womit ich die freie Bewegung von Personen meine.

Ich bin überzeugt, dass nur jene, die Zugang zu allen drei Bestandteilen haben – Ideen, Güter und freie Bewegungsmöglichkeit –, Globalisierung als positiv betrachten. Ich denke, für die meisten um diesen Tisch, außer vielleicht zweien, dürfte die persönliche Bewegungsfreiheit gegeben sein. Doch die meisten Menschen auf der Welt können sich nicht wirklich frei bewegen, was es schwierig für sie macht, die Globalisierung zu schätzen.

Politische Entscheidungen  
formen Globalisierung

Zweitens, um etwas zu wiederholen, was Herr Schroeder gleich zu Beginn sagte: Die Globalisierung, selbst wenn sie zur Erosion der Macht der Nationalstaaten führt, wird durch wichtige politische Entscheidungen bestimmt. Manchmal wird sie dazu missbraucht, um Debatten über politische Entscheidungen zu vermeiden. Die Abhängigkeit vom Öl zum Beispiel wird auf Dauer eine Herausforderung der Globalisierung sowohl für Europa wie für Nordamerika werden. Aber die amerikanische Abhängigkeit von saudi-arabischem Öl ist eine bewusste Entscheidung und keine Naturtatsache. Es gibt politische Gründe, warum die Zusammenhänge zwischen der Öl-Abhängigkeit vom Persischen Golf, dem Regime in Saudi-Arabien, Al Qaida und den Angriffen auf New York wenig diskutiert wird. Doch das Bedürfnis nach Diskussion besteht, und sie wird irgendwann stattfinden.

Wir sollten Liberalismus  
als Norm behandeln

Drittens möchte ich ein Lob für den Liberalismus, genauer gesagt für den Liberalismus als Norm, aussprechen. Globalisierung heißt nicht automatisch die weltweite Verbreitung des Liberalismus. Liberale Prinzipien werden inkonsequent und unzureichend angewandt, was viele der erwähnten Ungerechtigkeiten zur Folge hat. Nehmen Sie zum Beispiel den US-amerikanischen Protektionismus

gegenüber Lateinamerika oder die EU-Politik gegenüber ihren östlichen Partnern in den frühen 90er Jahren. Wir sprechen oft über die Stahlzölle, aber ihre Wirkung ist im Vergleich zu unserer Politik gegenüber dem Süden unbedeutend. Letztlich ist Liberalismus gleichzeitig Norm und Tatsache. Viele negative Aspekte der Globalisierung könnten abgemildert werden, wenn wir ihn als Norm behandelten.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass alle außer zwei hier alle Vorteile der Globalisierung genießen? Das wird ein schönes Spiel!

Ich habe mit großer Begeisterung gehört, was Herr Walter, und mit großer Zustimmung aufgenommen, was Herr Hirsch gesagt hat. Ich würde gern beide bitten, sich gegenseitig zu kommentieren, damit deutlich wird, wie beides zusammenpasst.

Wir sind uns offenbar alle einig, dass der Nationalstaat auf der einen Seite überholt ist und auf der anderen Seite unentbehrlich bleibt. Ich würde sowohl Herrn Hirsch wie Herrn Walter bitten, bei der Frage, wie dies zusammenpasst, die Tatsache zu berücksichtigen, dass alle Regierungen auf der Welt gern wiedergewählt werden wollen. Darin unterscheiden sie sich gar nicht. Wie sollen sie die notwendige Aufgabe von Souveränität rechtfertigen unter dem Gesichtspunkt, dass die Bevölkerungen insgesamt nicht so beweglich sind wie das Kapital? Zu den sowohl von Herrn Walter als auch von Herrn Hirsch zu Recht als zwangsläufig herausgestellten Entwicklungen gehört die legitime Aufgabe der nationalen Regierungen, die Prozesse so zu gestalten, dass sie möglichst ohne allzu große Komplikationen und Erschütterungen ablaufen.

Ich möchte an das anschließen, was Herr Awertschew gesagt hat, und einige Fragen an Herrn Walter und an Herrn Hirsch nach den Institutionen und Instrumenten zur Gestaltung der Globalisierung stellen: Wie weit ist eine Globalisierung auf alle fünf Kontinente überhaupt möglich? Wie wird die Weltwirtschaft funktionieren, wenn alle führenden Mächte der Welt in die WTO eintreten? Wird eine solche Weltwirtschaft kooperativ funktionieren, und werden wirtschaftspolitische Institutionen die alten sicherheitspolitischen Institutionen ablösen? Kann es sein, dass die G8 die UNO in der neuen globalisierten Weltordnung völlig ersetzen und eine Art G8-Sicherheitsrat für die Wirtschaftspolitik bilden? Wird die Weltpolitik dann von den Außenministern der führenden Länder oder vielleicht doch von transnationalen Konzernen gemacht?

**Dahrendorf**

**Bahr**

Nationalstaaten müssen  
Globalisierung gestalten

**Rahr**

Mit welchen Instrumenten können  
wir Globalisierung gestalten?



Wir werden nachdenken müssen über die Macht des Internets, des Produkts der Globalisierung schlechthin, inwieweit es die Welt vereint oder schwerer regierbar macht. Die Welt wird möglicherweise auf lange Sicht aus drei Wirtschaftsblöcken bestehen, die die Regeln der Weltwirtschaft bestimmen: der NAFTA, der EU und ASEAN. Aber darüber hinaus werden sich andere Komponenten einer institutionellen Ordnung der Globalisierung entwickeln: ein sicherheitspolitisches Welt-system zum Beispiel, das diese Globalisierung vor Terroristen schützt, insbesondere eine veränderte und erweiterte NATO, in der Mexiko, Russland und Japan Platz haben könnten. Kann man sich das unter der Ägide des Hegemons Amerika vorstellen, der heute fast allein darüber entscheidet, ob China oder Russland der WTO beitreten können?

### **Caplan**

Es gibt kein erfolgreiches  
Entwicklungsmodell

Zur langen Liste der Fragen an Herrn Hirsch möchte ich etwas hinzufügen. Ich bin zwar kein Ökonom, aber ich finde es zum Verzweifeln, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten lediglich die Einsicht gewonnen haben, dass es kein erfolgreiches Entwicklungsmodell gibt. Natürlich gab es vereinzelte Fälle erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung. Doch besonders für die am wenigsten entwickelten Regionen fehlt ein beispielhaftes Modell.

Nehmen wir die Weltbank. Etwa alle zehn Jahre führt sie eine Selbstbewertung durch, in der sie einräumt, dass sie sich auf die falschen Modelle verlassen hat, und verkündet dann ein neues Modell, das die Fehler und Irrtümer des vorherigen Jahrzehnts korrigieren soll. Zehn Jahre später wiederholt sich das Spiel.

Darüber hinaus hat jetzt der frühere Chefökonom des IWF, Joseph Stiglitz, in seinem Buch *Globalization and its Discontents* zugegeben, dass diese Organisation auch nicht besser ist. Vielleicht noch zynischer als die Weltbank hat der IWF mit Modellen gearbeitet, bei denen die Institution selbst annahm, dass sie wahrscheinlich die gewünschten und versprochenen Ergebnisse nicht liefern könnten. Auch wenn ich anerkenne, dass eine nachhaltige Entwicklung mehr Anstrengungen erfordert, frage ich angesichts dieser Tatsachen: Auf welcher Grundlage können wir hoffen, Fortschritte zu machen? Eine Antwort auf diese Frage wird durch das Fehlen eines eindeutigen Erfolgsbeispiels noch schwieriger.

### **Dahrendorf**

Wir wenden uns jetzt den Referenten in umgekehrter Reihenfolge zu. Ich bin gespannt zu hören, was Herr Hirsch von den Ausführungen von Herrn Walter hält.



Zunächst möchte ich betonen, dass ich zwischen unseren beiden Bemerkungen keinen Gegensatz sehe. Ich habe versucht, die Diskussion über den euro-amerikanischen Kontext hinaus zu öffnen, aber das steht nicht im Widerspruch zu dem Ruf nach einer wirksameren und kohärenteren Regelung auf internationaler Ebene.

Herr Bahr, Herr Caplan und andere haben gefragt, was man angesichts der Tatsache, dass es kein gültiges Entwicklungsmodell gibt, tun könnte: Die Weltbank und der IWF kämpfen in der Tat mit diesem Problem. Eine mögliche Lösung, die auch vom UN-Generalsekretär anerkannt wird, besteht darin, die Bereiche Politik und Sicherheit sowie Entwicklung und Handel aneinander anzunähern. Die Weltbank, der IWF und die UNO verfolgen unterschiedliche, sogar widersprüchliche Politiken, was sich oft als kontraproduktiv erwiesen hat.

Das Ziel der Entwicklungspolitik ist nicht unbedingt, eine gleiche Ausgangsposition zu schaffen und somit alle Länder auf westliche Standards zu bringen. Vielmehr geht es darum, das tägliche Leben dort erträglicher zu machen, wo die Bedingungen am schlimmsten sind. Dazu gehört auch, Diktaturen und Ein-Parteien-Systeme zu überwinden und den Menschen die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse, wie etwa Bildung, zu ermöglichen. Wir haben die Stellung von Frauen, für die Bildung von ganz zentraler Bedeutung ist, hier noch nicht einmal angesprochen. Eine minimale Grundausbildung, d. h. die Vermittlung der Lesefertigkeit, würde die Lage der Frauen verbessern und dazu beitragen, den schrecklichen sexuellen Missbrauch einzuschränken, der mit zu den Hauptursachen von AIDS zählt.

Mit anderen Worten: Auf lokaler Ebene könnte und sollte viel mehr getan werden. Bei der Entwicklung kann weniger mehr sein. Kleinere Organisationen, die an der Basis arbeiten, wie OXFAM, sind häufig viel erfolgreicher als die große Weltbank oder USAID. Deshalb sollten wir die Verlagerung der Entwicklungsarbeit auf die lokale Ebene ermutigen.

Herr Rahr hat gefragt, ob die G8 die Vereinten Nationen ersetzen werden. Ich glaube es nicht. Unterschiedliche Institutionen und Foren haben wechselnden Einfluss. Dass der G8-Rat nicht das letzte Wort hat, zeigte sich, als Russlands Widerstand im Rat die NATO nicht davon abhielt, im Kosovo zu intervenieren.

Ich komme schließlich auf die Fragen nach Flexibilität und Offenheit zurück, deren Bedeutung für das internationale System ich unterstrichen habe. Was ich über die Hybris gesagt habe, zu der Experten aus dem Westen häufig neigen, gilt auch für die wirtschaftliche Seite der Globalisierung. Lassen Sie mich noch ein-

## Hirsch

Verschiedene Politikbereiche müssen koordiniert werden

Mehr Entwicklungspolitik auf lokaler Ebene

mal betonen, dass der Westen eine Partnerschaft mit den Entwicklungsländern aufbauen muss, die ihren schrecklichen Status quo tatsächlich verändern wollen.

**Dahrendorf**

Wie schätzen Sie die Anti-Globalisierungsbewegung ein, die Herr Walter ganz verständlich als inkohärent, konfus und als nicht besonders interessant abgelehnt hat, die aber dennoch existiert?

**Hirsch**

Manche Globalisierungskritik ist gerechtfertigt

Die Anti-Globalisierungsbewegung setzt sich, wie Herr Litwak bereits erwähnt hat, aus einer Vielzahl von Gruppen mit unterschiedlichen Interessen zusammen. Die Demonstranten in den Straßen von Seattle und Prag haben sicher nicht alle vom gleichen Blatt gesungen, und nicht alle sind gleichermaßen ernst zu nehmen. Viele der ernsthafteren Stimmen werden jedoch nicht gehört, weil sie von jenen überschrien werden, die lauter sind. Aber es gibt begründete Einwände gegen die Globalisierung in Bezug auf die Entwicklungshindernisse, die sie mit sich gebracht hat. Das Problem besteht nicht nur in unmittelbaren Missständen, sondern auch in einem Mangel an Perspektiven.

Demografische Entwicklung hat Sicherheitsimplikationen

Noch eine Bemerkung zur Demografie, die zu den Spannungen zwischen den reichen Ländern und den »Habenichtsen« gehört. Ein New Yorker Demograf hat kürzlich ein eindringliches Bild gezeichnet: Um 1900 war jeder vierte Weltbürger Europäer oder Kaukasier. Im Jahr 2000 war es einer von zwölf, und 2050 wird es annähernd einer von zwanzig sein. Diese demografischen Entwicklungen bergen entscheidende Sicherheitsimplikationen. Der Wunsch junger Leute aus Entwicklungsländern, in ihrem Leben voranzukommen, wird den Druck auf den Westen intensivieren, sie aufzunehmen. Wenn sich die Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern nicht verbessern, werden keine Einwanderungsbeschränkungen und keine Grenzpolizei die Menschen daran hindern zu versuchen, in die Vereinigten Staaten oder nach Europa zu kommen.

**Walter**

Herr Litwak hat ausgeführt, dass die Bretton Woods-Institutionen vielerorts als Legitimation nicht der Globalisierung, sondern der von Kritikern angeprangerten Amerikanisierung der Welt betrachtet werden. Das ist zum Teil sicher zutreffend. Aber ich bin der Auffassung, dass gerade die Kritik von Intellektuellen an den Ergebnissen der Globalisierung niemanden überraschen sollte. Schon im antiken Griechenland haben die Intellektuellen ein wenig verächtlich auf den Kommerz herabgeblickt. Dennoch sollten wir Ökonomen mit unseren Urteilen vorsichtig sein.

Einige meiner Überlegungen leite ich aus den Arbeiten des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Albert O. Hirschman ab, der einmal gesagt hat: Bei Wahlentscheidungen ist gewiss die »vote by voice« sehr wichtig. Aber für viele Prozesse ist es letztlich noch wichtiger, was im »vote by purse«, also durch den Geldbeutel, entschieden wird. Solche Äußerungen seien verlässlicher, auf sie könne man Produktionspläne aufbauen, während das für Befragungsergebnisse eher weniger zutrefte. Die wichtigste Entscheidung eines Menschen sei jedoch die »vote by exit«, nämlich wem er sich anschließt, einer Firma oder dem Land, in dem er lebt. Diese Abstimmung mit den Füßen erfolgte – wie wir beobachten können – in denjenigen Ländern, die ihre Märkte geöffnet und ein Wettbewerbssystem aufgebaut haben. Die Chinesen bleiben China immer verbunden, aber die Inder, die Indien einmal verlassen haben, kehren nie mehr dahin zurück.

Ich denke, wir sollten bei unserer Analyse nicht so sehr auf zum Teil eher zweifelhafte westliche Definitionen von Armut bauen, sondern die existentiellen Entscheidungen von Menschen im Auge haben. Die Vitalstatistik von Ländern drückt mehr aus über das Selbstbewusstsein der Menschen und wie sie ihre eigene Lage einschätzen, als viele andere Dinge. Bei uns hätten wir beispielsweise an der Heirats- und Geburtenstatistik durchaus ablesen können, wie negativ die Menschen in Ostdeutschland in den 90er Jahren die Zukunft sahen.

Wie können wir die vielfach negativen Einstellungen der Globalisierung gegenüber ändern? Herr Krastev sagte, es sei in der Tat außerordentlich wichtig, dass Fachleute versuchen, das System einer offenen arbeitsteiligen Weltwirtschaft in einer Weise zu vermitteln, die für den berühmten »Mann auf der Straße« verständlich ist. Wir machen den Fehler, meist nur mit solchen Menschen zu kommunizieren, die wie wir Volkswirtschaft studiert haben. Das schafft aber für den politischen Prozess, den Herr Bahr angesprochen hat – wie soll man mit einem solchen Konzept Wahlen gewinnen? – eine schlechte Grundlage. Das mag viele Gründe haben: unzureichende Bildungs- und Hochschuleinrichtungen etwa oder die Betonung von professioneller statt sozialer Kompetenz. Aber auch die Medien werden in dieser Hinsicht ihrer Aufgabe nicht gerecht.

Niemand sollte Wunder erwarten, aber mit den begrenzten Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, sollten wir zumindest einige Tatsachen den Menschen deutlich machen. Etwa: Wer sich gegen die Öffnung der Märkte stellt, verliert. Wenn man den Zeitraum der letzten 50 Jahre nimmt, lässt sich eindeutig nachweisen: Wo man sich gegen die Globalisierung abgeschottet hat, haben die Menschen größere Nachteile erfahren als dort, wo man sich offener verhalten hat.

Negative Einstellungen  
zur Globalisierung ändern

Wir sollten den Nationalstaat sinnvollerweise nur dort erhalten, wo er tatsächlich noch handlungsfähig ist. Ansonsten sollten wir jegliche Souveränitätsillusion aufgeben und – um souverän zu bleiben – die europäische Karte spielen.

Walter

Ausgleichszahlungen bei negativen Folgen

Ich füge allerdings hinzu: Wenn man beispielsweise in England Kohlenzechen schließt, weil das für die Zukunft des Landes besser ist, dann ist die politische Zustimmung zu einer solchen Maßnahme nur zu erreichen, wenn man denen, die von einer solchen Strukturveränderung unmittelbar betroffen sind, Ausgleichszahlungen gewährt. Oder: Diejenigen, die durch den Bau eines Flughafens Nachteile erleiden, sollten eine Entschädigung erhalten. Um Fortschritt zu ermöglichen, kommen wir in einem ökonomischen und zugleich demokratischen Prozess um solche Ausgleichsmaßnahmen nicht herum.

Das heißt, der Nationalstaat verliert zwar in diesem Prozess zweifellos an Einfluss, er bleibt aber bedeutsam – denn wie sonst soll Vertrauen entstehen in die Veränderungsprozesse, die im Zuge der Globalisierung stattfinden? Wie der Nationalstaat in einer neuen politisch-ökonomischen Weltordnung agieren soll, kann nicht abstrakt beantwortet werden. In einem Riesenland wie den USA ist diese Frage ganz anders zu beantworten als in kleinen Staaten, die sich aus Sicht der USA nicht einmal wie »states«, sondern allenfalls wie »counties« ausnehmen. Das gilt auch für die meisten europäischen Länder.

Nationalstaaten nur bewahren, wenn es sinnvoll ist

Das heißt, unsere europäischen Nationalstaaten haben in vielen Bereichen ihre Souveränität weit gehend eingebüßt und sind deshalb schon aus Eigeninteresse gezwungen, mehr Aufgaben auf eine höhere – die europäische – Ebene zu delegieren. Ich denke beispielsweise an die Phantomdebatte über die Europäische Zentralbank und die europäische Geldpolitik. Die europäische Geldpolitik lag seit langem faktisch bereits in den Händen der Deutschen Bundesbank. Die Zentralbanken anderer Mitgliedsländer hatten darauf kaum noch bestimmenden Einfluss. Deshalb war es politisch sinnvoll, den Zustand, der faktisch schon gegeben war, auch institutionell zu verankern. Aus diesem Grunde sollten wir den Nationalstaat sinnvollerweise nur dort erhalten, wo er tatsächlich noch handlungsfähig ist. Ansonsten sollten wir jegliche Souveränitätsillusion aufgeben und – um souverän zu bleiben – die europäische Karte spielen.

So macht es zum Beispiel keinen Sinn, dass in Europa immer noch eine nationale Einwanderungspolitik propagiert wird, wo wir doch offenkundig eine gemeinsame Außengrenze haben und die Freizügigkeit innerhalb Europas nicht in Frage stellen. Das heißt, Europa braucht eine gesamteuropäische Einwanderungspolitik. Und warum weigert sich dieses Europa, eine Einrichtung wie Euro-pol anzuerkennen, in der die Polizei europaweit effektiv zusammenarbeiten kann? Noch einmal: Ich befürworte dort einen starken Nationalstaat, wo er tatsächlich handlungsfähig ist und gebraucht wird.





Wenn hier von einer Konkurrenz marktwirtschaftlicher Varianten die Rede war, dann stelle ich die Frage: Welche Varianten sind damit gemeint: die schwedische, die englische, die deutsche, die französische? Ich halte in der Tat viele Antworten, die Kontinentaleuropa auf die Herausforderungen der Gegenwart gibt, für überholt. Es gibt keine »Rheinische Marktwirtschaft«, wie das verklärend immer wieder beschworen wird. Die Staaten in Kontinentaleuropa beanspruchen heute zum Teil über 50 Prozent der finanziellen Ressourcen. Vielleicht trifft da die Bezeichnung »Marktwirtschaft« schon gar nicht mehr zu. Die Folge ist, dass damit dem Individuum jeglicher Anreiz genommen wird, für seine Daseinsvorsorge selber Verantwortung zu tragen. Dafür soll vielmehr der Staat eintreten. Ein derartiges System wird sich aber nach meiner Einschätzung auf die Dauer nicht durchhalten lassen. Ich denke, Deutschland wird nicht darum herumkommen, sich dem angloamerikanischen System anzunähern. Das bedeutet nicht, dass wir beispielsweise das englische Gesundheitssystem übernehmen müssten. Auch die Sozialleistungen können bei uns nicht wie in den USA organisiert werden, wo man seit Jahrhunderten sehr viel stärker auf »private charity« setzt. Wenn wir das kurzfristig versuchen wollten, würden wir scheitern.

Das angelsächsische Modell ist deshalb erwähnenswert, weil es das Kapital vernünftiger einsetzt und Anreize für den Einzelnen schafft sowie die Arbeitskräfte besser steuert. Aber das Gesundheitswesen in den USA ist wesentlich teurer als die Gesundheitssysteme europäischer Länder und wird in den USA aufgrund der alternden Bevölkerung unerträglich teuer werden. Aber auch das deutsche Modell wird sich nicht halten lassen, weil es viel zu viel reguliert und die Eigenverantwortung der Individuen zu wenig fördert.

Welche Rolle können Unternehmen in der globalisierten Ordnung spielen? Firmen wie BP und andere haben inzwischen erkannt, dass sie im Interesse einer langfristigen Entwicklung eigene Standards entwickeln müssen, um ihre Zukunft zu sichern. Große international operierende und technologisch führende Unternehmen, die auch über die notwendigen Kapazitäten verfügen, entsprechen dieser Forderung. Aber, sagen wir, die Werften in Deutschland oder die Landwirtschaft in Frankreich verhalten sich anders. Hier brauchen wir einen Ordnungsrahmen und eine globale Organisation, die hilft, Strukturen zu überwinden, die der Globalisierung vehement im Wege stehen.

Zum Stichwort »ethische Investitionen«: Ich denke, wer heute im Bereich finanzieller Dienstleistungen das Umfeld nicht mit bedenkt, wird in Schwierigkeiten geraten. Anders verhält es sich bei Firmen, die nicht im internationalen

Deutschland muss sich dem angloamerikanischen Wirtschaftssystem annähern

Unternehmen sollten globale Standards entwickeln

Notwendigkeit  
nachhaltiger Entwicklung

Wettbewerb stehen, sondern eng mit ihrer nationalen Regierung verbunden sind. Dort überwiegen die »vested interests«, die, wie Mancur Olsen gesagt hat, nur durch Krieg oder Revolution aufgebrochen werden können. In Europa sehe ich aber die Möglichkeit, verkrustete protektionistische Strukturen durch die Europäische Kommission aufzubrechen oder durch die Herausforderung, dass wir anderen Ländern den Zutritt zu unseren Märkten erlauben.

Wie wir mit der Drogenproblematik fertig werden wollen, Herr Dahrendorf, darauf weiß auch ich keine Antwort. Die Prohibition in den USA und das, was sie an organisierter Kriminalität nach sich zog, sollten uns aber lehren, dass eine exzessive Regulierung offensichtlich nicht das gewünschte Ergebnis bringt. Wie auch im Gesundheitswesen bleiben hier viele Fragen offen.

Wie werden sich Nationalstaaten in Zukunft aufstellen? Dafür wurde die Abhängigkeit von Öl als Beispiel angeführt. In der Tat werden wir uns sehr viel entschlossener die Frage stellen müssen, wie die Welt zukünftig mit nicht erneuerbaren Ressourcen und mit der Umweltbelastung umgehen soll. Die bisherigen Antworten sind dafür sicherlich nicht ausreichend, ganz besonders nicht jene der Amerikaner. So ist es außerordentlich schwer, zu diesen Fragen entsprechende Artikel etwa in der »New York Times« unterzubringen, wie ich selbst erfahren habe. Ich denke, dass gerade wir Wissenschaftler aufgefordert sind, auch den amerikanischen Bürgern die Wahlhandlungen deutlich zu machen, die derzeit zu treffen sind, um die Akzeptanz der globalen Ordnung zu erhöhen (wir können nicht wie die USA unbesorgt die nicht erneuerbaren Ressourcen der Welt ausbeuten und damit die Erderwärmung beschleunigen).

Ich habe versucht, mit meinen Vorschlägen zur Änderung der Weltwirtschaftsordnung deutlich zu machen, wo ich mit Herrn Hirsch übereinstimme, Herr Bahr. Ich will aber auch sagen, wo ich mit Herrn Hirsch nicht einig bin, nämlich dort, wo er den »Konsumismus« kritisiert. Auf dem Gebiet akzeptiere ich die Wahlhandlungen der Bürger. Nicht, dass ich sie gut fände, ich finde sie genauso schrecklich wie Herr Hirsch und kann beispielsweise nicht verstehen, wenn Menschen ihre Zeit vor dummen Fernsehprogrammen verbringen. Und ich kann auch nicht begreifen, dass all diese homogenisierten Produkte gekauft werden. Ich wünschte, die Leute hätten mehr Geschmack. Aber ich fordere nicht von einer Gesellschaftsordnung, dass sie die Menschen dahin gehend erzieht. Das ist die Aufgabe der Eltern, der kleinen Lebenskreise und des Erziehungssystems. Anders lässt sich das überhaupt nicht mit Erfolg angehen.

Ob wir mit der Globalisierung auf mittlere Sicht alle fünf Kontinente erfassen

können, das ist eine schwierige Frage, Herr Rahr. Ich denke, in den nächsten dreißig Jahren wird sich die Globalisierung weiterhin auf Amerika, Europa und größere Teile Asiens beschränken, während Afrika beispielsweise zunächst außen vor bleibt. Erst wenn die Bevölkerung in Europa weiter dramatisch schrumpft, werden wir eine massive Einwanderung aus Afrika erleben. Erst dann wird die Integration dieses Kontinents auf die Agenda kommen.

Dann werden wir uns auch konstruktiv mit dem Islam auseinander setzen und lernen müssen, dass Islam nicht mit Fundamentalismus gleichzusetzen ist. Afrika und der Nahe Osten werden die beiden Regionen sein, die, was das Humankapital anbelangt, eine ungeheure Ressource für uns Europäer darstellen.

Nicht alle Regionen werden an der Globalisierung teilhaben

### III. Gemeinsame Wurzeln – gemeinsame Zukunft? – Transatlantische Partnerschaft im 21. Jahrhundert



**Dahrendorf** Wir kommen nunmehr zur letzten Runde unserer Diskussion über europäische und amerikanische Sichtweisen zur entstehenden neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Dazu begrüßen wir sehr herzlich Karsten Voigt, der sich beruflich mit den schwierigen Fragen befasst, die wir bisher diskutiert haben. Lassen Sie uns Herrn Voigt und Herrn Wells anhören und danach in die Schlussdiskussion über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und ihre Stellung im weiteren internationalen Kontext eintreten.

**Voigt** Als lebensgeschichtliches Aperçu möchte ich eingangs erwähnen, dass meine Wahl in den Deutschen Bundestag in transatlantischen Kreisen wie diesem seinerzeit wegen meiner amerikakritischen Vergangenheit mit einiger Sorge aufgenommen wurde. Sie sehen, wo ich heute stehe; deshalb sollten wir transatlantische Meinungsverschiedenheiten nicht allzu besorgt betrachten, sondern stets die Möglichkeit von wechselseitigen Lernprozessen berücksichtigen.

Die transatlantischen Beziehungen  
sind sehr stabil, aber ...

Meines Erachtens sind die transatlantischen Beziehungen auf Grund von Interessenlagen und Kontakten so stabil, dass beide Seiten ein Interesse daran haben werden, sie fortzusetzen. Regierungen, die dies nicht tun, werden schon aus ökonomischen Gründen früher oder später in Schwierigkeiten geraten. Dieser ökonomische Aspekt wird häufig unterschätzt. Es gibt zudem signifikante Unterschiede – das weiß Botschafter Ischinger sicher besser als ich – zwischen dem Verhalten der Bush-Regierung, dem US-Kongress, der öffentlichen Meinung und von Diskussionen in Think-tanks.

... die Medienberichterstattung  
ist besorgniserregend

Ich beginne mit der Medienberichterstattung in den USA. Dort gibt es in den letzten Monaten tatsächlich besorgniserregende Tendenzen. In Amerika nimmt das »Euro-bashing« zu. Man redet von EU-Eunuchen, und es werden, wie immer bei Vorurteilen, einzelne richtige Tatbestände in einen falschen Kontext gebracht. Das Auftreten von Rechtspopulisten und Ansätze zu Antisemitismus in einer Reihe von europäischen Ländern werden als Wiedergeburt der Probleme der zwanziger Jahre angesehen. Dass dieses Mal Frankreich in der amerikanischen Presse mehr im Zentrum der Kritik steht als Deutschland, kann nicht unbedingt beruhigen, weil sich das auch jederzeit ändern kann. Auf der deutschen Seite ist das typische Beispiel für ein Vorurteil das SPIEGEL-Titelbild von Rambo und Cowboy, denn genau das trifft nicht zu auf der amerikanischen Seite. Die Planung der Bush-Administration ist in der Logik des dort verfolgten Konzeptes außerordentlich konsequent, und deren Umsetzung erfolgt kühlen Kopfes. Das war übrigens auch beim ersten Golfkrieg der Fall und hat sich insbesondere im Afghanistan-



Konflikt gezeigt, wo die Amerikaner keineswegs »aus der Hüfte geschossen« haben.

Es gibt indes einige transatlantische Unterschiede, die ich kurz darstellen möchte.

Ein wichtiger Punkt ist – überspitzt gesagt –, dass in Amerika die Mehrheit glaubt, sie befinde sich im Krieg, und zwar nicht nur formal. Formal sind wir mit Artikel 5 des NATO-Vertrages ja auch im Krieg; das wird in Europa aber nicht so empfunden. Mir hat gestern eine befreundete Liberale in den USA erklärt, die gegenwärtige Lage sei mit dem Zustand Amerikas 1939/1940 zu vergleichen, als Engländer bei ihren Besuchen in den USA nicht verstehen konnten, wie dort der friedliche Alltag einfach weiterlief, während man selbst gegen Hitler Krieg führen musste. Heute sei es gewissermaßen umgekehrt: Die Amerikaner sind im Krieg, und die Europäer nehmen es nicht wahr.

Das Zweite ist, dass viele Leute bei uns glauben, das, was man derzeit von der Bush-Administration hört, sei nur Rhetorik. Nein: Die Auseinandersetzung mit den Ideologien, die hinter den Terroristen stehen, die jetzt die USA attackiert haben, wird von vielen in den USA tatsächlich verglichen mit der historischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bzw. dem Faschismus oder dem Marxismus-Leninismus. Deshalb ist diese Auseinandersetzung aus Sicht der Administration anders als für viele Europäer langfristig angelegt und von einem ähnlich grundsätzlichen Charakter für die Existenz der freien Welt.

Drittens treffe ich immer mehr Amerikaner, die an der europäischen Haltung gegenüber Israel zweifeln und die darin eine Unklarheit in Bezug auf Werte sehen und nicht nur eine unterschiedliche Einschätzung von Interessen und Methoden. Wir haben den Eindruck, sagen diese Beobachter – das ist nicht die Meinung, die ich überall antreffe, ich überspitze sie bewusst –, dass einige Europäer bereit sind, um der eigenen Ruhe willen im Nahen Osten auf Dauer gesehen möglicherweise auch das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Ich werde dann konfrontiert mit der Auffassung, das sei so ähnlich sei wie die Haltung der Briten und Franzosen 1938 gegenüber der Tschechoslowakei. Dies ist wie gesagt nicht die Auffassung einiger Spinner oder Sektierer, sondern wird von durchaus ernsthaften Leuten vertreten.

Ich nenne diese drei Punkte am Anfang, weil wir im transatlantischen Verhältnis oft nur über Multilateralismus und Unilateralismus diskutieren, also über das Verhalten der Bush-Administration. Dies ist meines Erachtens verfehlt, weil die Amerikaner in Wirklichkeit nie darauf verzichtet haben, allein zu handeln,

Amerikaner sind im Krieg,  
Europäer nehmen es nicht wahr

Amerikaner kritisieren Europas  
Haltung gegenüber Israel

Soutou,  
Smyser, Voigt



Multilateralismus  
beruht auf Interessen

Ein starkes Europa  
macht Amerika multilateral

und weil es immer um die Frage des relativen Mischungsverhältnisses von Multilateralismus, Bilateralismus und unilateralen Aktionen geht.

Wir Deutsche haben Multilateralismus nicht nur als Ideologie betrieben, sondern auch aus Interesse. Bei den Zwei-plus-vier-Verhandlungen haben wir nicht gesagt: Wir wollen alle ehemaligen Kriegsgegner mit am Tisch haben. Die Polen haben es in einer bestimmten Phase erlebt, wie wenig man sie dort willkommen hieß. Als es um unsere nationalen Interessen ging, haben wir versucht, nur die aus unserer Sicht unmittelbar relevanten Teilnehmer dabeizuhaben. Multilateralismus erwächst nicht nur aus unterschiedlichen Auffassungen zum Unilateralismus, sondern auch aus unterschiedlichen Handlungsfähigkeiten. Die Europäer und insbesondere die Deutschen können nur multilateral handeln, während die Amerikaner in der Lage sind, bilateral zu handeln, Ad-hoc-Koalitionen zu bilden oder im Zweifelsfalle auch allein zu gehen.

Robert Kagan hat diesen Sachverhalt in seinem kürzlich erschienenen Artikel »Power and Weakness« sehr gut dargestellt. Interessanterweise beschreibt er darin Multilateralismus als die Haltung, die die Amerikaner am Beginn des 19. Jahrhunderts gegenüber den Briten gehabt haben, während die Europäer heute diese Haltung einnehmen, was ihre relative Schwäche gegenüber den Amerikanern ausdrücke, wobei sie versuchten, die USA multilateral einzubinden.

Ich meine allerdings, dass das nicht unausweichlich ist, denn Deutschland ist nach der Wiedervereinigung mit zunehmender Stärke auch multilateral geworden. Jedenfalls bin ich der Auffassung, dass ein multilaterales Vorgehen durchaus amerikanischen Interessen dient. Zumindest kann man in Amerika mehr an Multilateralismus bewirken, wenn wir Europäer besonders im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähiger werden. Das Problem der europäischen Schwäche ist aber nicht durch Kritik an den USA zu lösen.

Auf jeden Fall sollten wir allzu theoretische Diskussionen vermeiden – wie sich zum Beispiel auch am Thema »nation-building« zeigen lässt. Denn die gleichen Republikaner, die sich im Wahlkampf gegen das Konzept »nation-building« ausgesprochen haben, betreiben jetzt eine solche Politik in Afghanistan. Sie wissen auch, dass militärisches Vorgehen im Irak heißt, dass sie nicht schnell hinein- und wieder hinausgehen können, sondern anschließend »nation-building« betreiben müssen. Wer sich mit Spezialisten in den USA – von denen ja einige hier am Tisch sitzen – unterhält, stellt fest, wie intensiv diese Fragen, die in Europa über das Danach gestellt werden, auf amerikanischer Seite mit der gleichen Intensität erörtert werden.

Es erscheint mir bemerkenswert, dass die beiden Seiten des transatlantischen Verbundes sich in den letzten zwei Jahrhunderten immer einerseits als Kontinente definiert haben, die näher beieinander sind als alle anderen Teile der Welt – das wurde auch als Reaktion nach dem 11. September wieder besonders deutlich. Gleichzeitig haben sie sich aber stets auch gegeneinander definiert. Die Amerikaner sind eben aufgrund ihrer Herkunft immer noch mehrheitlich Auswanderer aus Europa, die auch deshalb bestimmte Urteile und Stereotype über Europa tradieren.

Auf der anderen Seite hat es in Europa in den letzten Jahrzehnten verschiedene Varianten des linken oder rechten Anti-Amerikanismus gegeben. Dabei habe ich in Ostdeutschland häufig den Eindruck, dass dort das Bild von den USA weniger durch Karl Marx – der ja eine durchaus positive Einschätzung der USA und ihrer kapitalistischen Fähigkeiten hatte – als durch Karl May geprägt ist, der die Amerikaner größtenteils ganz anders dargestellt hat, nämlich als die Raffgierigen, die in Old Shatterhand und Old Surehand ihr Korrektiv fanden – also in den ursprünglich aus Europa stammenden weisen Helden. Dies sind sehr langwierige Stereotype auf beiden Seiten des Atlantiks, mit denen wir leben müssen.

Lassen Sie mich noch auf die Wirtschaft eingehen. Wenn man sich die ökonomischen Daten ansieht, stellt man fest, dass Amerika trotz aller Diskussionen über Asien wirtschaftlich mit Europa weitaus stärker verflochten ist. Das gilt nicht nur für die USA insgesamt, sondern alle Bundesstaaten bis auf einen haben mehr Handel mit Europa als mit Asien. Europa ist auch bei weitem der größte Investitionspartner, nicht Asien. Und selbst bei der einzigen Ausnahme, nämlich Washington State, ist die Wertschöpfung im Handel mit Europa größer als mit Asien.

Sie treffen in den USA im Inneren des Landes natürlich auf Leute, die überhaupt nichts über Europa wissen. Es soll solche Leute auch umgekehrt in Europa geben, habe ich mir gelegentlich erzählen lassen. Aber ich treffe in den USA immer wieder Menschen, die bei europäischen Firmen arbeiten, und deshalb ist es falsch, nur auf die sich verringernde Zahl der Soldaten zu sehen. Die Verringerung der Soldaten, die durch ihren Aufenthalt automatisch Bezug zu Europa hatten, ist schade. Aber diese Entwicklung, die eine Folge verminderter militärischer Bedrohung ist, ist ja auch ein Zeichen des Erfolges. Man muss am Ende vor allem auf die zunehmende ökonomische Verflechtung schauen, wo die Europäer inzwischen mehr Arbeitsplätze in den USA schaffen als die Amerikaner in Europa. Das

Europa und die USA definieren sich gegeneinander

Die transatlantische Wirtschaftszusammenarbeit ist sehr stark

Die Nation USA ist durch die Terroranschläge vom 11. September viel tiefer verletzt worden, als viele bei uns in Europa ahnen.

Voigt

führt zu vielen Verbindungen. Deshalb würde schon wegen der ökonomischen Interessenlage jede Politik scheitern, die Europa oder Deutschland von den USA abkoppeln wollte.

Kultur- und Studienaustausch wächst

Wichtig ist dazu die Zahl der mit diesen ökonomischen Verflechtungen zusammenhängenden Austauschbeziehungen im kulturellen Bereich und beim Studienaustausch – und die betreffenden Zahlen gehen nicht zurück, sondern steigen. Zwar nehmen bedauerlicherweise die deutschen Sprachkenntnisse ab, aber die Austauschbeziehungen insgesamt nehmen eben zu. Deshalb bin ich der Meinung, dass letzten Endes beide Seiten, Europa und die USA, nur gemeinsam erfolgreich sein werden. Dass wir zusammenstehen, ist eine Vorbedingung für globale Sicherheit und Stabilität. Im ökonomischen Bereich ist das offensichtlich auch auf der Ebene der WTO der Fall. Wenn wir gegeneinander arbeiten, werden die Europäer und letztlich auch die Amerikaner erfahren, dass die meisten Probleme unilateral entweder gar nicht oder nur schwer lösbar sind. Der Nahe Osten ist ein typisches Beispiel dafür, dass selbst durch Kooperation leider nicht alle Probleme auf einmal gelöst werden können. Aber es kommt darauf an, es wenigstens zu versuchen.

Lassen Sie mich abschließend aufgrund meiner vielen Gespräche und Reisen sagen: Die Nation USA ist durch die Terroranschläge vom 11. September viel tiefer verletzt worden, als viele bei uns in Europa ahnen. Der Vergleich mit Pearl Harbor ist eher eine Unter- als eine Übertreibung. Die Zahl der Toten war am 11. September nicht nur größer als bei Pearl Harbor. Wenn die Türme des World Trade Centers voll besetzt zerstört worden wären, dann hätte das an die Zahl der Toten im Korea-Krieg herangereicht. Das erste Mal seit den britischen Angriffen von 1814 auf Washington ist die amerikanische Hauptstadt getroffen worden. Was diese Verletzung für die Amerikaner bedeutet, ist für viele Europäer schwer nachzuvollziehen. Gleichzeitig ist aber das amerikanische Selbstbewusstsein, das vorher schon nicht gerade unterentwickelt war, enorm gewachsen, was für viele Europäer offenbar schwer erträglich ist.

Mehr Schwarz-Weiß-Malerei in den USA nach dem 11. September

Auch wenn ich weit gehend die amerikanische Auffassung teile, dass das, was die Amerikaner bekämpfen, Ausdruck des Bösen ist – sei es der Terrorismus oder Saddam Hussein –, habe ich als lutherisch sozialisierter Sozialist oder Sozialdemokrat doch Schwierigkeiten, wenn ein Land sich selber als das Gute schlechthin darstellt. Diese Kategorisierung in Gut und Böse und die Neigung, Grautöne zu vernachlässigen und stattdessen ständig in Schwarz-Weiß-Kategorien zu denken, ist für viele Europäer – auch für mich selber – schwer nachzuvollziehen.



Ich möchte ein konkretes Programm zur Verbesserung der transatlantischen Zusammenarbeit vorstellen. Meine Argumente mögen für ein europäisches Publikum trivial und selbstverständlich klingen, doch glauben Sie mir, innerhalb der US-Regierung, in den Forschungsinstitutionen in Washington und in den Vereinigten Staaten im Allgemeinen würden sie zahlreiche Widersacher auf den Plan rufen.

Meine Grundprämissen sind folgende: Erstens brauchen die Vereinigten Staaten Verbündete, um ihre Ziele in der internationalen Politik zu erreichen. Zweitens ist Europa stark auf seine innere Entwicklung konzentriert und wird in den nächsten zehn Jahren keine bedeutenden zusätzlichen Finanzmittel für Verteidigung aufbringen. Drittens hat die Welt zusätzlich zu den weithin erörterten sozialen, wirtschaftlichen, Bildungs- und Gesundheitsproblemen ernste Sicherheitsprobleme. Und schließlich ist eine verbesserte transatlantische Zusammenarbeit ein notwendiges Mittel zum Schutz und zur Umsetzung unserer gegenseitigen Interessen.

Als Vorbedingung für konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der transatlantischen Zusammenarbeit müssen Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks anerkennen, dass sie im Kampf gegen den Terrorismus und bei der Antwort auf Globalisierungsgegner Verbündete brauchen. Wie Karsten Voigt gerade gesagt hat, muss dieser Punkt in Europa nicht betont werden. Anders in den Vereinigten Staaten. Dazu sind mehrere Maßnahmen denkbar.

Zunächst müssten sich die Regierungen häufiger zu Beratungen treffen. Es sollten dabei nicht nur hastige Treffen in Krisenzeiten, sondern regelmäßige Konsultationen über Ziele und Strategien sein. Das ist schwer zu organisieren, und die Zeit ist immer knapp, aber es wäre wirklich nötig.

Noch wichtiger ist, dass die Parlamentarier beider Seiten häufiger zu einem offenen Gespräch zusammenkommen. Einige der Organisationen, die hier vertreten sind, fördern einen solchen Austausch. Die Körber-Stiftung hat sich sehr bemüht, Parlamentarier zu diesem Treffen zu bewegen. Es kennzeichnet das grundlegende Problem, dass nur sehr wenige der Einladung gefolgt sind.

Gesetzgeber müssen verstehen, dass die Lösungen für viele nationale Probleme, mit denen sie befasst sind, in einem verbesserten internationalen Umfeld liegen. Insbesondere die Abgeordneten im amerikanischen Kongress müssen nachdrücklich daran erinnert werden, dass, kurz gesagt, Außenpolitik zählt.

Um das Umfeld der transatlantischen Beziehungen zu verbessern, müssen wir auch den Austausch zwischen Akademikern, Repräsentanten von NGOs und von

## **Wells**

Verbesserung der transatlantischen Zusammenarbeit:

Politiker erkennen an, dass sie Verbündete brauchen

Regierungen und Parlamentarier beraten sich häufiger

Mehr Austausch zwischen Akademikern, NGOs und Bürgern

Europäische Arbeitsteilung  
in Sicherheitsfragen

Bürgern ermutigen. Wir müssen verhindern, dass wir die Kontakte verlieren, die uns im Kalten Krieg gut gedient haben, und wir sollten aufhören, unsere Beziehungen für selbstverständlich zu halten.

Damit möchte ich mich konkreten Maßnahmen zuwenden. Auf dem Gebiet der Verteidigung und der Geheimdienste müssen die Vereinigten Staaten und Europa anerkennen, dass die Mittelunterschiede beträchtlich sind und sich über längere Zeit nicht ausgleichen lassen. Da in Europa keine wesentlichen neuen Finanzierungsmöglichkeiten für Verteidigung und Geheimdienste absehbar sind, muss Europa seine Sicherheitspolitik, Verteidigung und Polizei erheblich reformieren, um Raum für selbstständige und gemeinsame Operationen mit den Vereinigten Staaten zu schaffen.

Dies lässt sich nur durch eine verstärkte Arbeitsteilung erreichen. Europa benötigt keine 15 oder gar 25 verschiedenen Artilleriedivisionen bzw. Flugverbände und muss mit der Finanzierung dieser Spezialeinheiten aufhören. Das ist leicht gesagt, aber schwer umzusetzen. Nationale Regierungen, Politiker und Verteidigungsexperten werden sich dagegen wehren, ihre Autonomie aufzugeben. Doch wenn man eine europäische Verteidigungs-Partnerschaft möchte, die in bestimmten Bereichen mit den Vereinigten Staaten mithalten kann, muss es eine Konsolidierung geben.

Zusammenarbeit gegen  
Massenvernichtungswaffen

Darüber hinaus brauchen wir neue Formen der Zusammenarbeit, um der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zu begegnen. Die politischen Eliten haben das Ausmaß dieser Bedrohung nicht erkannt. Aber Globalisierung und die Entwicklung von Hochtechnologie haben eine äußerst gefährliche Welt geschaffen. Neue Kommunikationstechnologien konfrontieren Militär- und Geheimdienstspezialisten ebenso wie politische Entscheidungsträger mit größeren Unwägbarkeiten. Sie machen Überraschungen, wie am 11. September geschehen, sehr viel wahrscheinlicher.

Deshalb ist mehr amerikanisch-europäische Zusammenarbeit erforderlich, besonders auf folgenden drei Gebieten: Erstens sollten wir bessere Techniken zur Bedrohungseinschätzung entwickeln. Dazu gehört die Analyse unterschiedlicher strategischer Kulturen und die Entwicklung von Bedrohungsszenarien durch verstärkte Zusammenarbeit verschiedener politischer Abteilungen und der Geheimdienste. Um die Bedrohungsanalyse zu verbessern, könnten wir mit den zahlreichen Einrichtungen der US-Regierung beginnen, aber wir sollten auch den Austausch mit unseren europäischen Verbündeten erweitern.

Zweitens sollten wir die Maßnahmen zur Nichtverbreitung stärken. Dazu



gehörten neben verbesserten Sicherheitsvorkehrungen und Inspektionen die Schulung neuer Mitglieder und Einblicke in deren strategisches Denken. Die amerikanische Regierung muss ihre Politik auf diesem Gebiet deutlich verändern.

Dabei müssen wir der Forschung und Analyse der biologischen Kriegsführung besondere Aufmerksamkeit widmen. Anders als die Atomforschung ist die Biotechnologie privat und dezentral organisiert. Aus diesem Grunde betrachten viele Experten biologische Waffen als hochgefährliche Mittel für künftige Anschläge. In der Waffenforschung, der Inventarisierung von vorhandenem Material und was mögliche Reaktionen angeht, sind wir auf diesem Gebiet am wenigsten gut vorbereitet. In der politischen Elite fehlt es insbesondere an geistiger Infrastruktur und ein Bewusstsein für diese Probleme. Deshalb brauchen wir sehr viel mehr gemeinsame Forschung und Politikanalyse zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

Drittens sollten wir eine neue, verstärkte Arbeitsteilung entwickeln, um die globalen Probleme der Entwicklungshilfe, der Epidemien und Gesundheitskrisen sowie der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen anzugehen.

Einige dieser Fragen haben wir erörtert und festgestellt, dass Europa bei einer Reihe dieser Probleme die Führung übernommen hat. Die Vereinigten Staaten dagegen könnten sich hier stärker engagieren, selbst wenn sie die Führung bei internationalen Finanzkrisen übernommen haben, wie Norbert Walter angedeutet hat.

Im Handel und in der Finanzpolitik müssen die Vereinigten Staaten und Europa gemeinsam eine weltweite Führungsrolle übernehmen. Einheitliche Standards im Rechnungswesen und was die Transparenz angeht, ebenso wie gründlichere gegenseitige Information, sind dringend geboten. Diese Ziele sind schwer zu erreichen. Dazu muss der amerikanische Kongress viel beraten oder sogar erzogen werden.

Es gibt viele Möglichkeiten, um die transatlantische Zusammenarbeit zu verbessern und eine produktive Partnerschaft zu schaffen, von denen ich nur einige genannt habe. Viele Politiker beiderseits des Atlantiks sind bereit, diese Gelegenheiten zu ergreifen, und diejenigen, die dieses Bestreben teilen, sollten dazu beitragen, dass sie sich in diese Richtung bewegen, statt nur auf den Druck der Wähler und aufgrund enger nationaler Interessen zu reagieren.

Herrn Wells' Aussage über die Notwendigkeit verstärkten transatlantischen Austauschs unterstütze ich voll. Dies ist ein sehr ernstes Thema, weil sich im Ver-

Globale Fragen der Entwicklung, Gesundheit und Wirtschaft müssen gemeinsam angegangen werden

**Dahrendorf**

Die Arbeitsteilung sollte bewusst geschaffen  
und nicht aus der Not geboren sein.

Dahrendorf

gleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit und auch zu den späteren Phasen des Kalten Krieges, in denen ein regelmäßiger transatlantischer Austausch stattfand, etwas verändert hat.

Angesichts dessen, wie schwierig es für Kongressabgeordnete und andere Politiker zu sein scheint, nach Europa zu reisen, bin ich angenehm überrascht, dass hier so viele Amerikaner anwesend sind. Doch im Allgemeinen dürfte es leichter sein, europäische Foren wie Ditchley, dessen Leiter ich bin, in die Vereinigten Staaten, als Amerikaner nach Europa zu bringen.

Wir müssen eine fassbare  
europäische Realität schaffen

Ein weiterer Punkt auf der Zukunftsagenda, der in unseren Diskussionen deutlich wurde, ist das Bedürfnis, eine fassbare europäische Realität zu schaffen. Denn nur dann kann Europa als bedeutender Partner in einem transatlantischen Verhältnis anerkannt werden, das auch früher manche schwierige Phase erlebt hat, aber sicher jetzt eine besonders schwierige Zeit durchmacht.

Bewusste Arbeitsteilung

Bei der Frage nach gemeinsamen transatlantischen Projekten betonte Herr Wells die Arbeitsteilung. Diese Arbeitsteilung müsste bewusst geschaffen werden und sollte nicht aus der Not geboren sein. Anders gesagt, wir sollten eine Arbeitsteilung entwerfen und nicht eine annehmen, die durch die Weigerung der europäischen Parlamente diktiert wurde, mehr Geld für Verteidigung zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, wir werden hierüber noch eine fruchtbare Diskussion erleben.

**Schroeder**

Eine flexiblere Terrorismusdefinition

Zur Definition des Terrorismus, die sich auf die verwendeten Mittel bezieht, möchte ich eine historische Fußnote anbringen. Historisch macht eine Definition des Terrorismus als Anwendung von Gewalt gegen Nicht-Kombattanten und als Versuch, so viele Menschen wie möglich zu töten, um die Gesellschaft zu zerstören, keinen Sinn. Die Definition ist gleichzeitig zu eng und lässt viele zweifellos terroristische Organisationen außen vor, und auch zu weit, indem sie Organisationen und Menschen zu Terroristen macht, die wir nicht als solche bezeichnen würden.

Wesentliche terroristische Organisationen im 19. Jahrhundert wie der »Wille des Volkes« oder die Kampforganisationen der Sozialrevolutionäre im kaiserlichen Russland haben Zivilisten nicht als Ziele betrachtet. Sie griffen Regierungen und Beamte, vor allem höher gestellte, an. Dennoch waren sie in ihren Methoden und Zielen unbestreitbar Terroristen, da sie Mord und Bombenanschläge benutzten, um das Regime zu destabilisieren. Dabei richteten sie viel Zerstörung und Chaos an. Während sie selbst nicht erfolgreich waren, bereiteten sie mit den Weg für die

Terrorismus – »Ich kann es nicht definieren,  
aber ich erkenne es, wenn ich es sehe.«

Schroeder

russischen Revolutionen von 1905 und 1917. Ähnliches könnte man von der FLN in Algerien oder anderen zeitgenössischen Terrororganisationen behaupten.

Wenn wir die Definition von Terrorismus als den bewussten Angriff auf Zivilisten mit dem Ziel, eine Gesellschaft zu destabilisieren und ihre Widerstandsfähigkeit zu brechen, wörtlich nehmen, dann waren die britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte im Zweiten Weltkrieg zwei der größten terroristischen Organisationen der Weltgeschichte. Gleiches gilt für viele andere Armeen in der Moderne. Daher sollten wir diese Definition aufgeben oder sie zumindest sehr sorgsam verwenden. Stattdessen könnten wir in manchen Fällen auf eine funktionale Definition des Terrorismus oder auf eine »Richter Stuart Potter-Definition« zurückgreifen. Potter war der Richter am amerikanischen Supreme Court, der Pornografie wie folgt definierte: »Ich kann sie nicht definieren, aber ich erkenne sie, wenn ich sie sehe.«

Ich halte es für besser, bei der Definition eines Terroristen Flexibilität zu bewahren, als zum Zweck einer angeblichen moralischen Klarheit eine starre Definition zu versuchen.

Ich bin für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen optimistischer als manche meiner Kollegen hier, weil ich hinsichtlich der demografischen Entwicklung, die Herr Hirsch angesprochen hat, pessimistisch bin. Das Bevölkerungswachstum in ärmeren Ländern wird unvermeidlich die Vereinigten Staaten und Europa zur Zusammenarbeit zwingen, um die dadurch verursachten Probleme anzugehen. Jenseits des Terrorismus werden beide Seiten handeln müssen und nicht nur über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich reden. Ob es uns gefällt oder nicht, wird das die Zukunft unserer Zusammenarbeit prägen. Jedoch haben bisher weder die Amerikaner noch die Europäer die dafür erforderlichen Strategien entwickelt.

Zur Globalisierung. Viele lehnen die Anti-Globalisierungsbewegung ab. Ich meine aber, auch wenn sie inkohärent ist und ein Sammelsurium verschiedener Kräfte darstellt, müssen wir diese Bewegung als Ausdruck der Unzufriedenheit ernst nehmen.

Der Ökonom David Dollar argumentiert überzeugend, dass internationaler Freihandel nicht nur das Wohlstandsgefälle zwischen Staaten abnehmen lässt, sondern auch die Armut innerhalb der Staaten reduziert. »Ja, aber« – wir müssen auch sehen, dass es selbst in den Vereinigten Staaten als Folge der Globalisierung für Millionen Menschen zunehmend schwierig wird zu überleben. Diese Tatsache

**Shore**

Gemeinsame Interessen erfordern  
Zusammenarbeit

Wir sollten die Anti-Globalisierungsbewegung ernst nehmen



hat die Journalistin Barbara Ehrenreich eindrücklich beschrieben, die untersucht hat, wie schwierig es in Amerika geworden ist, mit Niedrig-Lohn-Jobs das Leben zu meistern.

**Smyser**  
Europa und die USA müssen  
gemeinsam eine bessere  
Weltordnung schaffen, um  
Terrorismus vorzubeugen

Zu den Konturen einer »Neuen Weltordnung«: Es hat mich beunruhigt, dass sich unsere Diskussion gestern auf die Frage konzentriert hat, »wer kocht und wer den Abwasch macht«, wobei die Amerikaner angedeutet haben, dass sie kochen und die Europäer den Rest machen müssen. Meiner Meinung nach sind es die Diplomaten, die kochen. Tun sie das gut, wie in Wien 1815, dann herrscht Frieden. Tun sie es schlecht, wie in Versailles 1919, dann gibt es Krieg.

Ich glaube, dass die Anschläge vom 11. September nicht geschehen wären, wenn wir in den 90er Jahren ein anständiges internationales System aufgebaut hätten. Wir sollten deshalb damit aufhören, uns darüber Gedanken zu machen, »wer den Abwasch macht und wer kocht«. Stattdessen sollten wir gemeinsam kochen, denn die Schaffung eines besseren internationalen Systems ist unsere einzige Chance, weitere Anschläge zu verhindern.

Lassen Sie mich etwas konkreter werden. Wenn die USA und ihre Verbündeten nach dem sowjetischen Abzug gemeinsam Afghanistan unterstützt hätten, dann hätten sich dort die Taliban oder Al Qaida nie etablieren können. Nachdem das afghanische Volk seine sowjetischen Besatzer besiegt hatte, habe wir es im Stich gelassen. Vielleicht haben wir ihm kurz für seine Hilfe gedankt, doch dann haben wir unsere Hilfe für das Land und unsere politische Unterstützung für die Regierung vermindert. So konnten die Taliban die Macht übernehmen und Osama bin Laden einladen. Der Westen, und besonders die USA, müssen die Verantwortung dafür übernehmen, dass Al Qaida eine Basis für Angriffe gegen uns errichten konnte.

Die Amerikaner sind momentan nicht bereit, eine neue Weltordnung aufzubauen, weil sie zu sehr mit dem Krieg beschäftigt sind, in den sie verwickelt sind. Interessanterweise bauen die Europäer an dieser neuen Weltordnung oder tun doch zumindest, was möglich ist, indem sie die Europäische Union erweitern. Meine Gespräche mit Herrn Reiter und Herrn Krastev haben mir die Bedeutung dieses Prozesses vor Augen geführt, den niemand unterschätzen sollte. Ich habe die Hoffnung, dass die Amerikaner diesen Prozess unterstützen und die transatlantischen Beziehungen als einen integralen Teil von ihm verstehen.

Europa muss weltweit diplomatische  
Führung übernehmen

Eine neue Weltordnung zu entwickeln muss zu unserer ersten Priorität werden. Es tut mir Leid, dies als Amerikaner zu sagen, aber die Europäer sollten die

Wenn wir uns weiter streiten, kann nie eine neue Welt entstehen, und dabei werden sowohl Europa als auch die USA die Verlierer sein.

Smyser

Initiative ergreifen. Ich Sorge mich weniger um den Status der europäischen militärischen Integration als um die europäische Bereitschaft, weltweit diplomatische Führung zu übernehmen. Denn diese Aufgabe können die USA, aus Gründen, die sehr wenig mit den Fähigkeiten unseres Volkes oder unserer Regierung zu tun haben, zu diesem Zeitpunkt nicht übernehmen.

Ich bin von diesem Gesprächskreis recht entmutigt. Wir streiten uns sinnlos, aber sehr scharf über unsere Rollen und politische Entscheidungen, während wir gemeinsam an einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs und nach dem 11. September arbeiten sollten. Wenn wir uns weiter streiten, kann nie eine neue Welt entstehen, und dabei werden sowohl Europa als auch die USA die Verlierer sein.

Ein Wort zur Wirtschaft. Rechtschaffenheit ist das Schlüsselwort, das Norbert Walter genannt hat. Es ist eine Tatsache, dass der amerikanische Aktienmarkt immer tiefer fällt, weil die Menschen Vertrauen in das System verlieren. Jack Welch hat unredliche Mittel benutzt, um den Börsenkurs von General Electric hoch zu treiben. Der Kurs ist jetzt um die Hälfte gefallen. IBM, eine andere große Firma, ist fast um die Hälfte gesunken. Über ENRON oder Andersen will ich gar nicht reden; Sie haben gewiss über diese Skandale gelesen.

Wenn die Menschen anfangen, Vertrauen in das System zu verlieren, flüchtet das Kapital aus produktiven Anlagen in Sparanlagen. Wenn das Vertrauen gänzlich verloren ist, werden wir einen wirtschaftlichen Sturm erleben, der alle Bemühungen um eine neue Weltordnung hinwegfegen wird. John Hirsch meinte, wir seien geizig. Doch echten Geiz werden wir erst erfahren, wenn eine globale Rezession eintritt.

Die Zeit wird knapp. Ergebnis dieser Diskussion ist – und ich hoffe, die Planungsstäbe des State Departments und des Auswärtigen Amtes nehmen das zur Kenntnis –, dass wir uns an die Arbeit machen müssen. Wir sollten uns nicht über unsere kleinen Streitigkeiten und die kleinen Systemveränderungen Sorgen machen, sondern wir sollten sicherstellen, dass wir ein neues internationales System entwickeln, das dem Wiener Kongress vergleichbar ist, bevor uns die Macht der Ereignisse hinwegfegen kann.

Ein wichtiger Aspekt ist bislang nicht erörtert worden: die Auswirkungen der Anschläge vom 11. September auf die europäische Innenpolitik. Ihre Folgen für die amerikanische Innenpolitik wurden verschiedentlich untersucht, doch berührt der 11. September zumindest in dreierlei Weise den Kern europäischer Innenpolitik.

Für die Wirtschaft ist Rechtschaffenheit essentiell

An die Arbeit!

**Krastev**

Folgen des 11. September für europäische Innenpolitik:



Rechtsrutsch

Es vereinfacht zu sehr, wenn man sagt, der 11. September habe den Aufschwung rechter Parteien in Europa verursacht. Doch er hat eine ganz neue Art von Befürchtungen entstehen lassen und das bestehende Gefühl der Unsicherheit verstärkt – nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Europa. Dies hat Folgen für die Politik der inneren Sicherheit in den meisten europäischen Ländern. Die gewachsene Unsicherheit wird zum Beispiel dazu führen, dass Vorbehalte gegen Immigranten in der breiten Öffentlichkeit an Legitimität gewinnen.

Weniger Toleranz

Eine weitere wichtige Entwicklung kann man am besten in den Niederlanden beobachten: Die »Hollywood Version« des Liberalismus, in der Werte niemals in Konflikt geraten und man nicht zwischen ihnen wählen muss, hat ihre Gültigkeit verloren. Wenn es einen Konflikt zwischen Ronald Dworkin und Isaiah Berlin gab, dann hat Isaiah Berlin am 11. September den Sieg davongetragen.

Jetzt muss man akzeptieren, dass Werte manchmal geopfert werden müssen. Im Dworkinschen Liberalismus war Toleranz der zentrale Wert, doch heute könnten bestimmte Werte wichtiger sein als Toleranz. Beispielsweise könnte es wichtiger sein, auf dem zu bestehen, woran man glaubt, als nur zu akzeptieren und zu tolerieren, woran Leute um einen herum glauben. Dieser Haltungswandel ist bedeutsam.

Einheitliche Position des Westens  
nicht mehr selbstverständlich

Ein drittes Problem entsteht für die osteuropäischen Länder und den Balkan: Zum ersten Mal seit 1989 ist eine einheitliche Position des Westens nicht mehr selbstverständlich.

Momentan haben die sieben Ministerpräsidenten der NATO-Beitrittsländer einen gemeinsamen Albtraum: Was würde geschehen, wenn Amerika am 1. September den Irak angreift und die Europäische Union sich nicht daran beteiligt? Welche Position sollten sie einnehmen? Wie könnten sie diese gegenüber der eigenen und der westlichen öffentlichen Meinung vertreten? Sie wissen genau, dass der NATO-Beitrittsvertrag vom US-Senat nicht ratifiziert wird, wenn es kein klares Zeichen osteuropäischer Solidarität gibt. Doch ohne eine gemeinsame europäisch-amerikanische Position wäre dies für osteuropäische Politiker schwierig, besonders wenn sie Probleme in der Kommunikation mit ihren eigenen Gesellschaften haben.

Abschließend möchte ich Herrn Wells' Aussage, dass es äußerst wichtig ist, unsere Entwicklungspolitik zu koordinieren, voll zustimmen. Die Versuchung für Europa besteht darin, sich zu weigern, den Preis des Anti-Amerikanismus zu bezahlen, der ganz offensichtlich gezahlt werden muss, insbesondere in einigen islamischen Ländern. Europa könnte versuchen, sich zu distanzieren und den





Guten im Vergleich zum bösen Amerika zu spielen. Solch eine Rollenverteilung kann erfolgreich sein, wenn sie Ergebnis einer koordinierten Politik ist. Doch wenn es so aussieht, als ob Europa bewusst den in einigen Regionen wachsenden Anti-Amerikanismus ausnützt, könnte das für die transatlantischen Beziehungen sehr schädlich sein.

Ich stimme allen Vorrednern grundsätzlich zu, was das Maß an Solidarität in den transatlantischen Beziehungen angeht. Zugleich bin ich aber etwas skeptischer insofern, als die Beziehungen zwischen Amerika und Europa zwar sehr eng, aber nicht notwendigerweise stabil sind. Es besteht eine Teilintegration der Märkte, was mehr ist, als im Begriff der amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck kommt, und wir haben eine Teilintegration des Militärs in der NATO erreicht mit außerordentlichem Erfolg. Das heißt, auch im Bereich der Sicherheit hat eine Teilintegration stattgefunden, wenngleich auf diesem Gebiet noch immer eine asymmetrische Machtverteilung besteht, bei der der Führungsmacht USA eine relativ große Anzahl von kleineren europäischen Mächten gegenübersteht. Im militärischen Bereich fehlt bislang – anders als in der Wirtschaft – eine Symmetrie der Beziehungen und damit die Voraussetzung, die wechselseitig auftretenden Probleme konfliktfrei zwischen uns anzugehen.

Wir sind dabei – ich kann nur unterstreichen, was Herr Voigt gesagt hat –, diese europäische Schwäche mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu beheben. Mit anderen Worten: Im Bereich der Sicherheit muss Europa aufholen mit dem Ziel, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union eines Tages zwei in etwa gleich starke politische Entitäten sein werden, die miteinander eng kooperieren, ohne voneinander abhängig zu sein.

Ich habe bereits zuvor darauf hingewiesen: Was wir in der atlantischen Gemeinschaft vor allem benötigen, ist eine politische Organisation. Was wir derzeit antreffen, könnte man in der Terminologie des Realismus als klassische hegemoniale Rivalität bezeichnen. Europa ist dabei, das Übergewicht Amerikas auszugleichen beziehungsweise auszubalancieren, wobei Europa sich in einer Weise verhält, die durchaus als hegemoniale Rivalität zu verstehen ist.

Ich bezweifle nicht, dass Europa mittelfristig im Bemühen um militärische Angleichung an die USA erfolgreich sein wird und damit im Sicherheitsbereich einen ähnlichen Zustand erreichen wird wie in der Wirtschaft. Unsere engen Beziehungen weisen einen hohen Grad an Interdependenz auf. Was fehlt, ist ein Ort der gemeinsamen Steuerung. Und das birgt die Gefahr der Destabilisierung

### **Czempiel**

Transatlantische Beziehungen sind eng, aber nicht stabil

Die atlantische Gemeinschaft braucht eine politische Organisation

Durch maßvolle und konstruktive Kritik  
kann Europa wirklich etwas beitragen.

Caplan

unserer Beziehungen. Aus diesem Grunde plädiere ich nochmals dafür zu überlegen, wie die atlantische Gemeinschaft, die im wirtschaftlichen, im politischen und im sicherheitspolitischen Bereich bereits so eng verzahnt ist, eine gemeinsame Organisation schaffen kann, in der die anstehenden Probleme diskutiert und Lösungen herbeigeführt werden können.

**Caplan**

Ich möchte nicht so alarmierend wirken wie Herr Czempiel, aber doch eine Frage aufwerfen, die sich auf Karsten Voigts Bemerkungen zu den Problemen Europas bezieht.

Wie sollen Europa und die USA  
mit ihren Differenzen umgehen?

Herr Voigt hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Europa imstande sein muss, immer effektiver zu handeln. Er betonte auch, dass Kritik nicht hilft, die Probleme zu überwinden. Das mag richtig sein, aber es stellt sich die Frage, wie wir mit unseren Differenzen umgehen sollen.

... durch konstruktive Kritik

Während des Kosovokriegs zum Beispiel – zu der Zeit lebte ich als Amerikaner in Europa – war die konstruktive Kritik Deutschlands und anderer sehr wertvoll. Diese Kritik stand effektivem Handeln nicht im Weg, wurde aber von den Amerikanern berücksichtigt, die den Krieg anführten. Zum Beispiel betonten viele Europäer die Einzigartigkeit des Kosovofeldzugs und die Bedeutung des Völkerrechts, einschließlich der Notwendigkeit, den UN-Sicherheitsrat wieder damit zu betrauen, wie es schließlich durch die Annahme der Resolution 1244 geschehen ist. Dies war ein gesundes Gegenmittel gegen die Position einiger Amerikaner, die den Kosovo als Präzedenzfall für künftige unilaterale Aktionen ansahen, mit denen der Sicherheitsrat umgegangen wird. Zugleich hat diese Form der Kritik die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht daran gehindert, wirksam zu handeln.

Durch maßvolle und konstruktive Kritik kann Europa wirklich etwas beitragen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, Verbündete könnten keine Differenzen haben. Es geht darum, diese Unterschiede nicht zu unterdrücken oder zu ignorieren, sondern zu lernen, wie man sie zum gegenseitigen Vorteil einsetzen kann. So könnte man zum Beispiel die Ziele und Handlungsweisen multilateraler Organisationen so anpassen, dass sie die veränderten Umstände nach dem Ende des Kalten Kriegs reflektieren und die unterschiedlichen Orientierungen in ein gemeinsames Wertesystem integrieren. Das jedoch setzt voraus, Verbündete als Partner, wenn auch nicht unbedingt als gleichwertige Partner, anzuerkennen.

**Wright**

Die NATO schwebt in Gefahr

Mein Beitrag bezieht sich auf Institutionen und konkret auf die Risiken, denen sich die NATO als militärisches Bündnis gegenüberstellt. Anschließend an Herrn



Reiter,  
Stelzenmüller, Caplan

Soutous gedankenreiche Erörterung der Bedingungen, unter denen Institutionen scheitern können, möchte ich drei Gefahren für die NATO zur Diskussion stellen.

Die erste Gefahr ist die Vorliebe der Amerikaner für das, was sie für flexiblere und leichter kontrollierbare Koalitionen halten. Zweitens macht die Erweiterung, die aus vielen Gründen begrüßt werden sollte, die Arbeitsweise der NATO komplexer und birgt die Gefahr, dass das Bündnis zu einer politischen Schwatzbude verkommen und seine Hauptkonzentration auf militärische Planung verlieren könnte. Die dritte Gefahr ist der Wunsch der Europäer, eine Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Rahmen der EU zu schaffen. Um sinnvoll zu sein, muss dies mit einem effektiven militärischen Planungssystem unterfüttert werden. Ein paralleles europäisches Sicherheitssystem bedroht natürlich die NATO. Alle drei Gefahren verstärken einander.

Warum sollten wir uns darum kümmern? Wenn die NATO das erfüllt hat, wozu sie einmal gegründet wurde, sollten wir dann ihr mögliches Ableben als militärische Allianz betrauern? Es wird Sie nicht überraschen, dass ich als Brite stark davon überzeugt bin, dass wir diesen möglichen Untergang betrauern sollten.

Zunächst bleibt die NATO der Hauptmechanismus, der einen effektiven Sicherheitsdialog zwischen den Vereinigten Staaten und Europa garantiert. Europas Anteil an der praktischen militärischen Komponente der NATO verleiht Autorität und veranlasst die USA zumindest bis zu einem gewissen Grad, uns zuzuhören. Die amerikanische Neigung, sich eher auf Ad-hoc-Koalitionen für bestimmte Operationen als auf die NATO zu verlassen, könnte diesen Dialog gefährden.

Wie wir hier bereits festgestellt haben, wird Europa zudem nicht die Mittel aufbringen können, um die ausschlaggebenden militärischen Kapazitäten zu ersetzen, die die Vereinigten Staaten durch die NATO einbringen. Deshalb hat Europa keine Wahl, als seine Sicherheitsidentität auf eine Weise zu entwickeln, die mit der NATO voll vereinbar ist.

Schließlich wird selbst in anderen Koalitionen unter amerikanischer Führung das militärische Herzstück von NATO-Staaten gebildet werden. Ohne das System der NATO für die ständige Überprüfung und Erneuerung der Doktrin und der operativen Durchführung wäre die militärische Wirksamkeit dieser Koalitionen dramatisch eingeschränkt. Zugleich – und diese Überlegung ist für gewählte Politiker in Amerika wie in Europa sehr wichtig – würde das Risiko für unser eigenes militärisches Personal während der Durchführung solcher Operationen erheblich anwachsen.

Eine Auflösung des Bündnisses wäre schrecklich, da:

Die NATO einen effektiven Sicherheitsdialog sichert

Europa nicht genügend Kapazitäten hat

## Kaufmann

Wir brauchen Öffentlichkeitsarbeit

Ich möchte die Notwendigkeit einer starken Öffentlichkeitsarbeit zur Information der Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks unterstreichen, auf die Herr Voigt in seinen Eingangsbemerkungen hingewiesen hat.

Das ist auch eine Herausforderung für die Organisatoren dieser Konferenz. In Gesprächskreisen wie diesem wird eine große Bandbreite an Wissen und Meinungen darüber ausgetauscht, wie man weiter vorgehen kann. Praktisch stellt sich mir die Frage: Was tun wir anschließend? Sind die Meinungen erst einmal an die Öffentlichkeit gebracht und die Bücher publiziert worden, wird die Öffentlichkeitsarbeit häufig vernachlässigt. Zwei Beispiele heben vielleicht die Bedeutung dieses Aspekts hervor.

Beispiele für Manipulation  
durch die Presse

Im April war auf dem Titelblatt der Defense News, eines amerikanischen Handelsblatts mit internationaler Verbreitung, ein Farbfoto, auf dem der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz direkt neben dem taiwanesischen Verteidigungsminister Tang saß. Tatsächlich waren sich die zwei Minister nur in einer geschlossenen bilateralen Sitzung begegnet und hatten während der Konferenz nicht nebeneinander gesessen. Das Bild wurde in einer Computermanipulation »gemorpht«, also hergestellt, um zu suggerieren, die beiden hätten nebeneinander gesessen. Diese Manipulation hatte weit reichende Folgen für unsere Beziehungen zu China: Vier Schiffsbesuche in Hongkong wurden in der Folge dessen abgesagt.

Mein anderes Beispiel bezieht sich auf die Art und Weise, in der die amerikanische Regierung in der Presse dargestellt wird. Sowohl in Amerika wie in Europa, wie Herr Voigt angedeutet hat, werden amerikanische Regierungseinrichtungen überwiegend als dysfunktional und von Hardlinern dominiert hingestellt und die Rolle, die Außenminister Powell spielt, marginalisiert. Soweit ich erkennen kann, stimmt das in keiner Weise. Wenn Powell in dem Maße an den Rand gedrängt wäre, wie das die US-Presse nahe legt, hätten die Vereinigten Staaten nach dem 11. September ganz andere Maßnahmen ergriffen.

Das zeigt, wie wichtig Öffentlichkeitsarbeit ist. Nach meiner Erfahrung im letzten Jahr beunruhigen sich viele Amerikaner über ihre Regierung. Das derzeitige Debakel um FBI und CIA und die Enthüllungen während der Kongressanhörungen verstärken dieses Gefühl. Doch alle diese öffentlichen Empfindungen werden stark von der Darstellung dieser und anderer Probleme in den Medien beeinflusst.

»a question a day on terrorism«

Ich fordere deshalb die Initiatoren dieses Gesprächskreises und alle hier Anwesenden auf, über die Frage nachzudenken: Wie können wir die Instrumente der

Öffentlichkeitsarbeit wirksam einsetzen, um eine größere Öffentlichkeit mit den ausgewogeneren und differenzierteren Interpretationen bekannt zu machen, wie wir sie hier erörtert haben? Als Vorschlag möchte ich auf die Tätigkeit des Council on Foreign Relations hinweisen. Unmittelbar nach dem 11. September haben sie eine Verbindung auf ihrer Website hergestellt, die »A question a day on terrorism« heißt. Jeden Tag seit dem 11. September können hier Experten ihr Wissen einsetzen und ausgewogene Analysen zum Thema Terrorismus präsentieren.

Im Anschluss an diesen Gesprächskreis wäre es zu überlegen, mit einem ähnlichen Instrument das hier versammelte Wissen weithin verfügbar zu machen. Wenn wir solche Schritte nicht unternehmen, werden wir es stets mit einer uninformierten und unausgewogenen öffentlichen Wahrnehmung zu tun haben. Und wie Sie wissen, sind Wahrnehmungen sehr stark und sehr wirkungsvoll, und wir müssen mit ihnen umgehen.

Ich habe ein neues Wort gelernt: »zu morphen«. Sie sitzen hier zwischen einem Bulgaren und einem Deutschen, und wir werden sicherstellen, dass Herr Darchinger, der gestern viele Fotos gemacht hat, nicht jemand anderen dorthin »morpht«.

**Dahrendorf**

Ich schließe an Colonel Kaufmanns Bemerkungen an: Ich glaube auch, dass wir die Botschaft der transatlantischen Kooperation den Menschen besser verkaufen müssen. Das ist besonders heute der Fall, weil die öffentliche Meinung in Amerika und Europa stärker voneinander abweicht als die Meinungen der so genannten herrschenden Eliten. Dieser Situation müssen wir uns annehmen, auch wenn wir dabei Probleme berücksichtigen müssen, die zweitrangig oder sogar überholt sein mögen.

**Soutou**

Dies führt mich zu einem umfassenderen Problem. Europäische Bürger verlieren viele ihrer traditionellen Bindungen, weil der Nationalstaat politisch weniger wichtig geworden ist. Das hat mit dem Einfluss von Brüssel, der Globalisierung und wohl auch mit der Einwanderung zu tun. Aber die Europäische Union füllt die entstandene Lücke noch nicht. Sie ist zu technisch, zu abstrakt und noch keine voll entwickelte politische Körperschaft.

Wir haben in einem anderen Zusammenhang von »nation-building« gesprochen. Ich denke, dass Europa genau das heute braucht. Der Europäische Verfassungskonvent könnte ein Schritt in diese Richtung sein. Um erfolgreich zu sein, sollte er sich nicht auf den Entwurf einer europäischen Verfassung konzentrieren,

Europa braucht »nation-building«



Schulze, Stütze

denn das ist sehr hoch gegriffen und wahrscheinlich unrealistisch. Vielmehr sollte er versuchen, die unterschiedlichen Kompetenzebenen in Europa abzugrenzen. Die europäischen Bürger müssen wissen, wie sie zu ihrer Region, dem Nationalstaat und Europa stehen. Nach meiner Auffassung müssen erst diese Probleme zufrieden stellend gelöst sein, dann kann die transatlantische Beziehung wiederbelebt werden, und zwar nicht nur zwischen den Eliten, denn das wird so schwierig nicht sein, sondern auch zwischen den Gesellschaften.

Das bedeutet, dass wir uns nicht mit der Lösung technischer Probleme zufrieden geben können. Wir müssen die größeren politischen Fragen angehen, wie es die Gründungsväter sowohl Europas als auch der transatlantischen Beziehung nach 1945 getan haben. Denn zu der Zeit erlebten wir eine transatlantische Gemeinsamkeit, die manche gerne wieder sehen möchte. Und es war eine Zeit, zu der die Vereinigten Staaten im Vergleich zu Europa ungeheuer viel mächtiger waren als heute, zu der aber dennoch ein wahrer transatlantischer Dialog und eine Nähe möglich waren und erreicht wurden.

### Ischinger

Die Geschichte des Zerstörers Lütjens:  
eine transatlantische Werbekampagne

Veranlasst durch eine Bemerkung von Herrn Kaufmann beginne ich mit dem Hinweis auf eine für die deutsch-amerikanische Öffentlichkeitsarbeit in der Zeit nach dem 11. September bemerkenswerte PR-Aktion. Dabei ging es um den deutschen Zerstörer »Lütjens«, eine Geschichte, die vermutlich nur einige von Ihnen kennen.

In den Tagen direkt nach dem 11. September befand sich dieses ziemlich alte Schiff im Rahmen eines NATO-Übungsverbandes außerhalb von Portsmouth auf See. Als der Befehl erging, dass die »Lütjens« den Verband verlassen sollte, hisste man an Bord die amerikanische Flagge. Gleichzeitig entfaltete die Besatzung ein weithin sichtbares Betttuch, auf dem in großen Lettern geschrieben stand: »We stand by you!« Die ganze Mannschaft der »Lütjens« nahm auf Deck Haltung an, als man an dem amerikanischen Schlachtschiff »Churchill« vorbeifuhr und sich auf diese spektakuläre Weise verabschiedete.

Diese Szene wurde von einem jungen Offizier auf dem amerikanischen Schiff fotografiert und mit einer E-Mail an seinen Vater geschickt. Der junge Offizier schilderte darin, dass er wie viele seiner Kameraden Tränen in den Augen gehabt habe angesichts dieser Solidaritätsgeste der Deutschen, und erinnerte daran, dass es gerade für die junge Generation eigentlich unvorstellbar war, dass eine solche enge Zusammengehörigkeit angesichts der Geschichte der letzten hundert Jahre nun möglich geworden ist.

»we stand by you«

Die Besatzung der Lütjens

Diese E-Mail hat in Amerika so intensiv die Runde gemacht, dass ich sie in meiner Botschaft auf meinem Laptop ungefähr 55 Mal von allen möglichen Seiten zugeschickt bekam. Sie hat ohne Zutun der Botschaft den amerikanischen Kongress erreicht, wo sie sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat verlesen wurde.

Ich habe im Sinne moderner Öffentlichkeitsarbeit Bundesminister Scharping gebeten, die »Lütjens« möglichst sofort über den Atlantik nach New York zu entsenden, damit wir dort die Mannschaft entsprechend hätten würdigen können. Das war zwar nicht möglich, aber der Kapitän wurde mit einer kleinen Delegation nach Amerika entsandt. Das Tuch mit dem Satz »we stand by you« wurde in einer sehr zu Herzen gehenden Zeremonie mit Senator Dick Lugar und mehreren amerikanischen Abgeordneten offiziell dem amerikanischen Kongress übergeben. Ich kann sagen: Alle Reden des Bundeskanzlers und des Außenministers und das, was wir offiziell getan haben, hat mit Abstand nicht so viel Gutes in der amerikanischen Öffentlichkeit bewirkt wie diese E-Mail des jungen amerikanischen Offiziers.

Erlauben Sie mir noch einige weitere Bemerkungen. Herr Smyser hat Recht: Während die Europäer damit beschäftigt sind, ihr größeres Europa zu bauen, versuchen die Amerikaner tatsächlichen oder potentiellen Bedrohungen entgegenzutreten. Ich würde darin kein Anzeichen einer Krise sehen; denn so ist es eigentlich immer schon gewesen. Wir haben sehr viel kritischere Situationen in den transatlantischen Beziehungen erlebt als die gegenwärtige.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir Europäer größere Anstrengungen unternehmen müssen, um auf dem Radarschirm der amerikanischen Politik im Sinne eines politisch handelnden Europas wahrgenommen zu werden. Als Wirtschaftsfaktor sind wir sichtbar, nicht aber als politischer Faktor, und da muss Europa einiges selbst tun.

Sam Wells hat die notwendige Zusammenarbeit im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungs- und biologischen Waffen erwähnt. Ich erlaube mir allerdings als Fußnote zu erwähnen, dass die Geschichte des Zusatzprotokolls zur biologischen Waffenkonvention nicht besonders erfreulich war. Wer über Jahre hinweg den Versuch effektiver Verifikation vereitelt, weil die eigene Industrie kein Interesse an invasiven Inspektionen hat, der sollte sich, wenn er glaubwürdig sein will, nicht hinterher gegen die ausgehandelten multilateralen Papiere wenden mit dem Argument, sie seien nicht gut genug.

Noch ein Wort zur NATO: Zum ersten Mal seit 1945 hat die Bundesrepublik Deutschland jetzt Soldaten im Einsatz verloren, zwar nicht durch Feindwirkung,

Die transatlantischen Beziehungen sind nicht in der Krise

Kooperation gegen Massenvernichtungswaffen wichtig

Es besteht gemeinsames Interesse  
am Erhalt der NATO

sondern durch einen Unfall in der Nähe von Kabul. Diese Soldaten befanden sich aber nicht in einem klassischen NATO-Einsatz, sondern waren Teil der Ad-hoc-Koalition in Afghanistan. Da besteht ein wichtiger Unterschied: Wenn die NATO als Bündnis zum Einsatz kommt, tritt der NATO-Rat in Funktion. In dem Fall muss nach der Erweiterung unter neunzehn NATO-Partnern eine Entscheidung getroffen werden, an der alle beteiligt sind. Bei der gegenwärtigen Ad-hoc-Koalition spielt der NATO-Rat, der in Brüssel oder bei SHAPE sitzt, dagegen keine Rolle. Stattdessen haben Deutschland und die anderen europäischen Mitgliedsländer Verbindungsoffiziere nach Tampa in Florida geschickt. Da ist inzwischen eine große Zahl von Offizieren aus aller Welt zusammengekommen, die natürlich nicht alle mitreden können, sondern im Wesentlichen auf das Zuhören beschränkt sind.

Wir Europäer müssen daran interessiert sein, das amerikanische Interesse an der NATO aufrechtzuerhalten, weil wir die USA unbedingt in das Entscheidungs- und Beschlussgremium des NATO-Rats einbinden wollen. Die USA haben ihrerseits das Interesse – so unterstelle ich jedenfalls –, das Bündnis zu nutzen, weil es für sie immer ein zweckmäßiges Führungsinstrument in ihrer Europapolitik gewesen ist unabhängig von der rein technischen Rolle des Bündnisses als Koordinierungsorgan von Verteidigungsmaßnahmen.

Ich bin deshalb überzeugt, dass wir Europäer einen Fehler machen würden, wenn wir uns nicht sehr viel energischer, als wir es bisher getan haben, darum bemühen, dass das Bündnis auch künftig genutzt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass anstelle der NATO Ad-hoc-Koalitionen gebildet werden. Das würde nicht nur das Bündnis als Institution unterminieren, sondern uns Europäer auch des Mitsprache- und Mitentscheidungsrechts gegenüber der Führungsmacht USA berauben.

**von Weizsäcker**

Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir uns wieder auf den Titel unserer Diskussion besinnen: »Konturen einer ›Neuen Weltordnung««. Das heißt, wir sollten unsere Überlegungen nicht ausschließlich auf das transatlantische Verhältnis richten; denn die neue Weltordnung wird nicht nur über den Atlantik hinweg zustande kommen.

Viele Länder sind an einer  
multipolaren Welt interessiert

Wenn wir etwa nach China, Indien, Russland oder nach Indonesien blicken, dann steht jedes dieser Länder vor ungeheuren Herausforderungen, die nicht zuletzt daraus resultieren, dass sich diese Länder am Weltmarkt orientieren, wobei sie im Hinblick auf eine neue Weltordnung ihre eigenen Vorstellungen





haben. Vor allem sind sie nicht an einer unipolaren, sondern an einer multipolaren Welt interessiert.

Wenn hier vorhin das Stichwort »Wiener Kongress« gefallen ist, dann stelle ich zumindest in Frage, ob wir das europäische Machtbalancesystem von 1815 tatsächlich auf die ganze Welt übertragen können. Was jedoch sicher zutrifft, ist, dass die vorgenannten Länder, die eine multipolare, ausbalancierte Welt anstreben, sich nicht zuletzt an Europa orientieren. Aus China und Indien hört man: Ihr Europäer habt einen Binnenmarkt mit 340 Millionen Menschen, und wenn die sicherlich schwierige Erweiterung gelingt, werden es 500 Millionen Menschen sein. Das verschafft euch ein Gewicht, das ihr weltpolitisch in die Waagschale werfen müsstet.

Angesichts solcher Kommentare aus anderen Teilen der Welt – nicht nur aus den USA – geht es, so meine ich, nicht in erster Linie um die Frage, ob sich Europa von Amerika emanzipieren oder ob es eine neue Art der Lastenteilung über den Atlantik hinweg geben kann. Das ist typische NATO-Terminologie, mit der eine ausbalancierte neue Weltordnung im Verhältnis zwischen Europa und Amerika nicht auskommt.

Ich bin davon überzeugt, dass die tiefe Gemeinsamkeit über den Atlantik hinweg erhalten bleibt. Ihre Wurzeln liegen in der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, und ihre beste Frucht ist die amerikanische Verfassung, zu deren wichtigsten Lehren die Einsicht zählt, dass es der checks and balances bedarf. Jede Macht, die ohne ausbalancierende Gegenmacht agiert, wird Versuchungen erliegen, die ihr auf die Dauer weder national noch international zuträglich sein werden.

Im Sinne dieser gemeinsamen Wurzeln kommt auch auf uns Europäer die Aufgabe zu, uns an der Ausbalancierung der Machtgewichte zu beteiligen. Können wir das schaffen? Es waren in unseren Erörterungen berechtigte Hinweise auf die Schwierigkeiten zu hören, mit denen Europa heute konfrontiert ist. Dennoch meine ich, dass Europa etwa im Hinblick auf asiatische Erwartungen, was die europäische Rolle auf lange Sicht angeht, wirklich Fortschritte macht. Wenn ich beispielsweise die Frage einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik betrachte, dann haben die Mitglieder der Europäischen Union in den 90er Jahren in der Balkankrise eine harte, aber sehr hilfreiche Lehre erfahren. Denn wir waren bei dieser Krise nicht nur außerstande, mit einer Stimme zu sprechen, sondern die europäischen Länder strebten dabei auch ganz unterschiedliche Ziele an. Die Amerikaner mussten zwar die Europäer gegen ihren Willen vom Nutzen eines Kosovokrieges überzeugen, aber es waren die Europäer, die diesen

Eine neue transatlantische Lastenteilung:  
Europa als balancierende Gegenmacht



Europäer wollen globale  
Institutionen stärken

Krieg beendet haben, und nicht die USA. Das war ein Schritt in Richtung politische Union.

In Europa wächst die gemeinsame Erkenntnis, dass die globalen Institutionen und Regeln gestärkt werden müssen und auch können. Wir werden uns auf die Dauer dafür einsetzen, das Ansehen und die Durchschlagskraft der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen zu stärken. So weit sind wir gegenwärtig noch nicht, aber Lord Dahrendorf – immerhin ein Mitglied des Britischen Oberhauses – hat ja schon die Möglichkeit angedeutet, dass die beiden ständigen europäischen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat zu einer gemeinsamen Stimme finden könnten. Bei der Stimmabgabe im IMF und in der Weltbank stehen wir vor ähnlichen Aufgaben, obwohl das noch keineswegs Realität ist.

Bei den Vereinten Nationen müssten wir Europäer vor allem dazu beitragen, deren Handlungsfähigkeit nachhaltig zu erhöhen. Ich habe nie verstanden, warum wir Deutsche unbedingt ständiges Mitglied des Sicherheitsrats werden wollen, was unsere Probleme eher vergrößern als verringern dürfte. Ich bin durchaus nicht gegen die deutsche UN-Politik, sondern befürchte nur, dass wir damit die fällige Strukturreform eher behindern.

Nicht-militärische Institutionen  
müssen gestärkt werden

Viel wichtiger scheint mir zu sein, im Rahmen der Vereinten Nationen neben dem Sicherheitsrat, der bisher der alleinige Machtfaktor ist, andere Machtzentren zu schaffen, die nach gemeinsam vereinbarten Regeln ebenfalls Macht ausüben können. Denn der Sicherheitsrat denkt militärisch. Die meisten Probleme der Weltbevölkerung lassen sich aber militärisch nicht lösen. IMF und Weltbank lassen sich gelegentlich dazu herab, den UN-Einrichtungen Erfahrungsberichte zu übermitteln, aber eine funktionsfähige Weltgemeinschaft bedürfte besserer institutioneller Strukturen.

Eine Stärkung des Völkerrechts wäre auch über die ohnehin bereits gegebenen Einflussmöglichkeiten der WTO denkbar. Auch ein Umweltrat, von dem hier die Rede war, könnte mit entsprechenden Kompetenzen eingesetzt werden. Mit anderen Worten: Die Europäer sollten sich mit ihrer heute schon gegebenen Kraft – in erster Linie im wirtschaftlichen Bereich – auch in Richtung auf eine neue Welt- und Rechtsordnung sehr viel stärker engagieren als bisher.

Wir müssen eine gerechte  
Weltordnung anstreben

Hier ist verschiedentlich das Thema Dritte Welt angesprochen worden. Was ich bemängeln möchte, ist, dass bislang kaum im transatlantischen Dialog erörtert worden ist, welche Ziele die Konferenz in Johannesburg im August dieses Jahres anstreben sollte. Dazu fehlt bisher ein gemeinsames brainstorming zwischen Europäern und Amerikanern. Nobert Walter hat in diesem Zusammenhang das

gesellschaftspolitische Ethos marktwirtschaftlicher Ordnung im Sinne von Walter Eucken und F.A.von Hayek hervorgehoben. Und bekanntlich war ja auch Adam Smith mindestens so sehr Moralist wie Ökonom. Es muss darum gehen, dieses Ethos und diese Ordnungspolitik auch auf die Fragen einer gerechten Weltordnung im sozialen und ökologischen Sinne anzuwenden. Wir tragen alle dafür Verantwortung, dass in dieser Hinsicht langfristige Interessen Vorrang erhalten vor kurzfristigen Nutzenkalkülen. Hier wäre ein transatlantischer Dialog sicher sinnvoll, und verstärkte europäische Aktivitäten könnten uns nach vorn bringen.

Herr Walter hat zu Recht auf die Bedeutung von EU-Kommissaren wie Lamy und Monti für die transatlantischen Beziehungen hingewiesen. Die Europäer verfügen ja generell über nicht geringe Einflussmöglichkeiten auf die Amerikaner. Vor zehn Jahren wäre es jedenfalls noch undenkbar gewesen, dass ein EU-Kommissar ein Zusammengehen von General Electric und Honeywell hätte verhindern können oder dass große amerikanische Firmen sich jetzt europäischen Börsenregulierungen unterwerfen müssen, die zum Teil viel strenger sind als die amerikanischen (das mag durch die neuen ENRON-Gesetze in Zukunft anders sein). Im Sinne der Ausführungen von Herrn Smyser hat das möglicherweise sogar heilsame Rückwirkungen auf die amerikanische Ökonomie.

Selbstverständlich wollen wir Europäer die Amerikaner nicht darüber belehren, wie sie ihre Wirtschaftsordnung einzurichten haben. Aber wir sollten nicht vergessen, dass Europa sehr viel mehr zu bieten hat, als wir oft denken und es auch hier zum Teil zu hören war. Auch beim Euro scheinen wir im Augenblick fast zu befürchten, dass sein Wert zu schnell steigt, nachdem lange Zeit das Gegenteil gergewöhnt worden war. Es gibt also genügend Aspekte und Ansatzpunkte sowohl im transatlantischen Verhältnis als auch in Bezug auf die neue Weltordnung, die uns Europäer nicht bloß nötigen, sondern durchaus befähigen, aktiv zu werden.

Herr Reiter hat dankenswerterweise die positiven Auswirkungen der EU-Erweiterung angesprochen: dass damit das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl und Selbstbewusstsein gestärkt wird, was eine Ermutigung für die Zukunft darstellt. Wir reden immerfort nur über die Schwierigkeiten, die mit der Erweiterung verbunden sind. Die Kosten, die die Integration der polnischen Landwirtschaft in die EU mit sich bringen, beschäftigen, so scheint es, die deutsche Regierung gegenwärtig so stark, als sei dies der Hauptaspekt. Dabei sind die Schwierigkeiten nur Ausdruck des Fortschrittsprozesses, in dem wir uns befinden. Wir sehen doch allenthalben, dass es vorangeht.

Wirtschaftlich hat Europa großen Einfluss

EU-Erweiterung ist ein Fortschritt



Hinsichtlich der institutionellen Strukturen hat der britische Premierminister vorgeschlagen, im Europäischen Rat einen Präsidenten jeweils für fünf Jahre einzusetzen. Dies scheint mir der falsche Weg zu sein. Stattdessen plädiere ich dafür, einerseits die EU-Kommission und andererseits den Europäischen Rat dadurch zu stärken, dass das Einstimmigkeitsprinzip weit gehend abgeschafft wird. Aber sehr erfreulich finde ich die konstruktive Beteiligung der britischen Regierung an dieser uns im Zuge des Verfassungskonvents sehr intensiv beschäftigenden Fragestellung. Auch hinsichtlich des britischen Beitritts zur Euro-Zone bin ich zuversichtlich. Mittel- und langfristig werden die derzeitigen Bedenken sicherlich weichen.

Für ein selbstbewusstes Europa

Abschließend möchte ich mit nochmaliger Bezugnahme auf Janusz Reiter vorschlagen, dass Europa politisch, ökonomisch, ökologisch und im Blick auf eine entstehende neue Weltordnung beherzt eigene Wege geht und der amerikanischen Position ohne Überheblichkeit, aber auch ohne zu große Zurückhaltung begegnet. Nur so wird Europa Beiträge zu einer gedeihlichen Machtbalance leisten können, zum Nutzen der gesamten Menschheit.

**Wolfson**  
Europa konzentriert sich  
auf interne Probleme

Im Lichte dessen, was Herr von Weizsäcker gerade gesagt hat, könnten meine Bemerkungen trivial scheinen. Da mehrere von der Notwendigkeit gesprochen haben, Europa solle mehr diplomatische Führung in der Welt zeigen, möchte ich dennoch eine gewisse Spannung feststellen, die aus amerikanischer Sicht erkennbar ist. Die Europäische Union sieht sich vielen internen Herausforderungen gegenüber, die viel Energie absorbieren und die Europäer stark nach innen blicken lassen. Dies steht in Konflikt mit der Energie, die nötig wäre, um ein wirkliches außenpolitisches Engagement der EU zu schaffen und zu erhalten.

Man stelle zum Beispiel nur einmal fest, wie häufig ein EU-Konsens für wichtiger gehalten wird als die Qualität einzelner Argumente, um den Widerstand gegen den Schritt von intergouvernementalen zu supranationalen Entscheidungsmodellen zu verringern. Es scheint fast ein Leitprinzip europäischer Politiker zu sein, den EU-Entscheidungen Priorität vor ihren eigenen Überlegungen zu geben. Das macht es nicht nur gelegentlich für die Vereinigten Staaten schwierig, mit den Europäern zusammenzuarbeiten. Es behindert auch die Entwicklung des europäischen Einflusses in der Welt.

**Allin**

Ich will für einen Moment auf die heutige Position Amerikas in Bezug auf die Welt-politik zurückkehren.

Kurz nach dem 11. September hat John Ikenberry einen Artikel in *Survival* veröffentlicht, in dem er argumentierte, die Nachkriegshaltung amerikanischer Selbstbegrenzung durch Einbettung in internationale Institutionen würde sich wegen der Komplexität und des transnationalen Charakters des Kriegs gegen den Terrorismus verstärken. Leider ist er hier nicht anwesend, um uns dazu einen Fortschrittsbericht zu liefern und uns zu sagen, ob er weiterhin an seiner These festhält.

Zur Verteidigung seiner These könnte man allenfalls Tschou En Lais berühmte Bemerkung zur Französischen Revolution verwenden: »Es ist noch zu früh, um das zu sagen.« Es ist sicher noch zu früh, um zu sagen, welchen Kurs Amerika letztlich in diesem Zusammenhang verfolgen wird. Gegen Ikenberrys Argumente könnte man anführen, dass zwei Entwicklungen, wovon eine bereits klar vor dem 11. September vorhanden war, Amerikas Position kurz- und mittelfristig beeinflussen.

Die Vereinigten Staaten haben in mancher Hinsicht den Höhepunkt des Internationalismus in ihrer Außenpolitik überschritten. Bereits vor dem 11. September gab es eine Gruppe echter Neo-Isolationisten im US-Kongress, die bisher aber nicht dominant war. Und wie Herr Wells schon bemerkt hat, fehlt das Interesse an internationalem und besonders an einem transatlantischen Austausch. Ohne Zweifel war diese Bush-Regierung von Anfang an weniger internationalistisch als die alte Bush-Regierung, nicht unbedingt in ihrer Politik, aber in ihrer Zusammensetzung. Seit dem 11. September hat sich dieser Trend verstärkt, nachdem der liberale Internationalismus in den Vereinigten Staaten insgesamt einen Rückschlag erlitten hat.

Die derzeitige Empfindlichkeit der Amerikaner kommt von der Wahrnehmung, die selbst die gemäßigte Linke teilt, dass die Europäer die Realität des Kriegs nicht erkennen – dabei berücksichtige ich Herrn von Weizsäckers entschiedene Widerlegung dieser Aussage. Das bereitet Amerikanern mehr Sorge als die amerikanischen Unilateralisten, die bei der Verhandlung des Kyoto-Protokolls die Bedrohung durch den Klimawandel nicht erkennen.

Um das in den Zusammenhang unserer Diskussion zu stellen: Die Tatsache, dass wir uns im Krieg befinden oder glauben, dass wir uns im Krieg befinden, und darauf etwas dogmatisch und penetrant bestehen, bedeutet nicht, dass wir in unseren Kriegszielen nicht ehrgeizig sein können. »Ehrgeizig« benutze ich in dem Sinne, dass die Planungen nach dem Zweiten Weltkrieg äußerst ehrgeizig waren, indem sie zum Staatsaufbau in Deutschland und Japan, zum Marshall-Plan und

Weniger amerikanische Selbstbegrenzung durch internationale Institutionen

11. September verstärkt Isolationismus

Dies könnte Europas Aufgabe sein:  
die Amerikaner daran zu erinnern, was nötig ist,  
um eine neue Weltordnung aufzubauen.

Allin

zur Schaffung internationaler Institutionen geführt haben. Ich verwende »Ehrgeiz« auch im Sinne des Kalten Kriegs, d.h. als den Versuch, den Wert und vielleicht sogar die Überlegenheit des westlichen gegen ein rivalisierendes System zu beweisen. Als ich in den 60er und 70er Jahren aufwuchs, wurde dies als eine Notwendigkeit angesehen und führte zu so unterschiedlichen Entwicklungen wie dem Wettlauf zum Mond und der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten.

Transatlantische Initiative  
für Entwicklung

Bei der Definition eines gemeinsamen Ziels bin ich mit Herrn Shore und anderen einig, die das globale Wohlstandsgefälle als ein wirklich drängendes Problem erkennen, das nach transatlantischer Initiative verlangt. Ich glaube zwar, dass die Beziehung zwischen dem Elend auf der Welt und der gegenwärtigen terroristischen Bedrohung nicht ganz klar ist. Dennoch würde ich nie bestreiten, dass für das nächste halbe Jahrhundert das ungeheure Ungleichgewicht zwischen dem unglaublichen Wohlstand des Westens und dem allgemeinen Elend der Entwicklungsländer die dunkle Seite der Globalisierung bleiben wird. Daher werden die Herausforderungen, die sich am 11. September manifestiert haben, uns ebenso weiter begleiten.

Der britische Premierminister Tony Blair verdient viel Anerkennung dafür, dass er ein Modell für die transatlantischen Beziehungen entwickelt hat. Er weist das »America bashing«, also das verbale Eindreschen auf Amerika, strikt zurück, versucht aber zugleich, über eine uneingeschränkte Unterstützung kurzfristiger amerikanischer Neigungen hinauszugehen, indem er an unsere bessere Seite appelliert und die größeren Ziele dieses Krieges gegen den Terrorismus betont. Dies könnte Europas Aufgabe sein: die Amerikaner daran zu erinnern, was wirklich nötig ist, um eine neue Weltordnung aufzubauen.

**Reynolds**

Bündnisse basieren auf  
Komplementarität, nicht Identität

Herrn Wells' hilfreich pragmatische Darlegung veranlasst mich zu einigen zusätzlichen Bemerkungen über Bündnisse und Schlagworte.

Zu den Bündnissen: Unsere Diskussion ging zeitweise davon aus, dass Bündnisse auf einer gemeinsamen Identität beruhen. Doch ich glaube, sie basieren eher auf Komplementarität. Viele hier scheinen davon auszugehen, dass Amerikas Haltung des »Friss oder stirb, das sind unsere Ziele« Europas »Ihr seid auf dem Holzweg, ihr müsst die Richtung ändern« entgegensteht. Stattdessen sollten wir unsere Handlungen als komplementär verstehen und die Projekte des anderen anerkennen, auch wenn wir uns an ihnen nicht beteiligen.

Dies erfordert zweifellos die gegenseitige Anerkennung der Denkweise und

Prioritätensetzung des jeweils anderen. Europäer sollten beispielsweise die Bedeutung der europäischen Erweiterung betonen, und erklären, dass sie auch im Interesse der Amerikaner ist, nicht zuletzt weil das 20. Jahrhundert gezeigt hat, welche katastrophalen Folgen ein zerrissenes und rivalisierendes Europa hat. Zugleich müssen die Menschen auf dieser Seite des Atlantiks ernst nehmen, dass Amerika sich im Krieg glaubt, und verstehen, warum das so ist. Sie müssen akzeptieren und respektieren, dass diese Ansicht die derzeitige amerikanische Außenpolitik prägt.

Das bringt mich zu meinem zweiten Punkt: Schlagworte. Außenpolitik wird häufig über Schlagworte und Slogans kommuniziert. Während diese Slogans hauptsächlich für die eigene Gesellschaft gedacht sind, erreichen sie im Zeitalter der Massenmedien auch die internationale Öffentlichkeit. Daraus entstehen regelmäßig Missverständnisse, und es wird erschwert, Unterschiede in den gegenseitigen Standpunkten zu erkennen und zu respektieren.

Mit anderen Worten, die Europäer müssen verstehen, dass ihr Gerede von europäischer Identität, vom europäischen Projekt und seinen Leistungen viele Amerikaner sehr irritiert, die eher Henry Kissinger folgen, wenn er sagt: »Gut, Europa ist großartig. Aber welche Telefonnummer wähle ich für Europa?«

Was für die Europäer historisch bedeutsam ist, nimmt sich in den Augen vieler Amerikaner in der Praxis eher lächerlich aus. Dieser Eindruck hat sich während unserer Debatte öfters bestätigt. Das Zusammenlegen von Souveränität und Ressourcen in Europa mag ein Fortschritt sein, stellt aber keine Macht dar. Europäer sollten die Probleme der Integrationslogans anerkennen.

Die Amerikaner müssen ihrerseits erkennen, dass für viele Europäer Worte wie »Krieg« oder »Terrorismus« sehr problematisch sind. Es wäre hilfreich, den Dialog zu fördern, um den Gebrauch solcher Slogans zu minimieren und sie zu dekonstruieren. Wenn wir über konkrete, praktische Fragen sprechen, wird es leichter einzuschätzen, was auf dem Spiel steht.

Gegenwärtig sprechen wir über Probleme wie den Zerfall von Staaten, die Privatisierung der Kriegsführung und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Ich möchte dies und die Bemerkungen von Herrn Wells sowie anderen in einen praktischen Vorschlag für die künftigen Aktivitäten der Körber-Stiftung übersetzen. Nützlich wäre eine Konferenz über die Beziehungen zwischen der Bio-Technologie, Entwicklungen in den Bio-Wissenschaften und ihre Anwendung für militärische Zwecke – ein Thema, das derzeit in den Vereinigten Staaten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht.

Außenpolitische Slogans führen zu Missverständnissen



Ein weiteres Diskussionsthema – und hoffentlich eines, das von europäischer Seite stark unterstützt wird – sind die tiefer liegenden Ursachen des Terrorismus. Ein möglicher Gesprächskreis könnte soziale Fragen, Ungleichheiten und Probleme der Globalisierung thematisieren, die einigen Erscheinungsformen des Terrorismus zugrunde liegen, der uns in den Vereinigten Staaten nachhaltig beschäftigt.

### Stütze

Das Ziel einer Weltordnung ist ein hohes, anspruchsvolles Ziel, und es kommt erschwerend hinzu, dass es relativ schwer definierbar ist. Daraus erwachsen manche Missverständnisse in unserer Diskussion. Lassen Sie mich ein aktuelles und vielleicht auch bald akutes Beispiel nennen: Wer sich dafür entscheidet, die Weltordnung gemäß der Charta der Vereinten Nationen anzustreben, der könnte sich beim Thema Irak bald in einem handfesten Konflikt mit dem wichtigsten Partner in der atlantischen Allianz befinden. Ich will das gar nicht vertiefen, sondern nur darauf hinweisen, ermutigt durch die Bemerkung von Dick Smyser.

Politiker haben kaum Zeit für  
konzeptionelles Denken

Die Mühen unserer Diskussion haben aber noch einen anderen bedenklichen Hintergrund: Zu den großen Veränderungen der politischen Realität gehört, dass bei den politischen Entscheidungsträgern Zeit für konzeptionelles Denken und Arbeiten kaum noch vorhanden ist. Die Veränderung des demokratischen Regierungssystems hin zu einer Gremien- und Verfahrensdemokratie wird von vielen als Alibi dafür benutzt, auf konzeptionelle Arbeit überhaupt zu verzichten.

Ich frage mich allen Ernstes, ob es heute noch möglich wäre, unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland ein so anspruchsvolles Konzept wie die seinerzeitige Ostpolitik durchzusetzen. Das Gleiche gilt im Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten im Hinblick auf ein konzeptionell so schwieriges und anspruchsvolles Thema wie die damalige NATO-Nachrüstung.

Wenn wir uns im Gegensatz zu diesen früheren strategischen Debatten die Qualität konzeptionellen Denkens nach dem 11. September ansehen, ist mir nicht wohl zumute. Es ist zwar bemerkenswert, dass wir alle die emotionale Betroffenheit reflektieren – Botschafter Ischinger hat das in der Tat eindrucksvolle Beispiel der »Lütjens« erwähnt. Aber auf der Ebene der politischen Führung hat eine konzeptionelle Orientierung über die Ereignisse und Folgen des 11. Septembers kaum stattgefunden. Die Herausforderungen des 11. Septembers sind nicht aus dem Nichts heraus entstanden. Weder in der Europäischen Union noch in der atlanti-



schen Allianz, noch, wenn ich es recht sehe, in meinem eigenen Land findet hierzu ein substantieller konzeptioneller Diskurs statt.

Vielleicht ist das einmal ein Thema für den Bergedorfer Gesprächskreis: die politisch Verantwortlichen darauf aufmerksam zu machen, dass ihnen die Gestaltung des Weges zu einer wie immer definierten neuen Weltordnung entgleiten wird, wenn sie sich nicht um die konzeptionellen Fragen kümmern. Anderenfalls dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Tageshektik weiterhin überhand nimmt. Die einzige Gewissheit wäre dann, dass wir vor den großen politischen Fragen versagen.

Ich bin durchaus dafür, über das Konzept einer multipolaren Welt eingehend nachzudenken, wie es Herr Reynolds und Herr Stützle fordern. So bin ich fast sicher, dass nach der NATO-Erweiterung, die im Herbst dieses Jahres stattfinden wird, die nächste Erweiterung des Bündnisses auf der Tagesordnung steht. Ich würde es für sinnvoll halten, dass sich der Bergedorfer Gesprächskreis in absehbarer Zeit damit beschäftigt, bis wohin die NATO eigentlich ausgeweitet werden soll. Bis zur chinesischen Grenze? Oder unter Einbeziehung der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion? Gibt es dazu eine gemeinsame europäische Auffassung? Wie sehen die europäischen Interessen in dieser Hinsicht aus? Auf jeden Fall werden wir Europäer gezwungen sein, uns um diese Gebiete zu kümmern, deren strategische und sicherheitspolitische Bedeutung auf der Hand liegt. Auch die USA werden hier strategische Überlegungen anstellen müssen.

Ich möchte den Faden aufnehmen, den Sie, Herr von Weizsäcker, ausgerollt haben. Aus Ihren Ausführungen lässt sich ein Programm der transatlantischen Beziehungen herleiten, damit diese auch im 21. Jahrhundert relevant bleiben. Andernfalls werden wir zunehmend das Interesse aneinander verlieren und uns im Wesentlichen nur noch mit uns selbst beschäftigen.

In diesem Sinne sehe ich zwei Problemfelder: Erstens: Wie können Russland und China zu verantwortungsvollen Partnern der Weltgemeinschaft werden? Zweitens: Wie bewältigen wir die großen Themen der internationalen Sicherheit von Waffen-Proliferation und Terrorismus bis zu illegalen Finanztransfers, Rauschgifthandel und den großen regionalen Konflikten? Das wäre ein überzeugendes Programm für die nächsten Jahrzehnte. Ich bin mit Herrn Czempel der Meinung, dass dafür ein politisches Steuerungszentrum nötig ist, um dieses Programm zu operationalisieren.

### **Bahr**

Wie weit soll die NATO erweitert werden?

### **Frankenberger**

Transatlantische Aufgaben: Russland, China, Proliferation, Terrorismus, regionale Konflikte



Vorurteile können die  
transatlantischen Beziehungen  
gefährden

Der zweite Punkt betrifft die transatlantische Befindlichkeit. Herr Ischinger hat uns das eindrucksvolle Beispiel des Schiffes »Lütjens« genannt – in der Tat war das eine großartige Geste. Ich halte es aber doch eher mit dem Bericht von Herrn Voigt über Stereotype und Wahrnehmungen, die diesseits und jenseits des Atlantiks auseinander laufen. Ich finde es zum Beispiel bemerkenswert, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung etwa zwei Wochen nach dem 11. September keinen einzigen Leserbrief mehr erhalten hat, der die uneingeschränkte Solidarität mit den USA forderte. Der Tenor war leider im Gegenteil: »Die Amerikaner sind selbst daran schuld.« »Das kommt davon, wenn man Israel unterstützt.« »Das ist die Strafe für den amerikanischen Hochmut und für eine verkehrte Weltpolitik.« Immer wieder wurde die Verbindung zum Israel-Palästina-Konflikt thematisiert und – vermutlich von Lesern älterer Generationen – zum Ausdruck gebracht: »Jetzt habt ihr Amerikaner einmal selbst erfahren, was wir in Dresden, Darmstadt, Hamburg oder die Menschen in Bagdad erlebt haben.«

Das hat sich übersetzt in allgemeine Stimmungsbilder in der Öffentlichkeit und in den Medien – nicht bei uns in der FAZ, aber vielerorts wurden in relativ kurzer Zeit Stereotype aus der linken oder rechten antiamerikanischen Klamottenkiste mobilisiert. Diese Bilder öffentlicher Wahrnehmung sind wichtige Indikatoren für die transatlantischen Befindlichkeiten, trotz der starken ökonomischen und gesellschaftlichen Verpflichtungen, von denen Herr Voigt gesprochen hat.

Was mir Sorge macht, ist, dass diese Stereotype, die ja zum Teil einen wahren Kern enthalten, so wirkungsmächtig sind, dass aus sinnvollen Bestrebungen der europäischen Einigung eine Absetzbewegung gaullistischer Art entstehen könnte, bei der Europas Zukunft nur noch in einer abgrenzenden Emanzipation von Amerika gesehen würde. Ich halte das deswegen für gefährlich, weil wir dann nicht mehr in der Lage sind, ein hinreichend gemeinsames Problem-Lösungspotential über den Atlantik hinweg für die genannten schwerwiegenden Aufgaben internationaler Politik zu finden.

Herr Wells hat uns daran erinnert, dass die Europäer ein reichhaltiges Menü vor sich haben und es relativ schwer sein dürfte, das zu verdauen. Mit anderen Worten: Wir werden auch in den nächsten Jahren damit beschäftigt sein, die Entwicklung einer europäischen Verfassung voranzubringen, die EU-Erweiterung zu verkraften und die künftigen Finanzströme so zu organisieren, dass interne Solidaritätskonflikte handhabbar bleiben – und so weiter. Ich frage mich, wo angesichts dieser vielen internen Strukturaufgaben die politische Energie herkommen

soll, um uns zugleich auch mit der Weltordnungsdimension angemessen zu beschäftigen, die wir hier erörtern. Hinzu kommen die erwähnten Stereotype und die auf ihnen beruhenden gefährlichen populistischen Ansätze: Herr Schulze hat zu Recht daran erinnert, dass in Europa diesbezüglich bedauerlicherweise etwas geschieht, was möglicherweise nicht nur eine konjunkturelle Delle ist. Ich denke schon, dass etwa der rechtspopulistische Wind, der durch viele europäische Länder weht, noch eine ganze Weile anhalten wird. Was ihn so kraftvoll macht, ist die Verbindung mit einer linken Globalisierungskritik, die sich interessanterweise jetzt mit einem rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Europaverdruss paart. Diese Verbindung schafft ein großes Misstrauen gegenüber weiteren Integrationsfortschritten.

Wenn ich das Fazit ziehe aus allem, was wir hier erörtert haben, dann meine ich, dass wir ein starkes Europa brauchen, das ein Weltakteur sein muss. Das bedeutet, dass unsere Politik die entsprechenden Anforderungen zu erfüllen hat, während gleichzeitig die Bevölkerung – vielleicht mit wenigen Ausnahmen – ein immer größeres Misstrauen gegenüber dieser Notwendigkeit zur Integration hegt. Ich frage mich, wie die Politik es schaffen will, mit dieser Diskrepanz fertig zu werden. Ich vermute: Wir werden zwar weitere Integrationsfortschritte zustande bringen, aber immer weniger Leute werden daran glauben, dass dies in die richtige Richtung geht.

Ich werde, mit Verlaub, in dieselbe Kerbe hauen wie Herr Frankenberger. Ich glaube, dass man die Situation auf der europäischen Seite sogar noch ein bisschen schwärzer sehen kann. Es ist nicht zufällig, dass Herr Frankenberger und ich hier praktisch die einzigen deutschen Repräsentanten der nächsten Generation mit außenpolitischem Profil sind. Und jung kann man uns beide eigentlich auch nicht mehr nennen, jedenfalls nicht nach amerikanischem Verständnis. Das ist dramatisch, und das gilt in Deutschland nicht nur für die Medien, sondern auch für die Parteien und das Parlament. Karsten Voigt ist im Grunde genommen schon ein Solitär in seiner Partei – und die Grünen haben gerade mit Herrn Metzger und Frau Beer zwei profilierte Politiker der jüngeren Generation nicht wieder für den Bundestag nominiert. Es gibt in der Politik praktisch keine Nachfolger in meiner Altersgruppe. Dasselbe gilt für die Medien. Ich begegne kaum jemanden, der der Ansicht ist: Wir müssen gemeinsam eine neue Weltordnung und zu einem neuen Diskurs finden. Wir haben, wie Zachary Shore völlig zu Recht gesagt hat, viel zu viel gemeinsame Probleme, als dass wir es uns leisten könnten, weiter auf den

Wir brauchen ein starkes Europa

### **Stelzenmüller**

Deutschland fehlt außenpolitischer  
Nachwuchs

## »Foreign policy begins at home«

Hacke

transatlantischen Dissonanzen herumzureiten. Ich finde keine Ansprechpartner in meinem Alter, weder im Parlament oder in den Parteien noch in den Universitäten. Ich finde das erschreckend.

Ich habe meinen Job bei der ZEIT vor vier Jahren von Christoph Bertram übernommen, der eine Legende in seinem Feld war und natürlich noch ist. Glauben Sie, es hätte weitere Bewerber gegeben? Nein, ich war die Einzige, die sich dafür interessierte. Wenn man heutzutage in den Medien Karriere machen will, dann schreibt man über die Reform des Sozialstaats oder über Immigration, aber nicht über sicherheitspolitische Probleme. Meine Kollegen haben damals gedacht: Ich bin verrückt. Ich habe das anders gesehen, und ich glaube im Nachhinein, dass das nicht ganz falsch war, aber es ist in der Tat so, dass man damit relativ allein ist. Auch das ist erschreckend.

An unserem Diskurs hier und auch anderswo, wie er beispielsweise in den Medien reflektiert wird, zeigt sich, wie sehr wir verlernt haben, Amerika zu verstehen und amerikanische Äußerungen in den richtigen Kontext zu stellen. Die Ignoranz bei uns finde ich erschreckend. Ich hatte im November letzten Jahres das Privileg, einen ganzen Monat lang in Washington zu arbeiten. Und ich muss sagen: Die interne Debatte, die ich dort über amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik erlebt habe, ist in ihrer Breite, in ihrer Tiefe, in ihrer Subtilität nirgendwo in Deutschland und Europa in dieser Qualität anzutreffen. Da haben wir sehr viel Arbeit vor uns.

**Hacke**

Die Ausführungen von Herrn Frankenberger und Frau Stelzenmüller erinnern mich an den wichtigen Grundsatz: »Foreign policy begins at home.« Ich stimme dem zu: Solange wir keine hinreichende außenpolitische Kultur in unserem Land haben, werden viele der von uns erörterten Wahrnehmungsfragen problematisch bleiben.

Mehr Realismus in der europäischen Außenpolitik

Im Anschluss an Herrn von Weizsäcker und an Walther Stützles Anmerkungen zur Konzeptionsschwäche unserer heutigen Tagespolitik möchte ich noch einmal auf den von mir betonten Kontrast zwischen idealistischen und realistischen Herangehensweisen an internationale Politik zurückkommen. Natürlich gehören beide Ansätze in einer klugen und ethisch verantwortlichen Politik zusammen, aber mir scheint in vielen der europäischen Beiträge Realismus ein zu geringes Gewicht zu erhalten. Im Sinne von Robert Kagans Betrachtungen, die hier mehrfach erwähnt wurden, hat sich ein Gegensatz entwickelt zwischen dem machtpolitischen Realismus der USA in der Analyse von Bedrohungen und einem spe-

zifischen Idealismus, der sich gerade in Deutschland – gewiss aus verständlichen historischen Gründen – in den letzten 50 Jahren herausgebildet hat.

Auch diesbezüglich stimme ich Herrn von Weizsäcker zu, dass wir es uns angesichts der globalen Dimension der vor uns liegenden Herausforderungen nicht leisten können, transatlantische Familienstreitigkeiten ohne Beteiligung der anderen Kulturkreise auszufechten. Deshalb hätte es unserer Runde vielleicht gut getan, wenn wir Vertreter anderer Weltteile einbezogen hätten.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle im Blick auf unsere derzeitigen Weltordnungserörterungen einen historischen Seitenblick, den ich für aufschlussreich halte: Ich sehe uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer Entwicklung, die gut vergleichbar ist mit der allmählichen Herausbildung der Pax Romana, die das Gleichgewichtssystem der griechischen Stadtstaaten als antike Weltordnung zug um zug ablöste. Ob wir Europäer in der Lage sein werden, der sich herausbildenden globalen Pax Americana Gleichgewichtselemente anzufügen, hängt ganz wesentlich davon ab, zu welchen Eigenanstrengungen wir in der Zukunft bereit sein werden.

Wenn wir die derzeitige Dynamik von Weltordnungsvorstellungen betrachten, dann ist neben der Globalisierungsdebatte, die wir seit Jahren führen, der Terrorismus zu Recht das neue »Symptom«, wie Herr Smyser festgestellt hat. Es ist ein Symptom für alte historische Fragen, die wieder akut werden. Wenn wir etwa auf den Nahen Osten blicken und hier besonders auf die Konstellation zwischen Israel und den Palästinensern, dann bin ich versucht, den Begriff von Johan Galtung der »strukturellen Gewalt« zu gebrauchen. Denn der Terrorismus ist Ausdruck einer besonders verfahrenen politischen Situation. Herr Schroeder hat hierzu einiges ausgeführt, was ich noch ergänzen möchte. Andere Beispiele zur Gemengelage von Terrorismus und Freiheitskampf waren die FLN im algerischen Befreiungskrieg gegenüber Frankreich und natürlich auch die Situation bei der Gründung des Staates Israel.

Wie kommen wir in dieser äußerst schwierigen Problemlage voran? Es war sicher klug, dass sich die USA bei der Bekämpfung des globalen Terrorismus bemüht haben, Bündnispartner für eine Koalition zu gewinnen. Zugleich darf aber nicht verkannt werden, dass manche Länder die Parole des Terrorismus benutzen, um die demokratischen Kräfte im eigenen Lande zu unterdrücken. Das ist ein Phänomen, das wir an vielen Orten rund um den Globus antreffen und dem wir uns stellen müssen. Auch in der Vergangenheit gab es das – wir brauchen uns nur daran zu erinnern, dass Saddam Hussein und Bin Laden vor Jahren in einer

Die Pax Americana zeichnet sich ab

Terrorismus ist ein Symptom



Wir brauchen neue  
institutionelle Strukturen

allerdings völlig anderen weltpolitischen Konstellation Kostgänger Amerikas waren.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem damit verbundenen Tauwetter sind alte historische Konstellationen wieder lebendig geworden und mit ihnen neue globale Herausforderungen in dem Sinne, den Herr von Weizsäcker angedeutet hat. Wenn diese Fragen nicht gemeinsam angepackt und in stabile institutionelle Strukturen eingebettet werden, dann werden wir schwierige Zeiten erleben.

Im transatlantischen Verhältnis könnte – anschließend an die Äußerungen von Herrn Czempiel und anderen – analog dem Dreier-Direktorium von de Gaulle vielleicht ein Vierer-Direktorium der großen Mächte der atlantischen Allianz sinnvoll sein, in dem Entscheidungsmechanismen für effektives Handeln entwickelt werden. Ich glaube ebenfalls nicht, dass wir das mit den bisherigen Institutionen allein bewerkstelligen können.

Was wir hier nicht ausreichend diskutiert haben, ist die Rolle Deutschlands mit Blick auf die europäische und die Weltpolitik. Vor zehn oder zwölf Jahren hat ein US-Präsident in diesem Zusammenhang von »partnership in leadership« gesprochen. Ob das strukturelle oder personelle Gründe hat, mag dahinstehen: Jedenfalls hat die Bundesrepublik heute nicht mehr die gleiche Stellung im transatlantischen Verhältnis wie damals.

### Hirsch

Mit Bezug auf Herrn von Weizsäcker und Herrn Smyser möchte ich sagen, dass die Frage, wie es um die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft steht, Bereiche berührt, die über die Vereinigten Staaten und Europa hinausreichen, insbesondere was die Spaltung der Welt in Reiche und Arme angeht.

Wir haben den Ausdruck »Neue Weltordnung« gebraucht. Dies ist ein unglücklich gewählter Begriff, da er mich an die »Neue Weltinformationsordnung« und »Neue Weltwirtschaftsordnung« erinnert, die vor ungefähr zehn Jahren von Ländern der Dritten Welt in den Vereinten Nationen lanciert wurden. Vielleicht wäre der Begriff »System« statt »Ordnung«, wie Herr Soutou vorgeschlagen hat, angemessener.

Keiner kann eine neue  
Weltordnung schaffen

Doch mir geht es nicht um die Semantik, sondern um das grundlegende Problem, dass es niemand in der Hand hat, eine neue Weltordnung zu schaffen. Sie wird sich vielmehr aus einer Reihe von Prozessen und Beziehungen entwickeln. Bislang haben wir noch keine gangbaren Wege aufgetan, um die Interessen Indiens und Chinas oder anderer wichtiger Entwicklungsländer zu berücksichtigen.

Deshalb sollten wir Experten aus den Entwicklungsländern in unsere Diskussionen einbeziehen, statt solche Foren auf Europäer und Amerikaner zu begrenzen, wie das hier der Fall ist.

Ich möchte eine Fußnote anfügen, die für das, was Herr von Weizsäcker gesagt hat, von Bedeutung sein kann. Europas Problem mit seiner Rolle in der internationalen Politik und in den transatlantischen Beziehungen besteht in der Kluft zwischen der Wirklichkeit und den Ansprüchen der Europäischen Union, mit einer klaren europäischen Stimme in der internationalen Politik zu sprechen.

Unsere größte Herausforderung ist deshalb, diese Kluft zu schließen. Vielleicht bin ich etwas skeptischer als manche von Ihnen, denn ich sehe Europa heute als einen extensiv definierten gemeinsamen Markt. Ich verwende »extensiv definiert« im Sinne von Jacques Delors, nicht im Sinne Walter Hallsteins. Anders gesagt, ist Europa für mich ein Binnenmarkt mit einer Reihe zusätzlicher Merkmale wie dem Schengener Abkommen und der Währungsunion. Wenn dem so ist, werden die derzeitigen europäischen Entwicklungen dazu beitragen, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen? Die europäische Erweiterung zum Beispiel könnte sich in beiden Richtungen auswirken. Sie könnte zu einer wirksameren europäischen internationalen »Identität« beitragen oder das Gegenteil bewirken.

Der Europäische Konvent wird hoffentlich dazu beitragen, die Kluft zu schließen. Er könnte sich aber auch als eine leere institutionelle Debatte erweisen, die nicht von einem Bewusstsein gemeinsamer europäischer Interessen geprägt ist. Die Gefahr ist, dass der Konvent sich zu sehr auf Randfragen konzentriert wie die, wo der Rat zusammentreffen sollte oder ob ein Land oder drei oder fünf Länder sich den Vorsitz teilen sollten. Der Euro ist ein weiterer entscheidender Faktor. Dabei sollten wir die Tatsache nicht unterschätzen, dass es 2004 eine Europäische Union geben könnte, in der die Hälfte der Mitglieder nicht in der Währungsunion ist – auch wenn manche Länder Mitglieder werden wollen, ist es unwahrscheinlich, dass das bald geschehen wird.

Wir haben in unserem Land seit langem linke Idealisten und rechte Extremisten, und wir werden sie auch künftig haben. Wir sollten diese zwei Extreme zwar nicht vergessen, aber sie sind Teil jeder demokratischen Gesellschaft. Wir müssen mit ihnen leben, und wir haben ihre Anschläge bereits einige Male in der

## **Dahrendorf**

Europa muss Anspruch und Wirklichkeit annähern

## **Walter**



Es gibt jüngere Transatlantiker

Geschichte überlebt. Das gilt nicht nur für unser eigenes Land, sondern auch für unsere Nachbarn.

Frau Stelzenmüller, Sie müssen mit der jüngeren Generation sprechen, um Leute zu finden, die auf Ihre Herausforderungen positiv reagieren. Ich habe das Glück, viele 25- bis 35-Jährige deutscher Herkunft oder Ausbildung um mich zu haben. Sie sind sehr offen und müssen nicht erst für eine transatlantische Orientierung gewonnen werden. Sie haben eine solche Orientierung, und die spiegelt sich in ihren Handlungen, der Wahl der Forschungs-Laboratorien und Universitäten, an denen sie studieren, der Firmen, bei denen sie arbeiten, sowie der Städte, in denen sie leben wollen.

Amerikaner interessieren sich weniger für Europa

Wie unser Vorsitzender und einige andere hier angedeutet haben, ist es weit-aus schwieriger, Amerikaner dazu zu bewegen, sich wirklich für Europa zu interessieren. Es reicht nicht, Konferenzen über Europa in New York oder Chicago abzuhalten. Um das gegenseitige Verstehen zu fördern, müssen wir Amerikaner überzeugen, nach Europa zu kommen, das Adlon zu sehen oder Prag zu besuchen. Auch wenn sie rational unsere Argumente verstehen, glauben sie uns erst, wenn sie die enormen Veränderungen, die in Europa im Gange sind, aus erster Hand erleben.

Professoren wie Peter Kenan in Princeton oder Benjamin Friedman in Harvard zum Beispiel müssten eine Zeit lang bei der Europäischen Kommission arbeiten, um ihren Studenten überzeugend zu vermitteln, wie Europa funktioniert. Wenn wir unsere Ideale besser in die Welt integrieren möchten, müssen wir amerikanische und internationale Talente dafür gewinnen, nach Europa zu kommen, um Europa wirklich zu verstehen.

Eine Randbemerkung: Sympathie für die europäische Integration zu gewinnen kann ein dialektischer Prozess sein. Der Versuch, Leuten etwas aufzudrängen, erzeugt nur Opposition. Man sollte deshalb den dialektischen Prozess zulassen.

Amerikanischer Unilateralismus kann europäischer Integration helfen

Warum war die zweite Hälfte der 70er Jahre eine so gute Zeit für Europa? Weil der amerikanische Präsident Carter schwach war und er anscheinend keine Probleme lösen konnte. In dieser Lücke entwickelten die Europäer neue Institutionen, die heute noch halten. So wurde zum Beispiel die Grundlage für die Europäische Währungsunion in den späten 70er Jahren von Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt gelegt; Horst Schulmann war einer ihrer wichtigsten Architekten. Warum sollte die Wahrnehmung eines amerikanischen Unilateralismus nicht wieder Europa dabei helfen, ähnliche Fortschritte zu machen? In dem Fall sollten wir als Transatlantiker über den Unilateralismus nicht allzu beunruhigt sein.





Meine andere Fußnote betrifft die Beziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, die Herr Shore angesprochen hat. Wir müssen all jenen, die Teil der globalisierten Welt werden wollen – also der Ordnung, die auf unseren Werten und unseren Methoden, der Demokratie und der Marktwirtschaft gründet –, überzeugend darlegen, dass bisher alle Länder, einschließlich der Entwicklungsländer, die für diese Konzepte offen waren, im Endeffekt besser dran waren als die, die sich dazu nicht bereitfanden. Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir unser System verbessern müssen.

Schließlich zur Toleranz. Herr Krastev hat zu Recht festgestellt, dass eine Tendenz besteht, von dem offenen und toleranten System des Westens mit seiner Akzeptanz des Fremden langsam abzurücken. Wenn dieser Gesprächskreis etwas deutlich macht, dann offenkundig, dass eine neue globale Ordnung nur Gestalt gewinnen kann, wenn sich weltweit gegenseitiges Vertrauen, Toleranz, Offenheit und Neugier entwickeln.

Wir müssen Geschäftsleuten, Politikern und Wissenschaftlern gleichermaßen diese wichtige Botschaft übermitteln: Wir tragen eine große Verantwortung, um sicherzustellen, dass der Kampf der Kulturen nicht stattfindet.

Ich möchte zum Abschluss sechs kurze Bemerkungen machen. Erstens kann man zwar feststellen, dass im transatlantischen Verhältnis zu wenig Parlamentarier-austausch stattfindet. Allerdings hat sich die Zahl amerikanischer Parlamentarier-Delegationen seit Verlegung unseres Regierungssitzes nach Berlin in einer relevanten Größenordnung erhöht. Die Zahlen für Großbritannien kenne ich nicht, aber auf dem Kontinent liegt Deutschland hier an erster Stelle.

Zweitens möchte ich im Unterschied zu Herrn von Weizsäcker nicht davon sprechen, dass Europa ein Gegengewicht zu den USA bilden müsste. Ich ziehe den Begriff »Partnerschaftsfähigkeit« vor, denn ein stärkeres Europa sollte nicht gegen, sondern mit Amerika agieren und dadurch seinen Einfluss erhöhen. Ich weiß nicht, ob dies nur eine verbale oder eine konzeptionelle Divergenz ist. Ebenso vorsichtig wäre ich mit der Alternative zwischen multipolarer und unipolarer Welt. Ich meine, wir sollten seitens Europa keine Äquidistanz zu China und den USA anstreben. Ich glaube nicht, dass das unseren Interessen diene, und es würde auch nicht zur Problemlösung auf globaler Ebene beitragen.

Drittens werden die anstehenden globalen Probleme beide Seiten des Atlantiks in vielen Fragen zur Zusammenarbeit zwingen. Das gilt nicht nur für den Nahost-Konflikt und das Thema Terrorismus, sondern zum Beispiel auch für den

Wir müssen tolerant bleiben

**Voigt**

Partnerschaftsfähigkeit  
statt Gegengewicht

Streit um das Kyoto-Abkommen. Selbst wenn alle anderen Staaten unterschreiben, ist das Problem der Umweltverschmutzung nicht lösbar, solange die USA als der größte Verursacher dem Abkommen nicht beitreten.

Institutionen jenseits der UNO

Als vierten Punkt möchte ich das Thema »Institutionen« anführen. Ich halte es weder für realistisch noch für wünschenswert, dass die globale Ordnung sich nur um die Vereinten Nationen herum konstruiert. Vielmehr bin ich der Auffassung, dass an der evolutionären Weiterentwicklung eine Reihe von anderen Institutionen mitwirken muss, wie etwa die G8, die WTO oder auch die NATO in Kooperation mit Russland und anderen. Hier sehe ich in Deutschland eine Neigung, globale Ordnung immer nur im Zusammenhang mit einer Institution, nämlich der UNO, zu denken. Eine funktionsfähige Weltordnung ist aber nur denkbar, wenn verschiedene Institutionen mit unterschiedlichen Funktionen zusammenwirken, die jeweils Teilbereiche abdecken. Um das zu erreichen, muss an deren Weiterentwicklung gearbeitet werden.

Europa muss Prioritäten setzen

Fünftens muss Europa sich dem Sachverhalt stellen, dass es zwar nicht immer und überall global handeln muss; wichtig wird aber sein, global zu denken, um für die USA überhaupt handlungsrelevant zu sein. Diese Frage stellt sich für die Deutschen noch drastischer als für die Franzosen und Briten, denn wir waren in Deutschland völlig auf den Ost-West-Konflikt fixiert und müssen erst mühsam lernen, global zu denken und dort, wo unsere Interessen besonders berührt sind, auch global zu handeln. Wenn wir angesichts unserer geringen Kapazitäten nur selektiv handeln können, wird die Prioritätensetzung noch schwieriger, denn wer weniger Mittel hat, muss klare Prioritäten setzen. Hier liegt ein Problem der deutschen Diskussion bei allen Fortschritten, die es gibt.

Sechstens: Der wesentliche Unterschied unserer heutigen Lage gegenüber den letzten fünfzig Jahren ist, dass das strukturierende Element des Ost-West-Konfliktes weggefallen ist. Damals lagen Deutschland, Berlin und Europa überhaupt im Zentrum des Weltgeschehens. Das ist nun vorbei, und wir sind nicht mehr per se gefragt, weil diese Probleme aus amerikanischer Sicht gelöst sind. Künftig geht es vielmehr um europäische Beiträge zur Lösung von Problemen an fernen Orten oder auf globaler Ebene. Deshalb können wir künftig nicht mehr davon ausgehen, dass die Herausforderungen, die sich uns stellen, automatisch zu einer ähnlichen Sichtweise von Amerikanern und Europäern führen werden. Vielmehr wird ein Konsens nur in dem Maße möglich sein, wie wir bereit sind, Probleme jenseits der früheren Grenzen unseres Engagements gemeinsam anzugehen.



Zwei Bemerkungen zur »Neuen Weltordnung«. Ich stimme mit Herrn Smyser überein, dass die Vereinigten Staaten momentan nicht bereit sind, sich voll auf den Aufbau einer »Neuen Weltordnung« einzulassen. Doch man muss auch darauf hinweisen, dass die Vereinigten Staaten – mehr als Europa – neue Beziehungen zu Russland, China und Indien entwickeln. Das hat zum Teil mit dem Unterschied zwischen der Rhetorik und den tatsächlichen Möglichkeiten der Europäischen Union, international tätig zu werden, zu tun, den Herr Dahrendorf erwähnte.

Mein letzter Punkt: Diejenigen von uns, die eine internationalistische und multilaterale Rolle der Vereinigten Staaten unterstützen, würden eine kraftvolle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik seitens der Europäischen Union sehr begrüßen – je früher, desto besser. Es wäre zum Beispiel eine große Hilfe für Colin Powell, wenn es starken europäischen Druck gäbe, Dinge zu tun, die er gern tun würde, die er aber schwer gegen die Widerstände in Washington zustande bringt.

Dies bringt uns zum Ende dieser konzentrierten, facettenreichen und differenzierten Diskussion.

Donald Rumsfeld hat kürzlich auf eine Frage zu den transatlantischen Beziehungen erwidert: Er reise viel in den Vereinigten Staaten und in der Welt herum und stelle fest, dass es in den Vereinigten Staaten ebenso wie in Europa und anderswo eine große Bandbreite an Meinungen gibt. Wir sollten diese hilfreiche und wichtige Erklärung nicht vergessen. Eine Konferenz neigt dazu, sich auf besonders kritische Punkte zu konzentrieren, doch wir haben hier wirklich einen offenen Austausch über ein weites Spektrum von Themen, Ansichten und Interessen erlebt.

Ich bin weiterhin etwas beunruhigt über die Bemerkungen von Herrn Frankenberger und Frau Stelzenmüller gegen Ende unserer Erörterungen. Wir haben die Frage kaum berührt, ob die Art von Diskussion, die wir hier geführt haben, nur eine Eliten-Diskussion ist oder ob sie einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden kann, was sicher gut wäre. Doch das ist nur eine der vielen offenen Fragen, die unsere Diskussion aufgeworfen hat.

Mir bleibt zum Schluss, allen zu danken, dass Sie mir das Leben als Moderator recht leicht gemacht haben, und vor allem unseren Gastgebern Dank zu sagen, die es uns ermöglicht haben, diese Diskussion zu führen. Meine letzte Aufgabe ist, die Leitung der Konferenz wieder in die Hände von Herrn von Weizsäcker zurückzulegen.

## Wells

Einige Amerikaner begrüßen starke GASP

## Dahrendorf

**von Weizsäcker**

Mein Dank gilt Ihnen allen dafür, dass Sie so intensiv und engagiert an dieser Debatte teilgenommen haben. Das ist inzwischen, zumal bei transatlantischen Konferenzen, recht ungewöhnlich. Allen Unterschieden und Differenzen zum Trotz ruhen unsere Beziehungen eben doch stabil auf den Wurzeln der Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts. Konfuzius ist zwar älter, dennoch wird wohl niemand an diesem Tisch an eine Äquidistanz von Europa her gesehen gegenüber China und Amerika denken – ich zumindest nicht.

Vor allem möchte ich Lord Dahrendorf für seine vorzügliche Arbeit als Moderator danken. Er hat zwar behauptet, wir hätten ihm die Aufgabe relativ leicht gemacht, aber er gehört zu jenen in Europa so seltenen Persönlichkeiten, die nicht zuletzt im Vereinigten Königreich gelernt haben, dass die unübersehbare Autorität eines Vorsitzenden die Diskutanten dazu bringt, voneinander etwas zu lernen und aus einer Konferenz bereichert wieder nach Hause zurückzukehren. Wir haben breite und tiefe Einblicke in den Stand der transatlantischen Beziehungen und eine im Entstehen begriffene neue Weltordnung nehmen können. Ich hoffe, dass Sie alle wie ich selbst einige Sachverhalte noch klarer sehen als zuvor.